

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**Die
Neue Weltordnung
und die
NATO**

NWO-Sonderheft Nr. 9



Die Neue Weltordnung und die NATO

NWO-Sonderheft Nr. 9

Der NWO-Moloch NATO

Inhaltsverzeichnis	Seite
Die Gründung der NATO (Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft)	2-4
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die NATO von 1951 bis 2021	5-96
Schlußbemerkungen	97
Hinweise für den Leser	98
Quellen- und Literaturnachweis	

Die Gründung der NATO (Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft)

Einander verbundene Seelen sehnen sich nicht nur nach Umarmung, sondern auch danach, so zu sein wie die andere.

Thomas Browne (1605-1682, englischer Philosoph)

In Washington wurde am 4. April 1949 die NATO gegründet. 10 europäische Staaten (Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal) schlossen mit den USA und Kanada den Nordatlantikpakt.



Abb. 77 (x296/168): Flagge der NATO

Die Präambel der NATO (North Atlantic Treaty Organization) lautete wie folgt (x243/220):
>>>Die vertragsschließenden Staaten ... sind entschlossen, die Freiheit, ... gegründet auf die Prinzipien der Demokratie, auf die Freiheit des einzelnen und die Grundsätze des Rechts, si-

cherzustellen, ... die Stabilität und Wohlfahrt im nordatlantischen Gebiet zu fördern, ... ihre Bemühungen um eine gemeinsame Verteidigung und um die Erhaltung von Frieden und Sicherheit zu vereinigen. ...<<

In diesem Nordatlantikpakt vom 4. April 1949 hieß es z.B. (x301/154-155): >>Artikel 1: Die Parteien verpflichten sich, in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind. ...

Artikel 5: Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder der Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes wiederherzustellen oder zu erhalten. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Gründung der NATO (x068/272-275): >>... Das amerikanische Wesen ist das Geld: der Inbegriff des Yankee-Daseins. Natürlich erfaßt dies nicht alles, aber das Wichtigste. ...

Für ihre ungeheure Aufrüstung hatten die Amerikaner militärische, mehr jedoch wirtschaftliche Gründe. Deshalb traten auch viele jener, die das Geschwätz von der Gefahr aus dem Osten keinen Augenblick glaubten, für Aufrüstung und Nato ein.

Derart konnte enorm verdient werden und wurde enorm verdient. Und gerade nach dem Verlust Chinas benötigte man Europa auch als Absatzmarkt. Der Verlust des chinesischen Reichs aber seit der Flucht Tschiang Kai-scheks samt seiner unfähig-korrupten Regierung 1949 nach Formosa (Taiwan), seit dem Sieg Mao Tse-tungs hatte die Öffentlichkeit in den USA nahezu unvorbereitet überrascht. Und er war um so größer, als nun nicht nur jeder amerikanische Einfluß in China ausschied, sondern auch im gesamten pazifischen Raum gefährdet schien.

In Europa aber begann jetzt nach dessen militärischer Eroberung die friedliche. Ein US-Konzern nach dem anderen investierte in den zuvor zerbombten und zerschossenen Städten. Und die Rechnung, daß eine im Krieg ruinierte Wirtschaft schneller wächst als eine, die den Krieg so glänzend überstand, erwies sich als richtig, zumal auch die US-Banken von Anfang an mitspielten, deren Politik in Europa war: alte Investitionen retten, neue vornehmen. Ja, das Bankhaus Dillon, Read, setzte so sehr auf die Rentabilität seiner Anlagen im Nachkriegsdeutschland, daß es deutschen Industriebossen noch vor Kriegsende eine Privatanleihe von einer Milliarde Dollar anbot.

Man gründete Filialen, baute Fabriken, erwarb Aktienmajoritäten. Man nahm Fusionen vor, kaufte ganze Betriebe, kaufte Bergwerke und Banken. Die Sache nahm einen ähnlichen Verlauf wie das frühere Vorgehen in Lateinamerika.

Die Beherrschung der Alten Welt durch die Neue begann. Man schuf hundertweise Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Man überzog Westeuropa mit einem Netz wirtschaftlicher Einfluß- und Machtsphären, und alles geschah mit einem Tempo ohnegleichen. Ganze Branchen, die Mineralöl-, die Büromaschinen-, Landmaschinen-, die Kosmetikindustrie u.a. wurden von US-Firmen beherrscht. Selbst im kleinen Holland gab es schon im März 1960 nicht weniger als 105 Filialen der größten amerikanischen Gesellschaften. Noch in der Schweiz, deren Binnenmarkt für die US-Haie gewöhnlich nicht sehr attraktiv ist, existierten 1960 im-

merhin 320 amerikanische Firmen, 1961 etwa 400, 1962 schon 520.

Die US-Investitionen in Europa erreichten bereits Ende der fünfziger Jahre eine so Schwindel erregende Höhe, daß die Amerikaner den Plan der EWG, dies durch einen Kongreß in Baden-Baden ans Licht zu bringen, erfolgreich in Bonn hintertrieben. Die New York Times bezifferte gleichwohl nach ihren mehrfach geprüften Angaben am 15. April 1963 die Gesamtanlagen der USA in Europa auf 44,8 Milliarden Dollar oder 179,2 Milliarden DM. Davon entfielen 64 Millionen DM auf militärische Investitionen.

Nicht nur die niedrigen Löhne lockten die Yankees. Auch die Regierungen hofierten die Sieger. In Holland durften amerikanische Firmen Grundstücke, Gebäude und Betriebseinrichtungen in den ersten zwei Jahren mit 70 % abschreiben, innerhalb von drei Jahren den Rest von 30 %. Sie konnten Grund und Boden zur Hälfte des Realwertes erwerben. Luxembourg gab den Grund für Betriebsbauten sogar umsonst. Nicht genug. Seine Regierung ließ Firmengebäude auf eigene Kosten errichten, um sie den Amerikanern erst günstig zu vermieten, schließlich günstig zu überlassen.

Ähnlich großzügig kam Italien den Siegern entgegen. Oder die deutsche Bundesrepublik, wo bereits 1963 nicht weniger als 700 deutsche Firmen von US-Firmen kontrolliert worden sind. Deutsche Neugründungen wurden mehr als riskant bis unmöglich. Im Vorstand, in der Verwaltung so mancher US-Tochtergesellschaft in Deutschland sprach man schon damals englisch. War Stalins Erklärung, daß zwischen Nazideutschland und den anderen kapitalistischen Staaten nur ein "vorübergehender politischer" Dissens bestand, so falsch?

Die US-Anlagen in Europa, besonders im EWG-Bereich, nahmen Ende der fünfziger Jahre schon einen solchen Umfang an, daß die klassischen US-Investitionsländer Kanada und Lateinamerika dagegen abfielen. Die amerikanischen Wirtschaftsführer empfanden Europa fast als Kolonie oder, wie einer von ihnen 1958 auf einem Kongreß in Washington sagte, als "ganz speziellen Schluck für unsere Kehlen" (our particular cup of tea).

Einst war's eher umgekehrt.

Die USA sind bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein in vielen Ländern Europas weder sehr bekannt noch sehr angesehen gewesen. Man kannte sie kaum besser als China, Südafrika oder Australien. Und bis ins 20. Jahrhundert hinein dachte man über sie in Europa fast ausnahmslos negativ, dachte darüber wie der berühmte englische Romancier D.H. Lawrence, der lange in New Mexico gelebt hatte: "Die Neue Welt bedeutet mir nichts".

Es ist bezeichnend, daß es bis zum Zweiten Weltkrieg in ganz Europa nur drei Lehrstühle für Amerikakunde gab. Offenbar hatte man für US-Wertvorstellungen in der Alten Welt noch gar keinen Sinn entwickelt, kannte man die Höhe der Zivilisation in Übersee überhaupt nicht. Als dann aber die Massen der GIs über den großen Teich schwappten, "Camel" und "Lucky Strike" kamen, der Jazz und Rock und Pop, Giftgas und Atomsprenköpfe, kurz alles, was die Neue Welt der Alten an Kultur zu bieten hatte, da ließ sie sich rasch vom Sieger eines anderen und natürlich besseren belehren.

Da beurteilte man plötzlich die USA fast ausnahmslos positiv. Zumal in Deutschland war man servil, devot, fast wie in einem Bananenstaat. Und wie man eben noch Hitler in den Hintern kroch, so nun den Amis. Die Politiker voran. "Wir alle sind Amerikaner", rief ein sozialdemokratischer Bundeskanzler schließlich beim Empfang des Ehrendoktorhutes in Übersee.

Alles nahm man nach dem Zweiten Weltkrieg hier mit ausgestreckten Händen auf, alles von drüben, Soldaten, Bankiers, Fabrikanten, die Anleihen, Kredite, sogar ihre mildtätigen Spenden.<<

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die NATO von 1951 bis 2021

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (46/1951) berichtete am 14. November 1951 über die Nordatlantikpakt-Organisation: >>Ende des Wunschtraums_

Kaum hatte Ike Eisenhower die Tür seiner viermotorigen Constellation-Maschine geöffnet, als ein Vertreter der "Chicago Tribune", des Hausblattes der amerikanischen Isolationisten, wissen wollte, ob die Nordatlantikpakt-Organisation "kurz vor ihrem Zusammenbruch" stehe. Erbst fuhr Eisenhower herum und keuchte: "Was für eine dumme Frage. Ich habe nie etwas Unsinnigeres gehört."

Von einem totalen Zusammenbruch der NATO ist keine Rede. Aber die Organisation steckt in schweren Nöten. Um sich über sie zu unterrichten, hatte Präsident Truman den General nach Washington kommen lassen. Nach der Konferenz mit dem General erklärte Truman: "Ich glaube nicht, daß sich viele Leute bewußt sind, daß wir mitten in der größten Krise stehen, die uns je widerfahren ist. Wir müssen ihr ins Auge sehen ..."

Den Grund für diese Bemerkung Trumans zeigt Roscoe Drummond, der Washingtoner Korrespondent der nüchternen, hochangesehenen Zeitung "Christian Science Monitor": "Alle Empfehlungen General Eisenhowers an Washington kreisen um seine Überzeugung, daß der Kreml den totalen Krieg im Jahre 1952 starten könnte ... Eisenhower erklärt nicht, daß der Krieg unvermeidlich sei.

Aber er besteht darauf, daß die sicherste und notwendigste militärische Entscheidung der Vereinigten Staaten und ihrer Alliierten so ausfallen müsse, als ob der Krieg im nächsten Jahr unvermeidlich sei. Eisenhowers Schätzungen der sowjetischen Gefahr entspringen nicht einer hoffnungslosen Überzeugung vom jetzigen westlichen Rüstungsstand, sondern der Gewißheit, daß die wachsende Stärke der Atlantik-Allianz das Aktionsgebiet des Kreml gegen die freie Welt immer mehr einengt."

Seit der NATO-Konferenz in Ottawa sitzen in Paris die "drei Weisen" (die Vertreter der USA, Frankreichs und Großbritanniens) und die "zwölf Apostel" (die Vertreter der zwölf NATO-Staaten) unter dem Vorsitz von Trumans "Problemknacker" W. Averell Harriman zusammen, um zu untersuchen, weshalb es mit dem großen atlantischen Verteidigungs-Programm nicht vorangeht.

Das Programm wurde 1949 von den NATO-Mitgliedsstaaten auf einer Konferenz in Brüssel aufgestellt. Damals wurde entschieden, daß man zunächst ein zeitliches Planziel für die Aufrüstung haben müsse. Es wurde geschätzt, wann die Sowjets genug Atombomben besitzen würden, um einen großen Krieg starten zu können. Dann wurde einkalkuliert, wann den Deutschen erlaubt werden sollte, der NATO-Armee beizutreten (ohne sich zu vergewissern, wie die Deutschen dazu stehen). Schließlich einigte man sich auf einen Termin: Juli 1954. Zu diesem Zeitpunkt müsse die NATO über 60 kampfbereite Divisionen verfügen, um die östlichen Invasoren zurückzuschlagen.

Der Ausbruch des Korea-Krieges verlieh dem Programm einige Dringlichkeit. Aber da stiegen auch die Rohstoffpreise, die Marshall-Hilfe versiegte. Die eben einigermaßen gesund gewordene Wirtschaft Europas erlebte einen schlimmen Rückfall.

Als Ike Eisenhower im Januar 1951 in Paris eintraf, um das Kommando über das europäische NATO-Hauptquartier (SHAPE) zu übernehmen, war auf dem Festland noch nichts geleistet worden.

Auf Eisenhowers Drängen stationierten die USA insgesamt fünf Divisionen als anspornendes Beispiel in Europa, aber die Franzosen kamen lediglich mit ihrem Europa-Armee-Plan, um den amerikanischen Wunsch nach dem deutschen Wehrbeitrag zu neutralisieren.

Halb aus Verzweiflung über Frankreichs passive Résistance, halb aus idealistischer Begeisterung an den europäischen Einheitsplänen ("Auf die Dauer sind Europas Probleme nur durch völlige Integrierung zu lösen") akzeptierte Eisenhower schließlich den Plevin-Plan. Europa-

Armee-Experten aus den sechs Schuman-Plan-Nationen trafen sich in Paris, um über die Stärke der nationalen Kontingente Haare zu spalten und verwirrend komplizierte Organisationspläne aufzustellen. Nur die Nichtexistenz einer wirksamen Verteidigungsstreitmacht blieb bestehen.

Den entmutigenden Beweis dafür erbrachten die Herbstmanöver der NATO-Streitkräfte in Westdeutschland. Sie zeigten, daß in Westeuropa insgesamt zehn Divisionen (Zwischenziel 1951 im 1954er Plan: 20 Divisionen) stehen, die laut Urteil des US-Kommandos in Europa "den Vormarsch des Feindes möglicherweise bremsen können." Die beiden französischen Divisionen in Deutschland haben Munition für drei Tage.

Ergebnisse der zum Teil mit amerikanischen Rüstungshilfe-Geldern in Gang gesetzten eigenen französischen Rüstungsproduktion:

Artillerie: 120 Steilfeuergeschütze, Kaliber 10,5 cm, im Bau. 100 15,5-cm- und 100 12-cm-Geschütze, in Auftrag gegeben.

Panzer: Eine Entscheidung, ob der neue 50-Tonnen-Panzer der Franzosen serienmäßig hergestellt werden soll, ist noch nicht gefallen. Bei der Parade am Bastillen-Feiertag (14. Juli) wurde ein moderner Panzer vorgeführt. Er ist 13 Tonnen schwer, hat eine Stundengeschwindigkeit von 70 Kilometern und trägt eine durchschlagskräftige acht Meter lange 7,5-cm-Kanone zur Panzerjagd. Für die französische Armee waren nur Versuchsmodelle gebaut worden, als die Schweizer Regierung sich entschloß, gute geländegängige Panzerabwehrwaffen für die Verteidigung der Eidgenossenschaft einzukaufen. Kaufverhandlungen der Schweizer mit USA, Schweden und Großbritannien hatten sich wegen zu langer Lieferfristen zerschlagen (nach Beendigung des laufenden Brüsseler NATO-Programms 1954-55).

Aber die NATO-Macht Frankreich sagte den nicht im Atlantikpakt organisierten Schweizern sofortige Lieferung zu, und zwar für 200 Panzerjäger für 120 Millionen harte Schweizerfranken.

Entrüstung im SHAPE. Oberst Fawler vom US-Waffenlieferungsbüro überbrachte französischen Stellen mündlich Bescheid, daß die US-Waffenlieferungen an Frankreich bei Ausführung des Auftrags gekürzt würden. Großbritanniens Vertreter, Generalmajor McNabb, schloß sich dem US-Protest an. SHAPE erklärte, daß Frankreich ohne SHAPE-Genehmigung nicht liefern dürfe. Paris protestierte durch General Goué vom Armee-Sekretariat, das sei eine "unstatthafte Einmischung in die französischen Hoheitsrechte".

An Pleiten dieser Art ist nicht nur mangelnder französischer Wehrwille schuld. Dazu kommt die Desorganisation der zum großen Teil altmodischen Wirtschaft Frankreichs, die mangelnde Steuer- und Arbeitsmoral der Franzosen. Das Kernproblem der europäischen NATO-Partner ist wirtschaftlicher Natur.

Im laufenden Finanzjahr (1. Juli 1951 bis 30. Juni 1952) beträgt das Dollar-Defizit Frankreichs 750 Millionen. Den projektierten Ausgaben in Höhe von 1,025 Milliarden Dollars stehen Dollar-Einkünfte in Höhe von 275 Millionen gegenüber. Das Defizit wird nicht einmal zu einem Drittel durch einen Betrag der US-Wirtschaftshilfe (im günstigsten Falle 200 Millionen Dollar) und amerikanische Industrieanleihen gedeckt.

Das Budget-Problem zeichnet sich in den Zahlen ab, die Frankreich im laufenden Finanzjahr für militärische Zwecke vorgesehen hat, nämlich rund 800 Milliarden Francs, ein Viertel des Gesamtetats.

Von diesen 800 Milliarden wird der Krieg in Indochina rund 350 Milliarden verschlucken. Der Rest in Höhe von 450 Milliarden reicht eben hin, den jetzigen kümmerlichen Rüstungsstand aufrechtzuerhalten.

Für Großbritannien, das im Finanzjahr 1950/51 für militärische Zwecke 777 Millionen Pfund Sterling ausgegeben hatte, ist das finanztechnische Rüstungsproblem der Dollar. Die gegenwärtigen Dollar-Reserven Großbritanniens belaufen sich auf rund 3 Milliarden. Wenn aber der

gegenwärtige Dollar-Rückfluß aus England anhält, werden sie innerhalb von 10 Monaten aufgebraucht und das Land völlig bankrott sein.

Das waren die Resultate der Untersuchungen des "Rates der Weisen" in Paris. Ihre Schlußfolgerung: das Brüsseler Aufrüstungsprogramm ist dabei, die prekären Volkswirtschaften Westeuropas zu ruinieren.

Inzwischen mehrten sich die beunruhigenden Meldungen über die Fortschritte in der Aufrüstung in den Ostblockstaaten (SPIEGEL Nr. 45/51). Eisenhowers Geduld war zu Ende. Man müsse das 1954er Programm, argumentierte er, aufgeben, weil voraussichtlich auch bis 1954 nur eine Vergrößerung des gegenwärtigen Konglomerats halbausgerüsteter, halbausgebildeter Rekruten zustande käme.

Dagegen müsse sofort (Termin: Sommer 1952) eine gutausgerüstete, kampfbereite Kernstreitmacht von 20 Divisionen aufgestellt werden, die zwar bei weitem nicht ausreiche, aber "elektrisierend" auf die ferneren Rüstungsanstrengungen wirken müsse.

Eisenhowers Durchbruch zu dieser rein realistischen Konzeption ließ den Europa-Plan Plevens in Fetzen zurück. Aus dem letzten vertraulichen Memorandum des SHAPE (von Eisenhowers Informationschef Oberst L. Cross redigiert) an die einzelnen Gebietskommandos geht hervor, daß die Verwirklichung der an sich guten Idee einer Einheitsarmee angesichts der gegenwärtigen Situation zu zeitraubend sei. Die Idee einer Flagge, einer Uniform und eines Verteidigungsministeriums, heißt es wörtlich, "is dream stuff" ("ist ein Wunschtraum").

Die bis 1952 aufzustellenden Einheiten sollen wie die UN-Truppen in Korea organisiert werden, also nationale Elemente mit eigenem Kommando, jedes für sich dem vereinigten Oberkommando, also dem SHAPE-Stab Eisenhowers, unterstellt.

Nach amerikanischer Auffassung soll der Europa-Plan auf der beschleunigt einberufenen NATO-Konferenz in Rom am 24. November aufgehoben und dafür die 20-Kampfdivisionen-Vorschläge der US-Stabschefs und Eisenhowers in Kraft gesetzt werden. Berichtet die "New York Times" aus dem SHAPE: "... Die Politik der Vereinigten Staaten wird sich wieder auf sofortige Aktionen richten, die Westdeutschland erlauben wiederaufzurüsten, obwohl ein solcher Schritt beunruhigende Wirkung unter den NATO-Mitgliedern haben würde."

Für das neue 20-Divisionen-Programm müssen die USA die Waffen - und zwar moderne - liefern. Dadurch wird die Aufstellung amerikanischer Truppen im US-Heimatland verzögert, aber um der NATO willen scheint die US-Regierung dazu bereit zu sein, obwohl auch die massive US-Wirtschaft von einer stetig wachsenden und anscheinend unkontrollierbaren Inflation bedroht wird. Erklärte Eisenhower in Washington: "Ich bin an einer Aufgabe tätig, in die die USA eine ganze Welt von Materie, Zeit und Ideen investiert hat." NATO sei die wichtigste und entscheidende Sache der Welt, an der das "Schicksal Amerikas hängt".

Damit gab Eisenhower auch eine Antwort auf die wirren Gerüchte, die letzte Woche durch Washington schwirrten: daß Truman Eisenhower nur deshalb nach Hause geholt habe, um ihn zu fragen, ob er für die 1952er US-Präsidentschaft kandidieren wolle. Öffentlich sagte Eisenhower weder ja noch nein. Die "Ike for President-Kampagne" kommt in vollen Schwung. Amerika will ihn als Präsidenten. Aber die NATO, heißt es in Washington, käme ohne ihn nicht über ihre Krise, denn, meint die "New York Times", der Name Eisenhowers "wirkt magisch auf die Völker Europas".<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (7/1952) berichtete am 13. Februar 1952: >>**Wie die Hühnerhunde**

In Eisenhowers SHAPE-Hauptquartier wurde jetzt eine besondere Kommission zur Abwehr der "wahrscheinlichen ersten Angriffsphase" der Ostblock-Armeen gegen Westeuropa gebildet. Chef dieses Gremiums ist der US-Colonel F. Kindley. Der ist merkwürdigerweise nicht Offizier, sondern Spezialist für psychologische Kriegsführung.

(Die) SHAPE-Abwehr hat nämlich festgestellt, daß - sollte der dritte Weltkrieg stattfinden -

dem Schießkrieg ein Nervenkrieg vorangehen wird. Die Generalstäbler ... sehen die Lage, wie sie 5 Minuten vor X-Zeit sein wird so:

Der Aufmarsch auf dem rechten sowjetischen Angriffsflügel wird sich mit gemischten russisch-polnischen Verbänden in der Ostzone Deutschlands vollziehen. Aber nicht verschleiert, wie bisher solche Bereitstellungen erfolgten, sondern in demonstrativ offener und breiter Drohbewegung.

Die Begleitfanfaren zu diesen Truppenbewegungen schmettern die Rundfunksender der Sowjetunion, Polens und der Ostzone in allen westeuropäischen Sprachen. Kommunistische Agenten werden Flüsterparolen über angebliche Greuelthaten und Vergewaltigungen durch Ostblocksoldaten in Umlauf setzen und Störmeldungen über den Einsatz mongolischer Verbände ausstreuen.

Zweck dieser den eigentlichen Schießkrieg vorbereitenden psychologischen Offensive: Auslösung eines Massenschrecks. Die Sowjets rechnen damit, daß sich sofort ein europäischer Flüchtlingsstrom über die Straßen und Eisenbahnen ergießen wird, der Verkehrsverstopfungen und Produktionshemmungen verursacht und deutsche Hilfsverbände der westlichen Alliierten zu Massendemonstrationen veranlaßt. Sabotageaktionen werden die Verwirrung steigern. Das dann hereinbrechende westeuropäische Chaos wird alle Abwehrmaßnahmen der NATO unmöglich machen oder zumindest auf das Äußerste erschweren.

Die SHAPE-Offiziere unterstreichen ihre Hypothese, indem sie auf die Persönlichkeit des Oberbefehlshabers der polnischen Armee, den Sowjetmarschall Rokossowski, hinweisen. Der hat ... Erfahrungen auf dem Gebiete des Nervenkrieges. Als er im Weltkrieg II - schon damals als Befehlshaber des rechten sowjetischen Flügels - in Ostpreußen einbrach und durch Westpreußen und Pommern hindurch bis nach Swinemünde stieß, überstürzte sich die ostdeutsche Bevölkerung in chaotischer Angst vor seinen Panzern.

Die propagandistische Peitsche Ilja Ehrenburgs holte damals aus den Flüchtlingen die letzte Kraft der Verzweiflung und aus den kriegsmüden Iwans den letzten Angriffspfeffer heraus. Die zwischen dem Flüchtlingsstrom und der roten Panzerflut eingekeilten deutschen Heeresverbände waren nicht mehr operationsfähig. So soll es auch jetzt werden.

Oberst Kindley meint, daß die wirkungsvollste Abwehr gegen solchen Nervenkrieg ein kraftvoller NATO-Aufmarsch an der Elbe wäre. Doch er befürchtet: In das Durcheinander werden beim eigentlichen Kriegsausbruch die polnisch-sowjetischen Verbände "wie die Hühnerhunde" hineinstoßen, um das gehandikarte westalliierte Wild aufzuscheuchen.

Die Panzerarmee der sowjetischen Heeresgruppe West unter Timoschenko aber werden solange zurückgehalten, bis sich an den Rheinübergängen zeigt, ob ein starker Offensivstoß die Chance verspricht, das Gros der Atlantik-Truppen in Belgien und Ostfrankreich zu kesseln. Polens Soldaten sichern dann Nord- und Nordwestdeutschland sowie Dänemark als rückwärtige Heeresgebiete.

Auf solchen Krieg hat sich auch die polnische Rüstungsindustrie eingestellt. Ihr Schlager ist heute ein 5-cm-Minenwerfer aus Leichtmetall, der von den staatlichen Rüstungswerken PZON 4 und 7 in Rzeszow und Lublin hergestellt wird. Der Werfer ist die leichteste Type dieser Waffe überhaupt. Er kann bequem von einem Mann getragen werden. Ein zweiter trägt die Munition, Minen aus Leichtmetallhülsen mit 2,5 kg Hexal-Sprengstoff. Bei einfacher Handhabung der Waffe, einwandfreier Zielsicherheit und einer Reichweite von 9.000 m ist der Werfer eine Idealwaffe für den Guerilla- und Partisanenkrieg und für Kommandounternehmen.<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (7/1952) berichtete am 13. Februar 1952 über die Europa-Armee: >>Ende einer Illusion

Wie stand es mit der Europa-Armee? Während ein bleicher, abgespannter Konrad Adenauer vor dem Bundestag erklärte, daß alles in bester Ordnung sei, gab es sonst nur betrübliche

Nachrichten für die Europa-Enthusiasten. Hier, wie es zu dem gegenwärtigen Dilemma kam und wie dieses Dilemma im einzelnen aussieht:

Im Oktober 1950 billigte die Pariser Nationalversammlung Premier René Plevens Konzession an die Forderung der Korea-geschockten Amerikaner nach deutschen Soldaten: eine internationale Westarmee unter Einschluß unselbständiger deutscher Einheiten in Kampfgruppenstärke (3.000-4.000 Mann).

Pleven wurde vom einmütigen Protest aller Militärs (einschließlich der französischen) angeblasen. US-Stabschef Bradley: "Die Franzosen täten besser daran, den Tatsachen ins Auge zu sehen ... Der Plan ist völlig undurchführbar ..."

Pleven blieb hart. Im Februar 1951 stimmte Acheson der ursprünglich für Aufnahme einer deutschen Nationalarmee in die NATO-Streitmacht dem Pleven-Plan widerwillig zu: Es schien der einzige Weg zu den begehrten deutschen Soldaten. In der folgenden Woche, ein paar Tage vor Beginn der Atlantik-Konferenz über den Pleven-Plan, sprach Kanzler Konrad Adenauer in der Mensa der Bonner Uni die vernünftigsten Worte, die er über dieses Projekt geäußert und seitdem vergessen hat: "... Zu dieser Frage Europa-Armee möchte ich Ihnen einige Worte sagen. Ich bejahe den Plan. Ich bejahe den Gedanken allerdings nicht in dem Sinne, daß der Aufbau einer Europa-Armee uns vor der jetzt vom Osten drohenden Gefahr schützen könnte, denn der Aufbau einer Europa-Armee wird lange Zeit erfordern ..."

Nicht lange danach ging Sicherheitsbeauftragter Theo Blank zu den ersten Sachverständigen - Besprechungen über die Europa-Armee-Planung nach Paris. Die Experten, die nach der Zweckmäßigkeit gingen und keinen Wert darauf legten, der französischen Nationalversammlung eine Freude zu machen, zertrümmerten den ersten Kernpunkt der Pleven-Idee. Nicht leicht zu kontrollierende Kampfgruppen, sondern 14.000-Mann-Divisionen sollten auf nationaler Basis rekrutiert werden. Die Franzosen waren schon dagegen, daß Deutschland ebensoviel Divisionen bekommen sollte wie Italien, nämlich 12 (Frankreich: 14). Ihr Argument laut "New York Times": "Es ist schierer Unsinn, 12 deutsche und 12 italienische Divisionen gleichzusetzen."

Diese Fragen wurden den Politikern zugeschoben. Auf der ersten Plevenplan-Tagung der sechs Westeuropa-Außenminister (auch Deutschlands) im Februar 1951 schon erhoben sich die Benelux-Staaten geschlossen gegen die vorgesehene Beschränkung der nationalen Souveränität: Das sei mit ihren monarchistischen Verfassungen unvereinbar. Damit wurde das ganze Prinzip der Europa-Armee angefochten.

Auf der NATO-Konferenz Ende November in Rom stellten die Amerikaner ein Ultimatum: Bis zur NATO-Konferenz in Lissabon (damals auf den 3. Februar 1952 festgesetzt) sollten sich die westeuropäischen Außenminister über die Europa-Armee geeinigt haben.

Mit hektischer Dringlichkeit versammelten sich die sechs Westeuropa-Außenminister am 27. Dezember wieder im Quai d'Orsay (in Paris). Präsident Truman wollte bis zum 3. Januar 1952 wissen, ob sich die kontinentale Verteidigungsgemeinschaft durchführen lasse und ob die deutsche Wiederbewaffnung über den Umweg einer Europa-Armee finanziert werden könne; er wollte den Kreditantrag 1952/53 an den Kongreß vorbereiten.

Doch wieder fing Robert Schuman mit einfachen, untergeordneten Punkten an, um dann erst notgedrungen auf die schwierigsten Probleme zu kommen, von denen alles abhängt.

Aber die Außenminister Belgiens und Hollands warteten nicht so lange. Punkt für Punkt lehnten sie sich kategorisch gegen die wichtigsten Voraussetzungen der französischen Europa-Armee-Idee auf,

- Nicht ein einziger Verteidigungskommissar (möglichst französischer Nationalität) soll an der Spitze der Europa-Armee-Exekutive stehen, sondern ein "Kollegium" oder "Kommissariat" aus Vertretern aller Mitglieder.

- Die Beschlüsse der höchsten Autorität, des Ministerrates, sollen nicht mit Zweidrittelmehr-

heit gefaßt werden, sondern einmütig. Damit unterliegen sie dem Veto-Recht jedes Mitgliedes.

- Der Anfang jeder Rüstung, das Militärbudget, könne nicht von einer übernationalen Behörde festgelegt werden, da die fünf Länder (außer Westdeutschland) bereits mit der NATO (als deren Mitglieder) die genauesten finanziellen Verpflichtungen vereinbart haben. Die Benelux-Staaten würden sich an das Prinzip halten: Wenn die Atlantik-Organisation von ihnen Divisionen verlangt, würden sie sie aufstellen und bewaffnen; aber sie weigerten sich, in einen Fonds zu zahlen, der ihnen wiederum helfen solle, sich zu bewaffnen, bloß damit Frankreich (dem im letzten Jahr mit knapper Not die Aufstellung von zwei Divisionen gelang) die deutsche Rüstung kontrollieren könne.

Schuman, in der Klemme, wehrte sich mit einem Schauer von Gegenvorschlägen. Denn die von Benelux geforderte Souveränitätsherrlichkeit gäbe Deutschland genau das, was Frankreich ihm vorenthalten wollte: ein Veto im Ministerrat, das es in der Schumanplan-Behörde nicht besitzt und das ihm Chancen zur Durchsetzung einer eigenen Politik öffnet.

Er schlug zur völligen Verwirrung der Sachlage vor, daß die Befehlsgewalt der Europa-Armee nicht nur an der "Front", sondern auch in den "Heimatgebieten" der Kontingente gelten sollte (eine solche Trennung war bisher überhaupt nicht gemacht worden). Zweck: Das Kontingent Deutschlands auch bei der Aufstellung genau zu kontrollieren. Nicht Adenauer wehrte sich, sondern Hollands sehr churchillianischer Sticker wettete so heftig gegen dieses Attentat auch auf die königlich niederländische Souveränität, daß Schuman die zweite Sitzung abbrechen mußte, um den holländischen Kollegen zu beschwichtigen.

Am nächsten Tag kam Schuman den grimmigen Benelux-Leuten entgegen, indem er vorschlug, daß die Rekrutierung in den NATO-Mitgliedsstaaten zunächst von den nationalen Behörden im Sinne der NATO-Verpflichtungen vorgenommen werden solle, während die deutsche Rekrutierung vom Europa-Kommissariat überwacht werden soll. Hier zum ersten Male protestierte Adenauer energisch.

Inzwischen hatten sich die sechs Finanzminister eine Nacht hindurch über die Budgetfrage auseinandergesetzt. Ergebnis: Westdeutschlands Schäffer mußte vor der Unmöglichkeit kapitulieren, ein "gemeinsames Budget" für die Europa-Armee aufzustellen. Erst später, wenn die ins Unbestimmte hinausgeschobene "bundesstaatliche Periode" Europas beginnen soll, ist an ein gemeinsames Budget gedacht. Dafür soll der Ministerrat das Veto-Recht über die nationalen Verteidigungsbudgets erhalten, damit Frankreich verhindern kann, daß Deutschland sein Geld "für die mißbräuchliche Entwicklung seiner Streitmacht" benutzt. Kanzler Adenauer erhob sich wiederum: Deutschland könne kein diskriminierendes Veto über seine Rüstung akzeptieren.

Er forderte sofortige Aufstellung eines gemeinsamen Budgets. Das ist die einzige Möglichkeit für Adenauer, die Besatzungskosten zu beseitigen. Schäffer, erklärte der Kanzler, habe sich gegen Morgen von der Müdigkeit überwinden lassen. Auch Schuman und de Gasperi kehrten sich gegen ihre Finanzminister, um den völligen Zusammenbruch der Verhandlungen zu verhindern, und unterstützten Adenauers Antrag. Doch Benelux wankte nicht.

Vor ihrer Abreise aus Paris ließ die holländische Delegation vertraulich durchblicken, daß sie als einzig mögliche Lösung des Verteidigungs-Dilemmas die Aufnahme Deutschlands in die NATO ansehe. Es sei klar, daß Deutschland in dem durch die Benelux-Opposition so radikal umgemodelten Plevelnplan-System so gut und so schlecht kontrolliert werden könnte wie in der NATO.

Die Amerikaner drängten: Die Westeuropa-Staaten sollten zumindest einen Modus finden, unter dem mit der Aufstellung deutscher Verbände begonnen werden könnte. So trafen sich die sechs Vertreter am letzten Wochenende des Januar abermals. Die Franzosen hatten jegliches Interesse an einer Europa-Armee verloren, in der Deutschland ein Veto besitzen soll. Die

Atmosphäre des Mißtrauens war durch die Saar-Krise undurchdringlich geworden. Adenauer war gar nicht gekommen. Hallstein sollte Deutschlands Beitritt zur NATO zur Sprache bringen.

Am Stillstand vom Jahresende wurde nur geruckt: Das Verteidigungskommissariat soll statt sechs Mitglieder neun bekommen und damit noch schwerfälliger werden. Die Sachverständigen unterbreiteten einen ausgesprochen idiotischen Vorschlag zum Budgetproblem: Die Einzelbudgets der Länder sollen doch vom Ministerrat festgelegt, danach aber von den Nationalparlamenten ratifiziert werden. Wenn ein Parlament nicht ratifiziert, scheidet das Land automatisch unter Vertragsbruch aus der Verteidigungsgemeinschaft aus. Die Minister verwiesen das Problem sofort wieder zurück an die Sachverständigen.

Unverdrossen indes begann Belgiens Van Zeeland mit erneuter Energie seinen Kampf für eine Erweiterung des Veto-Rechts im Ministerrat auf sämtliche zu treffenden Entschlüsse von Gewicht.

Da sagte Schuman, mit einem derartig erweiterten Veto-Recht (das dann auch Deutschland zustehen würde) habe der Europa-Plan keine Aussicht auf Annahme in der Nationalversammlung. Jetzt stand Hallstein auf. Das deutsche Volk und das Parlament würden niemals die durch Wegfall des Vetos entstehende Majorisierung der Bundesrepublik durch die anderen Länder der europäischen Verteidigungsgemeinschaft (die ja alle vollberechtigte NATO-Mitglieder sind) annehmen.

Die Konferenz wurde aufgegeben.

An diesem Punkt endigt die kurze Geschichte von der Europa-Armee. Die Punkte, in denen Einigkeit erzielt werden konnte, wurden, weil keine Aussicht auf weitere Übereinkommen bestand, zur Grundlage der europäischen Verteidigungsgemeinschaft erklärt. Es sind ein paar völlig sinnlose Fetzen des ursprünglichen Plans:

- Der Ministerrat als beschlußfassende Behörde, in dem alle Mitglieder in wichtigen Fragen das Veto-Recht besitzen.
- Das Neun-Mann-Kommissariat, das über die Ausführung der Beschlüsse wachen soll.
- 43 projektierte Divisionen (14 für Frankreich, je 12 für Deutschland und Italien, 5 für Benelux).

Was der Ministerrat beschließen und das Kommissariat durchführen soll, ist unklar. Denn es gibt weder ein gemeinsames Budget, noch ein Beschlußrecht des Ministerrates über die Rüstungen der einzelnen Länder. Die Truppen sollen sowieso dem NATO-Hauptquartier Eisenhowers unterstellt werden. Keine Übernationalität.

Für die fünf NATO-Mitglieder dieses immer noch frei als "Europa-Armee" bezeichneten Projekts hat sich nichts geändert. Sie behalten ihre absolut nationale Vertretung innerhalb der NATO. Ministerrat und Kommissariat bestehen somit lediglich zu dem Zweck, als Befehlsübermittlung zwischen NATO und Deutschland zu fungieren. Robert Schuman nannte das großzügig "indirekte NATO-Mitgliedschaft". Darüber hinaus sollen Deutsche auch als Verbindungsleute von der "Europa-Armee" in Eisenhowers Hauptquartier entsandt werden.

Aber immerhin erlaubt diese Organisationsform eine nationale deutsche Rekrutierung und Aufrüstung, nur eben nicht unter dem Namen "Armee der Bundesrepublik", sondern als "Deutsches Kontingent, Europa-Armee". Das wollte Frankreich - außer Deutschlands NATO-Mitgliedschaft - geradezu verhindern.

Wie aber soll die Bundesrepublik kontrolliert werden (nachdem die Kontrollen via Europa-Armee am Benelux-Widerstand gescheitert sind), wenn es doch noch zu einem deutschen Wehrbeitrag kommen sollte? Da war noch der "Generalvertrag zur Ablösung des Besatzungsstatuts", der - wie Adenauer immer wieder versichert - die "Gleichberechtigung" für die Bundesrepublik bringen soll. Der Preis für diesen Vertrag ist der Wehrbeitrag. Seit September 1951 ringt Adenauer höflich, aber zäh mit den Hochkommissaren um einen neuen Status für

die Bundesrepublik, mit dem er sich vor dem Bundestag sehen lassen könnte.

Englands Eden und Schuman entschlossen sich letzte Woche in Paris, ihre Hochkommissare auf Kontrollklauseln bestehen zu lassen, die Frankreich im Rahmen der Europa-Armee nicht erreichen konnte. Es waren schlechte Nachrichten für den Kanzler:

- England und Frankreich dringen darauf, daß die deutsche Aufrüstung von den drei Westalliierten überwacht wird. Die deutsche Waffenproduktion soll unter ständige alliierte Überwachung gestellt werden.

- England und Frankreich fordern, daß Deutschland auch unter dem Generalvertrag Besatzungskosten für die britischen und französischen "Schutztruppen" zahlt.

Diese beiden Bedingungen allein würden die Annahme des Generalvertrages durch den Kanzler unmöglich machen.<<

In einer Sitzung des Deutschen Bundestages forderte der CSU-Abgeordnete Franz Josef Strauß im Februar 1952, der "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beizutreten" (x067/-228): >>... Wer auf den Anschluß der Bundesrepublik an die Gemeinschaft der freien Völker verzichtet, gibt die deutsche Einheit preis, ob er will oder nicht, ob er es weiß oder nicht. Die verhängnisvolle These, die manchmal auch in der SPD angeklungen ist: Zuerst Einheit, dann Europa, wird von uns mit der klaren Parole beantwortet: Über die Einheit Europas zur Wiedervereinigung Deutschlands!<<

Stalin schlug den 3 Westmächten am 10. März 1952 Grundzüge eines Friedensvertrages mit Deutschland vor (x149/156): >>Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln. ...

Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat. ...

Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte ... zu besitzen, die für die Verteidigung des Lands notwendig sind. ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Stalin-Note von 1952 (x283/239-241): >>... Stalins Angebot weckte in Deutschland große Hoffnungen. Es fand verbreitete Zustimmung, zumal bei der SPD. In diesem Sinne empfahl auch Ernst Reuter, auf das Angebot behutsam einzugehen.

Anders dachte der frankophile (franzosenfreundliche) Adenauer, der 1923 die Lostrennung des Rheinlandes von Preußen betrieben hatte.

Berlin wäre nach Stalins Plan 1952 wieder Hauptstadt geworden. Bei den avisierten gesamtdeutschen Wahlen war mit einem Sieg der Sozialdemokraten zu rechnen, und überhaupt schien dem Kanzler wohl ein Zuwachs an Preußen und Protestanten unsympathisch.

Gleichwohl verleugnete Adenauer das Ziel einer Wiedervereinigung nicht geradewegs, verstand sich dazu aber erst nach erfolgter Westbindung der Bundesrepublik und einer Umwälzung in Osteuropa. Damit war er seiner Zeit allzu weit voraus. Zunächst wollte Adenauer verhindern, daß seine Politik in Gefahr geriet, was Stalin in aller Offenheit bezweckte. Denn der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft stand unmittelbar vor dem Abschluß.

Es wurde dann jedoch nicht durch Moskau, sondern – eine Ironie der Geschichte – durch Paris torpediert. Erst drei Jahre später erfolgte der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO.

Adressat der Stalin-Note war nicht Adenauer. Seine Meinung fiel nicht wesentlich ins Gewicht. Gefragt waren die Westmächte. ...

Eine Verhandlung über die Stalin-Note wurde von Washington keineswegs offen abgelehnt, aber auf Druck von Paris, London und Bonn bewußt an Bedingungen gebunden, die für Stalin

unannehmbar waren, nämlich an die vorab eingeräumten Möglichkeiten einer Revision der Oder-Neiße-Grenze und eines Beitritts Gesamtdeutschlands zur NATO. Damit war die Chance verspielt, festzustellen, ob Stalins Angebot gutwillig war.

Wäre die von ihm entworfene Lösung zustande gekommen, so hätte sich der wirtschaftliche Aufschwung Westdeutschlands verzögert, aber es hätte sich auch das unendliche Leid erübrigt, das in den Folgejahren das SED-Regime verschuldet und die fortdauernde Teilung Deutschlands mit sich gebracht hat. Das, was schließlich 1990 mühsam errungen wurde, wäre bereits 1952 erreicht gewesen.

Um diese schmerzhaftige Konsequenz einer versäumten Gelegenheit zu vermeiden, empfahl sich der Ausweg, zu bestreiten, daß eine solche Gelegenheit tatsächlich bestand, und die Stalin-Note für bloßes Störfeuer, für Bluff zu erklären. Da der Westen sich aber weigerte, dies durch Verhandlung aller Welt vor Augen zu führen, so kann das nur aus der Besorgnis erklärt werden, daß Stalin es am Ende doch ernst meinte. Aber man wollte das von Moskau vorgesehene Resultat nicht. Daher erübrigte sich der Test, ob Stalin wirklich bereit gewesen wäre, die DDR aufzugeben.

Die neuere Aktenlage zeigt, daß Stalins Vorstoß nur ein propagandistisches Manöver war. ...<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtete später (am 23. März 2002) in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" über die "Die Stalin-Note" (x887/...): >>**Moskaus gescheiterter Störversuch**

Die Aufregung bei den Westmächten war groß und die Besorgnis im Bonner Kanzleramt spürbar, als am 10. März 1952 die Nachricht aus Moskau einging, daß die Sowjetregierung einen Friedensvertragsentwurf für Deutschland vorgelegt habe und eine Viererkonferenz darüber vorschläge.

Tatsächlich hatte an diesem Tag der stellvertretende Außenminister der UdSSR, Andrej Gromyko, den diplomatischen Vertretern Englands, Frankreichs und der USA eine Note und ein Memorandum übergeben. Darin regte die Regierung der Sowjetunion die Einberufung einer "Konferenz der vier Großmächte über die Ausarbeitung eines deutschen Friedensvertrages" an und schrieb wörtlich:

"Um die Vorbereitung des Entwurfs eines Friedensvertrages zu erleichtern, legt die Sowjetunion ihrerseits den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika den beigefügten Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland zur Prüfung vor."

Zugleich erklärte sich Moskau bereit, "auch andere eventuelle Vorschläge zu dieser Frage zu prüfen".

Und was die Aufregung im Westen letztlich auslöste: "Die Regierung der UdSSR rechnet damit, in kürzester Frist eine Antwort auf den oben erwähnten Vorschlag zu erhalten".

Der Kreml suchte also, den Westen unter Zugzwang zu setzen und machte seinen Druck geschickt propagandistisch plausibel, als er im beigefügten "Grundriß zu einem Friedensvertrag mit Deutschland" feststellte:

"Seit Beendigung des Krieges mit Deutschland sind fast sieben Jahre vergangen. Jedoch hat Deutschland immer noch keinen Friedensvertrag. Es ist gespalten und befindet sich gegenüber anderen Staaten in einer nicht gleichberechtigten Situation. Diesem unnormalen Zustand muß ein Ende gemacht werden."

Worte, denen niemand widersprechen konnte und die in den Ohren der national bewußten Deutschen wie Musik klingen mußten, wie man auch diesseits und jenseits der Zonengrenze gern zur Kenntnis nahm, daß nach Meinung Moskaus "der Friedensvertrag unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, ausgearbeitet werden" müsse. Eine demütigende Aussperrung von den Verhandlungen, wie sie Deutschland

1919 in Versailles widerfuhr, sollte es nicht geben.

Diese wohlberechneten Schmeicheltöne sollten besonders national-konservative Kreise in Westdeutschland für den Vorschlag des Kremls einnehmen und Adenauers eingeleitete Westintegrationspolitik stören. Entsprechend beunruhigt war man im Bonner Kanzleramt über die möglichen psychologischen Auswirkungen der Moskauer Wiedervereinigungsinitiative auf die Stimmung in der westdeutschen Bevölkerung.

Starke politische Kräfte gaben damals immer noch dem Streben nach nationaler Einheit den Vorzug vor einer Westbindung. Die gerade in jenem Jahre 1952 stattfindenden Olympischen Winterspiele in Oslo und Sommerspiele in Helsinki dokumentierten durch die Teilnahme einer gesamtdeutschen Olympiamannschaft noch zusätzlich diesen Einheitswillen und konnten in dieser Tendenz von Moskau für seine Zwecke eingesetzt werden. Alles dieses erfüllte Kanzler Adenauer mit Sorge.

Über die Beibehaltung einer gemeinsamen deutschen Olympiamannschaft hinaus bereitete ihm die augenscheinlich "konzertierte Aktion" zwischen den Ost-Berliner Kommunisten und dem Kreml ungleich größeres Kopfzerbrechen.

Der als "Stalin-Note" in die Geschichte eingegangenen Deutschland-Initiative Moskaus war nämlich ein Ersuchen der DDR-Regierung in Ost-Berlin an die vier Hauptsiegermächte vorausgegangen. Darin wurden die Regierungen in London, Moskau, Paris und Washington gebeten, "den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen", worauf die Sowjetführung mit der Versicherung geantwortet hatte, "alles, was möglich ist, zu tun, um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates zu beschleunigen". Schon knapp drei Wochen später, am 10. März 1952, übergab dann Gromyko den drei westlichen Vertretern in Moskau die erwähnte Note mit dem beigefügten Memorandum.

Der vorgelegte Friedensvertragsentwurf enthielt neben diskutablen und annehmbaren Punkten wie die Wiederherstellung der deutschen Einheit, den Abzug der Besatzungstruppen und die Errichtung einer eigenen Wehrhoheit auch Auflagen wie die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze und die Neutralisierung Gesamtdeutschlands, Vorbedingungen, von denen der Kreml wissen mußte, daß sie vom Westen und von der Bonner Regierung schwerlich angenommen werden würden und deren Nennung die ganze sowjetische Deutschland-Initiative in den Verdacht brachte, nichts anderes zu bezwecken, als die sich gerade vollziehende Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern.

Adenauer war es bekanntlich gelungen, den drei westlichen Besatzungsmächten gegen die Zusage eines deutschen Wehrbeitrags große Zugeständnisse wie die Beendigung ihrer Oberherrschaft in Westdeutschland und die Mitgliedschaft in internationalen Einrichtungen und Organisationen zu erreichen. Dabei nahm die Teilnahme am westeuropäischen Einigungsprozeß absoluten Vorrang ein und innerhalb diesem wiederum die Verständigung mit Frankreich. Als Zeitzeuge der leidvollen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts wußte der deutsche Kanzler, daß am Anfang einer europäischen Einigung die endgültige Beendigung der sogenannten Erbfeindschaft zwischen Deutschland und Frankreich stehen mußte.

Um dieses Ziel zu erreichen, nutzte er alle sich bietenden Möglichkeiten und Gelegenheiten und begriff selbst Nachteile als Chancen wie etwa die Teilung Deutschlands, mit der er den wiederholt von deutscher Stärke sich bedroht fühlenden Franzosen die Furcht vor einer gegenseitigen Annäherung nahm oder die weitgehend fehlende Souveränität der Bundesrepublik, die es ihm erleichterte, seine deutschen Landsleute für die Zustimmung zur Übertragung von Hoheitsrechten auf übernationale Institutionen wie die Hohe Behörde der Montan-Union zu gewinnen.

Westlichen Nachbarn wie eigenen Landsleuten wußte er, unpopuläre Entscheidungen wie das Ja zur Aufstellung einer westdeutschen Armee mit der sich augenscheinlich verstärkenden

Bedrohung durch die Sowjetunion plausibel zu machen. Der Ausbruch des Koreakrieges gab Adenauers besorgter Beurteilung, daß "die Lage noch nie so ernst" gewesen sei, ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit.

Scharfsichtig erkannte der deutsche Kanzler auch die große Bedeutung der handelnden Personen in der Politik und ihrer gegenseitigen Wertschätzung. So fand er für seine Verständigungspolitik gegenüber Frankreich im französischen Außenminister Robert Schumann einen gleichgesinnten Partner und konnte mit ihm die deutsch-französische Annäherung ein gutes Stück voranbringen; wie er im Übrigen auch im italienischen Ministerpräsidenten Alcide de Gasperi einen ebenso überzeugten Mitstreiter für ein vereinigtes Europa hatte.

Daß er sich mit dem einst reichsdeutschen Rechtsanwalt aus Elsaß-Lothringen und dem ehemals österreichischen Korporal aus Südtirol auf Deutsch unterhalten konnte, empfand der nicht allzu polyglotte frühere Kölner Oberbürgermeister als eine zusätzliche Ermunterung zu weiteren Gemeinsamkeiten.

All' das stand in den Augen des Kanzlers der Bundesrepublik Konrad Adenauer jedoch zur Disposition, wenn die Moskauer "Friedensvertrags-Initiative" ihre erhoffte Resonanz im Westen finden würde. Da kam es ihm zupaß, daß die deutschen Heimatvertriebenen entschieden gegen die in der Moskauer Note geforderte Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze Stellung nahmen und vor einem "unbedachten Entgegenkommen des Westens" warnten.

Entsprechend geschlossen standen sie hinter Adenauers Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, der am 12. März 1952 in einer Rundfunkansprache zum einschlägigen Punkt im sowjetischen Friedensvertrags-Entwurf erklärte: "... Nur eines muß gesagt werden: Deutschland kann auf unbestreitbar deutsche Gebiete nicht Verzicht leisten. Wir haben ja schließlich auch die klare Bestätigung der Westmächte, daß in Potsdam keine endgültigen Beschlüsse über die künftigen Grenzen gefaßt wurden."

Dem widersprach erwartungsgemäß die DDR-Regierung in Ost-Berlin. In einer Regierungserklärung vor der Volkskammer führte dazu Ministerpräsident Otto Grotewohl (SED) am 14. März 1952 aus: "Die im Entwurf der Sowjetregierung vorgeschlagene Regelung der territorialen Fragen auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse stellt die einzige reale Lösung dieser Frage dar. Die Großmächte haben sich im Potsdamer Abkommen über die Grenzen Deutschlands geeinigt. In enger Zusammenarbeit mit der Regierung Polens ist die Oder-Neiße-Grenze zu einer wirklichen Friedensgrenze zwischen Deutschland und Polen geworden. Es wird keiner chauvinistischen Hetze mehr gelingen, das enge Freundschaftsbündnis zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk zu trüben."

Worte, die deutsche Heimatvertriebene aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen 45 Jahre später inhaltsgleich bekanntlich wieder hören sollten - nur diesmal von Vertretern einer gesamtdeutschen Regierung und nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks.

1952 sollte nach den Vorstellungen Moskaus eine gesamtdeutsche Regierung als Vorstufe zur Friedenskonferenz gebildet werden, um sie an den Verhandlungen der Siegermächte zu beteiligen und von ihr die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze bestätigt zu bekommen. Ein Ansinnen, das damals - nicht zuletzt auch auf Betreiben Kanzler Adenauers - abgelehnt wurde, zumal die Sowjetunion die von ihr vorgeschlagene gesamtdeutsche Regierung nicht aus freien Wahlen hervorgehen lassen wollte.

Noch weniger akzeptabel erschien den Westmächten die vom Kreml geforderte Neutralisierung Gesamtdeutschlands. Sie sahen - im Verein mit dem deutschen Bundeskanzler - in einer solchen Festlegung nicht nur eine Bevormundung des deutschen Volkes sondern darüber hinaus auch den durchsichtigen Versuch Moskaus, die sich damals gerade formierende westeuropäische Einigung zu stören.

Die am 18. April 1951 begründete Montan-Union und die am 14. September des selben Jahres

ausgesprochene "Billigung eines westdeutschen Wehrbeitrages" durch die drei Westmächte sollten durch die sowjetrussischen Vorschläge in Frage gestellt werden und die in jenen Wochen des März 1952 zur Unterzeichnung anstehenden Verträge "über die Beziehung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Westmächten" sowie die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Papierkorb landen. Adenauer betrachtete jedoch diese Verträge als ganz wesentliche Bestandteile seiner Außen- und Deutschland-Politik und wollte sie nicht durch die sowjetischen "Friedensvorschläge" gefährden lassen.

Dem vom Moskauer Kreml vorgetragenen Gedanken, Deutschland eigene nationale Land-, Luft- und Seestreitkräfte zu gestatten, parierte er am 16. März 1952 mit den Worten: "Die in der Sowjetnote vorgeschlagene nationale deutsche Aufrüstung ist in Anbetracht der fortschreitenden Waffentechnik nicht möglich. Seit 1945 sind in der militärischen Forschung so große Fortschritte gemacht worden, daß Deutschland aus finanziellen und materiellen Gründen allein auf sich gestellt eine nationale Rüstung nicht aufbauen kann", um dann das Grundkonzept seiner Politik mit dem Satz zu beschreiben: "Ziel der deutschen Politik ist nach wie vor, daß der Westen so stark wird, um mit der Sowjetunion zu einem vernünftigen Gespräch zu kommen".

Diese als "Politik der Stärke" in die Geschichte eingegangene außenpolitische Strategie wurde bekanntlich 30 Jahre später von US-Präsident Ronald Reagan gegenüber Michail Gorbatschow neu aufgenommen und von seinem Nachfolger George Bush schließlich zum Erfolg gebracht. Späte Erfüllung einer Vision des "Alten von Bonn", die ohne die Abwehr der Stalin-Note vom März 1952 schwerlich eingetreten wäre.

Die Stalin-Note verursachte einen diplomatischen Schlagabtausch, der bis zum Herbst 1952 dauerte. Er konzentrierte sich immer mehr um die Frage, auf welche Weise eine gesamtdeutsche Regierung zustande kommen sollte. Der Kreml wollte sie aus "Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik" und der "Deutschen Bundesrepublik" hervorgehen lassen. Der Westen vertrat dagegen die Meinung, daß sie durch freie gesamtdeutsche Wahlen legitimiert sein sollte und teilte dies der Sowjetregierung in einer gemeinsamen Note Großbritanniens, Frankreichs und der USA am 23. September 1952 mit: "Es kann vor Abhaltung von Wahlen weder eine gesamtdeutsche Regierung gebildet noch Deutschland vereinigt werden."

Und weiter: "Vor der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die in der Lage ist, frei zu verhandeln, ist es unmöglich, die Bestimmungen eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erörtern. Ein Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland kann durch eine deutsche Vertretung weder verhandelt noch angenommen werden, die nicht die Regierung Gesamtdeutschlands ist, die ihn durchzuführen hätte."

Doch: "Eine solche Regierung kann nur aus freien Wahlen hervorgehen." Und über deren Definition gingen schließlich die Auffassungen zwischen West und Ost fundamental auseinander. Die Note der Westmächte vom 23. September 1952 machte dies unmißverständlich klar, indem sie darauf bestand, "daß wahrhaft freie Wahlen der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vorausgehen und sie vorbereiten". Denn "die bittere Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß der Ausdruck 'freie Wahlen' in der üblichen Sprache einen und im amtlichen sowjetischen Sprachgebrauch einen anderen Sinn hat. Der Gegensatz zwischen der Vorstellung von freien Wahlen, wie sie in Westdeutschland und wie sie in der Sowjetzone herrscht, ist offensichtlich."

Nach diesen Klarstellungen verlor der Kreml sichtlich jedes weitere Interesse an der Fortsetzung des Notenwechsels, zumal sich der Westen geschlossen zur Weiterführung seiner bisherigen Deutschlandpolitik bekannte und die Bundesrepublik konsequent Schritt für Schritt zur politischen Selbständigkeit führte.

Konrad Adenauer wurde freilich die Sorge über eine mögliche Verständigung der Westmächte mit ihrem einstigen Kriegsverbündeten Rußland über den Kopf Deutschlands hinweg nicht

ganz los. Dies dokumentiert ein Brief, den Mitarbeiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) in der Eisenhower-Forschungsstätte ('Dwight-D-Eisenhower-Library') in Abilene/Kansas gefunden haben und den der Kanzler am 29. Mai 1953 an den neu gewählten US-amerikanischen Präsidenten geschrieben hatte. Darin setzte er sich gleichermaßen kritisch wie freimütig mit der Haltung Großbritanniens beziehungsweise seines damaligen Premierministers Winston Churchill auseinander.

Ohne diplomatische Schnörkel schrieb Adenauer an den einstigen US-Oberbefehlshaber in Europa und nunmehrigen amerikanischen Staatschef: "Wir werden positive Ergebnisse in der Auseinandersetzung mit Sowjetrußland nur erzielen, wenn wir selbst klar und eindeutig wissen, was wir wollen, und dies auch vor dem Beginn einer Verhandlung mit Sowjetrußland deutlich zum Ausdruck bringen."

Hintergrund seiner Kritik war eine Rede Churchills vor dem britischen Unterhaus am 11. Mai 1953, in welcher der Londoner Premierminister für eine "Konferenz auf höchster Ebene zwischen den führenden Mächten" eingetreten war und dazu wörtlich gemeint hatte:

"Diese Konferenz sollte nicht durch eine gewichtige und rigorose Tagesordnung belastet sein oder zu einem Irrgarten oder Dschungel technischer Details führen, die zelotenhaft von Horden von Experten und Beamten verfochten werden, die in einer weiten und schwerfälligen Schlachtordnung aufgereiht sind. Die Konferenz sollte auf die kleinstmögliche Zahl von Mächten und Personen begrenzt werden. Sie sollte mit einem Maß von Informalität und einem noch größeren Maß von Geheimhaltung in Abgeschlossenheit abgehalten werden."

Dieser mit den Bündnispartnern nicht abgestimmte Vorschlag einer Gipfelkonferenz erinnerte den Kanzler an die überraschende Stalin-Note vom 10. März 1952 und ließ ihn fürchten, daß die Allianzen von Teheran und Jalta wiederauferstehen und Deutschland isolieren könnten. Von dieser Sorge konnten ihn auch die überaus schmeichelhaften Worte Churchills, er sei "der weiseste Staatsmann seit den Tagen Bismarcks", nicht befreien; vielmehr betonte er in seinem Brief an Eisenhower, "daß die Alliierten keine Regelung der Deutschlandfrage mit den Sowjets treffen sollten, ohne daß die Bundesregierung gehört worden ist und ihre Zustimmung erklärt hat".

Damit nicht genug. Adenauer regte "angesichts der schicksalhaften Bedeutung einer Regelung der Deutschlandfrage für das deutsche Volk und für Europa" Eisenhower gegenüber noch zusätzlich an, vor einem etwaigen Treffen mit den Sowjets eine Konferenz der westlichen und deutschen Außenminister-Stellvertreter abzuhalten, "in welcher eine Übereinstimmung des für die Lösung der Deutschlandfrage auf einer Viererkonferenz einzuschlagenden Weges erzielt werden sollte".

In der begründeten Annahme, daß Präsident Eisenhowers amtierender Außenminister, John Foster Dulles, die Notwendigkeit einer solchen vorherigen gegenseitigen Abstimmung genau so sah, brachte Adenauer seine Überzeugung zum Ausdruck, "daß einer solchen Bitte die Berechtigung nicht versagt werden kann, wenn man an die Aufgaben denkt, die Deutschland innerhalb der westlichen Gemeinschaft gestellt" seien.

Der Kanzler trat also in seiner Intervention bei Präsident Eisenhower keineswegs nur als ergebener Bittsteller auf, sondern nahm auch auffallend selbstbewußt die deutschen Interessen wahr.

Dies um so mehr, als er seiner obigen Feststellung gleich eine zweite Erwartung folgen ließ, nämlich den Vorschlag, daß die Bundesrepublik "am Verhandlungsort einer Viererkonferenz durch eine Persönlichkeit vertreten" sein sollte, "die laufend und in vollem Umfang von den Delegationen der Westmächte über die Verhandlungen unterrichtet wird". Damit wäre in den Augen Adenauers "eine schnelle Abstimmung der Auffassungen gewährleistet".

Um gleich etwaigen Zugeständnissen der Westmächte zu Ungunsten Deutschlands vorzubeugen, fügte der Bundeskanzler seinem Schreiben "eine Skizze von Gedanken und Zielen" bei,

"deren Beachtung" ihm "vom deutschen Standpunkt für die Lösung des Deutschlandproblems wesentlich" erschien.

Stalins Tod am 5. März 1953 und die nachfolgenden Turbulenzen in der Moskauer Führungsschicht ließen die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Viererkonferenz freilich schnell schwinden - und mit ihr auch Adenauers Sorgen um die Zukunft einer freiheitlich-demokratischen Bundesrepublik. Schließlich sollte diese das Muster für das anzustrebende wiedervereinigte Deutschland bleiben.<<

Die sechs EGKS-Länder unterzeichneten am 27. Mai 1952 in Paris einen Vertrag zur Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (Ziel: Integration der jeweiligen Streitkräfte).

Dieser Vertrag scheiterte schließlich an der Ablehnung der französischen Nationalversammlung vom 30. August 1954.

Die deutsche Bundesregierung begründete am 27. Mai 1952 den Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (x156/80-81): >>... Der erste Anstoß kam aus militärischen Überlegungen.

Die Ereignisse in Korea im Jahre 1950 ließen die Notwendigkeit einer gemeinschaftlichen Organisation der Verteidigung des Westens erkennen. An dieser Verteidigung sollte sich nach allgemeiner Ansicht auch die Bundesrepublik Deutschland beteiligen können. ...

Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ist ebenso wie die Europäische Montangemeinschaft, eine mit eigenen Hoheitsbefugnissen ausgestattete überstaatliche Gemeinschaft. ...

Der Vertrag regelt nicht, wie frühere Militärbündnisse, Rechte und Pflichten der Staaten zu militärischem Beistand und Zusammenwirken, sondern er schafft auf dem Gebiet der Verteidigung, in ähnlicher Weise, wie es die Montangemeinschaft auf dem Gebiet der Grundstoffindustrie getan hat, ein europäisches Gebilde mit eigenen Organen, eigenen Streitkräften und eigenem Haushalt. ...

Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zeigt hiernach, ähnlich wie die Montangemeinschaft, starke Ähnlichkeit mit bundesstaatlichen Begriffen und Einrichtungen. Sie ist aufgebaut auf der unbedingten Gleichstellung aller Mitgliedstaaten, und ihre Normen binden nicht nur die beteiligten Staaten, sondern unmittelbar die Bürger dieser Staaten.

Hierbei greift die Verteidigungsgemeinschaft weit stärker als die Montangemeinschaft in die nationalen Hoheitsrechte ein. Eines der wesentlichsten Hoheitsrechte, das Recht der Selbstverteidigung, geht mit ihrer Errichtung der Ausübung nach auf die Gemeinschaft über. Das wirkt weit über das Militärische hinaus auf die Finanz- und Wirtschaftspolitik. ...<<

Bundeskanzler Adenauer sprach am 9. Juli 1952 im Bundestag über die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft (x156/97-98): >>... Auch die Integration Westeuropas, meine Damen und Herren, schreitet fort.

Sie begann mit dem Europarat, sie erhielt den ersten kräftigen Anstoß durch den Abschluß über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, den Schuman-Plan. ... Er wird die Integration Europas in kräftiger Weise fördern. Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wird, wie ich schon ausführte, die Integration Westeuropas ein großes Stück vorwärts bringen.

Leider können wir infolge der gesamten internationalen Lage zur Zeit immer nur von der Integration Westeuropas sprechen. Aber alle diese Pakte, die die Integration fördern, und diejenigen, die noch zu schließen sind, um sie zu vollenden, sehen den Beitrag auch der anderen europäischen Länder vor und werden ihn vorsehen, so daß wir mit Bestimmtheit hoffen können, im Laufe der Zeit zu einer Integration ganz Europas zu kommen.

... Zuruf von der KPD: Bis zum Ural! ...

Lassen Sie mich jetzt noch die Lage der Bundesrepublik infolge der seit 1945 eingetretenen Entwicklung skizzieren.

Die Bundesrepublik steht noch unter Besatzungsstatut. Sie ist unbewaffnet. Sie ist nicht in der Lage, sich zu verteidigen. Sie ist - und darauf lassen sie mich besonders hinweisen - zur Zeit rechtlich gesehen nur Objekt politischer und strategischer Überlegungen. ...

Durch den Einbau in das größte Verteidigungssystem der Geschichte erhalten wir die denkbar größte Sicherheit, und, meine Damen und Herren, wir sind nicht mehr Objekt politischer und strategischer Überlegungen, sondern wir werden Mithandelnde.

... Solange wir besetztes Land sind, solange wir uns nicht in das westliche Verteidigungssystem eingefügt haben, sind wir ein Niemandsland zwischen 2 großen Mächtegruppen. ...

Wenn wir Mithandelnde werden, können wir auch unsere Kraft dafür einsetzen, daß die bestehenden Spannungen zwischen Ost und West auf friedlichem Wege gelöst werden.

Bleiben wir Objekt, so haben wir diese Möglichkeit nicht. ...<<

Der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid (1896-1979, 1949-72 Mitglied des Bundestages, 1966-69 Bundesminister) erklärte am 9. Juli 1952 im Bundestag zu den Folgen des geplanten Beitritts in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (x301/126): >>... Dieser EVG-Vertrag ist in Wirklichkeit die Verpflichtung, die Bundesrepublik unlöslich in ein politisches und militärisches Vertragssystem einzubringen, das die russische Besatzungsmacht, ohne deren Zustimmung wir die Voraussetzungen für die Schaffung der Einheit Deutschlands nicht erfüllen können – ob mit Recht oder Urecht – nun einmal als gegen sich gerichtet betrachtet, und wir übernehmen darin recht präzise Verpflichtungen. ...

Nun kann die Einheit Deutschlands doch nur zustande kommen, wenn die Russen – ja, auch die Russen – mit gesamtdeutschen freien Wahlen einverstanden sind. Und glaubt man denn, daß sie dazu bereit sein werden, wenn von vornherein feststehen soll, daß der Teil Deutschlands, den sie aufgeben, aufgrund einer heute geschaffenen vertraglichen Verpflichtung einem Block zugeschlagen werden soll, den dieses Rußland nun einmal als feindlich empfindet? ...

Wir können uns dagegen nicht mit den Worten trösten, daß wir durch diese Verträge nunmehr zusammen mit dem Westen so stark werden, daß wir mit den Russen endlich die Sprache sprechen können, die sie allein verstehen. Glaubt man denn wirklich, mit diesen Verträgen die Russen zur politischen Kapitulation zwingen zu können? ...

Sie sagen: Wir machen durch die Verträge uns und den Westen stark, und nur, wenn wir den Westen stark machen -, kann man den Russen gegenüber eine offensive Deutschland-Politik betreiben, denn sie verstehen nur die Sprache der Macht.

Dazu sagen wir Ihnen: Die Macht, die wir dazu brauchten, schaffen diese Verträge nicht. Keiner unserer Partner ist durch diese Verträge zu konkreten politischen Maßnahmen für die Einheit Deutschlands verpflichtet. Jeder einzelne bleibt in jedem einzelnen Falle Herr seiner Entscheidung. ...

Es sollte das vornehmste Nahziel unserer Politik sein, auf die Abhaltung einer Viermächtekonferenz hinzuwirken, auf der der Osten und der Westen klipp und klar zum Ausdruck bringen sollen, wie man sich dort, wo man noch Geschichte machen kann, die Lösung unserer Schicksalsfrage vorstellt und welche Voraussetzungen von der einen oder von der anderen Seite für das Verständnis verlangt werden.

Einen anderen Weg gibt es schlechthin nicht!<<

Herbert Wehner (SPD-Abgeordneter) sprach am 10. Juli 1952 im Bundestag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (x156/102-105): >>... Die vom Herrn Bundeskanzler geführte Politik der sog. Integration ist nicht identisch mit der von der Sozialdemokratischen Partei geforderten Politik der Zusammenarbeit der Nationen auf der Grundlage der Gleichberechtigung.

Wenn es richtig ist, daß alle Parteien die Wiedervereinigung als Ziel der deutschen Politik wollen, so muß es auch möglich sein, über die Wege zur Erreichung dieses Zieles ernsthaft zu diskutieren. ...

Denn diejenigen Kräfte des Auslandes, die es vorziehen, ein geteiltes Deutschland zu haben, haben leichteres Spiel, wenn die deutschen Parteien in der fundamentalen Frage der deutschen Politik fundamentale Gegensätze auszutragen haben. ...

Es drängt sich einfach die Frage auf: Was wäre, wenn der Herr Bundeskanzler den Bemühungen um die Wiederherstellung der deutschen Einheit mindestens soviel Kraft und Zeit geopfert hätte wie seinen Bemühungen um die sog. Integration? ...

Die deutsche Politik läuft Gefahr, daß die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands an so viele weltpolitische Voraussetzungen geknüpft wird, so vielen weltpolitischen Fragen untergeordnet und zum Gegenstand nationalegoistischer Erwägungen fremder Mächte gemacht wird, daß eine Regelung mit friedlichen Mitteln aus dem Bereich des Möglichen herausrücken könnte.

... Die westlichen Vertragspartner erlangen durch die Verträge in Wirklichkeit ein ausgesprochenes Vetorecht gegen die Wiedervereinigung Deutschlands.

(Zuruf von der SPD: "Sehr richtig!")

Der Bundeskanzler hat keinerlei Sicherheit dagegen, daß z.B. die französische Politik die Verträge dem französisch-russischen Pakt von 1944 unterordnet. Schon jetzt machen sich doch Tendenzen bemerkbar, mit Sowjetrußland auf der Grundlage der Teilung Deutschlands zu paktieren.

Bei den Verhandlungen im Senat der Vereinigten Staaten wurde übrigens ausdrücklich darauf hingewiesen, und zwar vom amerikanischen Außenminister, daß in der Frage der Wiedervereinigung "Frankreichs traditionelle Furcht" durch die Verträge verkleinert worden sei.

Es wird sich bald herausstellen, daß von allen vertragsschließenden Partnern nur die Bundesrepublik wirklich gebunden ist. ...

Aufrichtiger wäre es - ich sage das freimütig -, wenn die Befürworter der Verträge sagten: Jawohl, wir geben zu, für eine geraume Zeit müssen wir die Wiedervereinigung zurückstellen, aber wir haben dafür die und die Begründung. Denn das ist ja der Tatbestand, den Sie mit Kopfschütteln oder mit Ihren Wünschen nicht aus der Welt schaffen können!

Die Bundesrepublik unterwirft sich damit in dieser ihrer Lebensfrage einer Strategie, auf deren Ausgestaltung sie ohne Einfluß ist, die aber für die deutschen Lebensinteressen entscheidend ist. ...

Aus Besatzungsfesseln werden Bündnisfesseln, und es ist mehr als fraglich, wie diese Bündnisfesseln, die unter dem Übergewicht der Besatzungsmächte geschmiedet worden sind, bei unseren Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und mit friedlichen Mitteln fördern statt hemmen sollen. ...

Nach der mehr oder weniger offen ausgesprochenen Ansicht westlicher Vertragspartner und ihrer Publikumsorgane und nach ihren Interessen ist unter Umständen das Fortbestehen der Teilung Deutschlands das "kleinere Übel". ...

... Wiedervereinigung bedeutet die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen in den 4 Zonen und Berlin ohne Zonenunterschiede. ...

Die Bundesregierung wird ersucht, den Besatzungsmächten förmlich mitzuteilen, Bundestag und Bundesregierung erwarten, daß die Regierungen der 4 Besatzungsmächte so bald wie möglich in Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen eintreten. ...<<

In der Schlußakte der "Londoner Neun-Mächte-Konferenz" (28. September bis 3. Oktober 1954) wurde die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Verteidigungssystem bestätigt (x156/81): >>... II. Brüsseler Vertrag ...

a) Die Bundesrepublik Deutschland und Italien werden aufgefordert werden, dem Vertrag beizutreten, der in geeigneter Weise geändert wird, um dem Ziel der europäischen Einheit Nachdruck zu verleihen; die beiden Staaten haben sich zu diesem Beitritt bereit erklärt. Das System

der gegenseitigen automatischen Beistandsleistung im Angriffsfalle wird damit auf die Bundesrepublik Deutschland und Italien ausgedehnt. ...

Der Umfang und die allgemeine Beschaffenheit des deutschen Verteidigungsbeitrags werden dem für die EVG festgesetzten Beitrag entsprechen. ...

Der Bundeskanzler erklärt, daß sich die Bundesrepublik verpflichtet, auf ihrem Gebiet keine Atomwaffen, chemische Waffen oder biologische Waffen herzustellen. ...<<

Bundeskanzler Adenauer verpflichtete sich ferner in der "Londoner Erklärung", die Wiedervereinigung Deutschlands oder Änderung der gegenwärtigen Grenzen niemals mit gewaltsamen Mitteln herbeizuführen (x125/94-95).

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 4. Oktober 1954 an den britischen Premierminister Churchill (x095/177): >>... Auf der Neunmächtekonferenz in London ist die so stark gefährdete Einheit der westlichen Welt wiederhergestellt worden.

Für die Bundesrepublik bedeutet diese Konferenz zugleich einen entscheidenden Schritt vorwärts auf dem Wege zur Wiederherstellung ihrer Souveränität und ihrer Aufnahme in die beiden großen Vertragssysteme der westlichen Welt, den Pakt von Brüssel und die nordatlantische Organisation.

Damit wird, sobald die Verträge ratifiziert sind, die Bundesrepublik Deutschland ihren Platz als ein gleichverpflichteter und gleichberechtigter Partner innerhalb der freien Welt finden. ...<

Bundeskanzler Adenauer unterrichtete den Bundestag am 5. Oktober 1954 über den Abschluß der "Londoner Neun-Mächte-Konferenz" (x156/82-83): >>... Es wird in aller Deutlichkeit klargestellt werden können, daß die Bundesrepublik die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben wird. Die Notstandsklausel entfällt. ... Ein neuer Truppenvertrag nach dem Modell des NATO-Truppenstatus wird ausgehandelt werden, um den Truppenvertrag des Bonner Vertragswerks abzulösen.

Auf finanziellem Gebiet ist es gelungen, zu einer Gesamtvereinbarung zu kommen, die das Auslaufen des Besatzungskostenrechts, die Stationierungsverhältnisse während der Interimszeit und gewisse Finanzfragen für die Zeit nach dem NATO-Eintritt regelt. Die Bundesrepublik wird schnell auch finanziell den Status aller übrigen NATO-Staaten erhalten. Es ist Sorge getragen, daß über alle Verpflichtungen neu verhandelt wird, wenn der Eintritt in die NATO nicht bis zum 30. Juni 1955 vollzogen sein sollte. ...

Das Ergebnis von London erfüllt uns mit Genugtuung und Hoffnung. Die Tatsache, daß unsere Außenpolitik eine Zeit schwerer Erschütterungen überwinden konnte, scheint mir ein sicherer Beweis zu sein, daß ihre Grundkonzeption richtig war und ist. Ich halte es für notwendig, daß wir uns in dieser Stunde noch einmal vergegenwärtigen, welche Ziele unser außenpolitisches Handeln in den letzten Jahren bestimmt haben.

Als die Bundesregierung ihre Arbeit aufnahm, ergaben sich folgende zentrale Probleme:

1. Die Herstellung der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Bundesrepublik.
2. Die Wiedervereinigung Deutschlands.
3. Der Zusammenschluß des freien Europas und die Eingliederung Deutschlands in die europäische Gemeinschaft. ...

... Der europäische Gedanke hat unser nationales Leben tiefgehend und in der glücklichsten Weise beeinflußt. Die Deutschen haben dem reaktionären Nationalismus abgesagt. Sie haben in vielen Wahlen die extremen politischen Auffassungen zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Das deutsche Volk ist auch der Bundesregierung gefolgt, als sie sich mit aller Kraft für das Zustandekommen der EVG eingesetzt hat. ...

Ich wiederhole deshalb die Erklärung, die ich den 9 Mächten gegenüber abgegeben habe, daß die Bundesregierung bereit ist, ihre Streitkräfte in eine integrierte europäische Organisation zu überführen, sobald eine solche geschaffen wird. ...<<

Die Bundesrepublik Deutschland wurde am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft. Die geplante deutsche Bundeswehr wurde danach in die NATO-Strukturen integriert und die Bundesrepublik Deutschland erklärte sich damals bereit, auf die Entwicklung von ABC-Waffen zu verzichten.

Für die Mitgliedschaft in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft entfiel im Jahre 1955 angeblich das Besatzungsstatut und die Bundesrepublik Deutschland sollte endlich die zugesagte Souveränität und fast alle Hoheitsrechte erhalten. Tatsächlich blieben jedoch weiterhin wesentliche Befugnisse und Vorbehaltsrechte des Besatzungsstatutes der alliierten Siegermächte bestehen.

Die Staaten des Sowjetblocks (UdSSR, Albanien, Bulgarien, CSR, Polen, Rumänien und Ungarn, zu denen als 8. Staat die DDR gehörte) schlossen am 14. Mai 1955 in Warschau den Warschauer Beistandspakt bzw. ein Militärbündnis gegen die Abwehrbemühungen der nichtkommunistischen Staaten Europas und unterstellten sich dem Oberbefehl des Sowjetmarschalls Konjew.

Die Bundeswehr begann am 2. Januar 1956 ihren Dienst.

Der Fahneid der Bundeswehr lautete wie folgt (x243/211): >>... Ich gelobe der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.<<

Am 18.1.1956 wurde in der Volkskammer das "Gesetz über die Schaffung der NVA und des Ministeriums für Nationale Verteidigung" verabschiedet.

Der Fahneid der Nationalen Volksarmee (NVA) lautete wie folgt (x243/211): >>Ich schwöre: Der Deutschen Demokratischen Republik, meinem Vaterland, allzeit treu zu dienen und sie auf Befehl der Arbeiter- und Bauernregierung gegen jeden Feind zu schützen.

Ich schwöre: An der Seite der Sowjetarmee und der Armeen der mit uns verbündeten sozialistischen Länder als Soldat jederzeit bereit zu sein ...

Ich schwöre: ... Sollte ich jemals diesen meinen feierlichen Fahneid verletzen, so möge mich die harte Strafe der Gesetze unserer Republik und die Verachtung des werktätigen Volkes treffen.<<

Während der sogenannten Wiedervereinigungsverhandlungen Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 1990 setzten die USA schließlich die Verlängerung der NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland durch.

Nach Ablauf eines Ultimatums des UN-Sicherheitsrates befreiten die USA und ihre Verbündeten vom 17. Januar 1991 bis zum 28. Februar 1991 die vom Irak besetzten kuwaitischen Gebiete und griffen den Irak an (Militäraktion "Wüstensturm" bzw. 2. "Golfkrieg").

Die siegreichen Truppen verzichteten nach der irakischen Niederlage auf die Einnahme Bagdads. Die USA wollten angeblich einen stabilen, demokratischen Irak begründen, destabilisierten danach jedoch in den folgenden Jahren fast den gesamten Nahen Osten durch militärische Angriffe oder versorgten regimiefeindliche Gruppen mit Waffen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen im Irak (1991 und 2003), in Libyen (2011) und Syrien (seit 2011) förderten letzten Endes die angestrebte Massenmigration" von Muslimen aus dem Nahen Osten und aus Afrika nach Europa.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Vorgeschichte des 2. "Golfkrieges" (x068/369-371): >>... Eine Woche vor Iraks Angriff, am 25. Juli 1990, ließen die USA durch ihre Botschafterin im Irak, April Glaspie, den Iraker in Sicherheit wiegen. Wörtlich sagte sie, laut "ABC News" und "New York Times":

"Herr Präsident, ich will Ihnen nicht nur versichern, daß Präsident Bush bessere und tiefere Beziehungen mit dem Irak wünscht, sondern er will auch, daß der Irak zum Frieden und zum Wohlstand im Nahen Osten beiträgt. Präsident Bush ist ein intelligenter Mann. Er wird keinen Wirtschaftskrieg gegen den Irak erklären".

Und über den Grenzkonflikt zwischen Kuwait und Irak (der Kuwait nie als Staat anerkannt hatte, folglich auch die Grenze nicht) sagte die Botschafterin wieder wörtlich, "daß diese Frage Amerika nichts angehe. James Baker hat unsere offiziellen Sprecher angewiesen, diese Instruktionen zu betonen."

Derart beruhigt, fiel Saddam Hussein eine Woche später in Kuwait ein. Bush hüllte sich acht Tage in Schweigen. Dann forderte er den bedingungslosen Rückzug. Darauf gab es eine Menge Friedensbemühungen, Vermittlungsvorschläge, selbst von manchen Seiten, von denen man sie nie erwartet hätte, wie von der des Papstes.

Aber die USA wollten den Konflikt.

Die USA?

Nicht einmal der Kongreß wollte ihn zunächst, geschweige die Nation. Also das alte Problem: wie kriegt man sie herum?

Die Kuwaitis betrauten nun für mehr als zehn Millionen Dollar die New Yorker Firma Hill & Knowlton, das größte amerikanische PR-Unternehmen (ihr Vizepräsident war zuvor Büroleiter von George Bush) und ließen zuerst einmal herausfinden, was die Amerikaner am meisten verabscheuen. Es war Babymord.

Nun engagierte man ein fünfzehnjähriges kuwaitisches Mädchen, Nayirah, delikaterweise die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA. Sie hatte mit eigenen Augen das Gräßliche gesehen. "Ich sah die irakischen Soldaten. Sie kamen mit Gewehren ins Krankenhaus und haben die Babies aus den Brutkästen geholt. Die Brutkästen haben sie mitgenommen und die Babies auf dem kalten Boden sterben lassen. Es war entsetzlich."

Der Chirurg Dr. Issah Ibrahim bestätigte: "Die Babies zu begraben, das war am schlimmsten. Ich selbst habe 40 Neugeborene beerdigt, die von den Brutkästen geholt worden waren."

Die grauenhafte Brutkastenstory mit 312 gestorbenen Babies, diese wohl scheußlichste Tat von Saddams Soldateska, schockierte und empörte die Welt. Vom US-Rechtsausschuß bis zu Amnesty International war man zutiefst betroffen, angewidert, aufgewühlt.

"Die Babies wurden aus den Brutkästen gezogen und wie Feuerholz auf dem Boden verstreut", berichtete, leidzerquält, George Bush.

Und Nayirah, von dem New Yorker PR-Unternehmen offenbar besonders gut geschult, kam kaum von der Sache los: "Es war entsetzlich. Ich mußte die ganze Zeit an meinen neugeborenen Neffen denken, der zu dieser Zeit vielleicht auch schon gestorben war." Noch ein Opfer.

Unter dem Eindruck des Scheußlichen entscheidet sich zwei Tage später der UN-Sicherheitsrat für militärische Gewalt gegen den Irak. Und auch der Kongreß sieht jetzt "die Zeit gekommen, die Aggression dieses gnadenlosen Diktators aufzuhalten, dessen Truppen schwangere Frauen aufspießen und Babies aus den Brutkästen reißen." Mit knapper Mehrheit stimmt man für den Krieg.

Später geht man der Sache nach, forschen die Weltgesundheitsorganisation und Amnesty International in Kuwait, Ortsbesichtigungen, Besprechungen, mehr als ein Dutzend Ärzte werden befragt - nichts. Alles erstunken und erlogen. Doch der Zweck war erfüllt.

Nachdem die USA den achtjährigen Krieg Iraks gegen den Iran voll unterstützt, Saddam Hussein in jeder Weise gefördert und seine Verbrechen gegen die Kurden systematisch ignoriert hatten, bekriegten sie ihn nun. Dabei ging es im Grunde nicht, wie man immer wieder vorgab, um den Einmarsch in Kuwait, es ging schon gar nicht um sonstige Kriminalitäten Saddams, sondern es ging um das Öl, um seine Fördermenge, seinen Preis, um eine antiirakische Kreditblockade, wobei man neue Kredite von der Privatisierung der Ölindustrie des Irak abhängig machte.

Es ging um das von den USA diktierte System der globalen Energieversorgung und damit letztlich darum, die Dritte Welt durch das Recht des Stärkeren unterzuordnen. Jeder Ausbruch Saddam Husseins aus der Dienerrolle war für den Weltherrscher nicht tolerierbar. Denn das

hieß, mit den Worten des in Cambridge und Massachusetts lehrenden, international renommierten Noam Chomsky, "Befehle zu mißachten, und damit war er ein Krimineller. Du darfst ein Schlchter sein und ein Schurke und ein Mörder, und das ist völlig in Ordnung, solange du dich an deine Befehle hltest."

Saddam Hussein hatte bereits eine Woche nach seiner Invasion in Kuwait am 2. August 1990 einen Rckzugsvorschlag gemacht. Doch Bush wollte nicht Rückzug, er wollte Krieg. Er erklärte ganz glatt: "Es wird keine Verhandlungen geben", und hat auch weiterhin alle ernst zu nehmenden Verhandlungsmglichkeiten zwischen dem August 1990 und Mitte Januar systematisch sabotiert. Statt dessen setzte er ein gewaltiges Expeditionskorps, den wohl größten Truppenaufmarsch der USA seit dem Zweiten Weltkrieg in Bewegung, im Bunde dabei vor allem mit Großbritannien und Israel, und begann die "Operation Wstensturm" mit flächendeckenden Bombardements, die einen Großteil der irakischen Industrie und Infrastruktur zerstörten, nicht zuletzt aber auch Saddams bäuerliche Truppen, Schiiten meist und Kurden, im Wüstensand begruben. Dagegen schonte man offensichtlich Saddams Eliteeinheiten, ihnen tat man, noch einmal mit Chomsky, "nicht viel, die ließ man sozusagen beiseite, weil sie später gebraucht würden, um die Volksaufstnde niederzuschlagen."

Die USA führten den Krieg "traditionell" und bakteriologisch, wobei der bakteriologische Angriff anscheinend mehr Opfer forderte als die gesamte Militraktion. Nach Schätzungen sollen 70.000 bis 90.000 Menschen gestorben sein, "nachdem alles vorbei war." Ja, man vermutet, daß diese Zahl noch steigen wird.

Man führte den Krieg nicht zuletzt mit einer totalen Zensur, einer zynischen Verharmlosung sondergleichen, einer stndigen Täuschung der Weltöffentlichkeit, mit frommen Phrasen auch. Und nachdem Präsident George Bush sein Versprechen eingelöst hatte, Saddam Hussein in den Arsch zu treten (to kick his ass), und über etwa 150.000 Leichen geschritten war, inszenierte man, spektakulär und dröhnend, mit Konfettiregen und Luftballons, weltweit übertragene "Siegesparaden" der "Helden".

Um so ntigter alles, als sich bei der größten Weltmacht aller Zeiten längst ein militärisches oder patriotisches Trauma eingenistet hatte. Denn trotz ihrer gigantischen bermacht mißlangen ihr die meisten kriegerischen Aktionen der letzten Jahrzehnte: in Korea konnten sie nicht siegen, in Laos, in Vietnam und Kambodscha wurden sie geschlagen. So war es nicht von ungefähr, daß das Washingtoner "Institute for Foreign Policy Analysis" der US-Militärgeschichte der letzten Jahrzehnte "eine Geschichte dauerhafter professioneller Unfähigkeit" attestierte. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Jahre 2013) im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Irakkrieg im Jahre 1991 (x348/12-14): >>**Die Neue Weltordnung**

_ von Gerhard Wisniewski

Die Operation Wstensturm gegen den Irak war der erste Krieg nach dem Untergang des Warschauer Paktes. Er wurde an der medialen Front begonnen und gewonnen. Die Greuelpropaganda der Amerikaner griff alte Muster auf.

Man schreibt den 10. Oktober 1990. Vor dem Menschenrechtsausschu des US-Kongresses sagt ein hübsches, 15-jähriges Mädchen aus. Einen Namen oder Nachnamen hat es nicht, beziehungsweise nur einen falschen: "Nayirah".

Mit gedämpfter Stimme hatte John Porter, der Vize-Vorsitzende des Gremiums, "unsere Freunde in den Medien" gebeten, die falsche Identität zu respektieren, um Nayirah und ihre Familie zu schützen. Dann ist sie an der Reihe: Sie komme aus Kuwait, sagt sie, wo sie mit ihrer Mutter die Ferien habe verbringen wollen. Aber nach dem Einmarsch der Iraker (am 2. August 1990) habe sie sich freiwillig zum Dienst im Al-Idar Krankenhaus gemeldet. Immer wieder blickt sie schüchtern auf; ihre Stimme stockt. Was den Kindern von Kuwait angetan

worden sei, habe ihr Leben für immer verändert.

"Während ich da war, sah ich, wie die irakischen Soldaten mit ihren Waffen ins Krankenhaus kamen. Sie nahmen die Babys aus ihren Brutkästen", schluchzt sie, "nahmen die Brutkästen mit und ließen die Babys auf dem kalten Boden sterben". Alle wissen, das bedeutet Krieg: Krieg der USA von Präsident Bush Senior gegen den Irak des Saddam Hussein, um Kuwait von diesem grausamen Invasoren und seinen Schergen zu befreien.

Das bedeutet Krieg

Was viele zu diesem Zeitpunkt noch nicht wissen: Das Mädchen ist keine unbedarfte 15-Jährige, sondern die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA, Saud bin Nasir Al-Sabah. Daher auch das fließende Englisch. Und was man sich nicht hätte träumen lassen: Die ganze Geschichte ist erstunken und erlogen. Das Mädchen war mit Hilfe der amerikanischen PR-Agentur Hill & Knowlton für seinen Auftritt geschult worden.

In Wirklichkeit heiße sie Nijirah al-Sabah, wird die Süddeutsche Zeitung später schreiben (21.5.2010). Der stellvertretende Chef von Hill & Knowlton, ein gewisser Craig Fuller, habe sie persönlich für den Auftritt vor dem Kongreß trainiert. Fuller war Bush Seniors ehemaliger Stabschef. Die Administration schulte also quasi ihre eigenen Zeugen, um die USA in einen Krieg gegen den Irak zu führen - zur Befreiung Kuwaits, einer absoluten Monarchie unter dem Herrscherhaus Al-Sabah, zu dem auch die Zeugin Nijirah al-Sabah gehört.

Bevor die Waffen sprechen, sprechen die Lügner

Bevor die Waffen sprechen, sprechen erst einmal die Lügner. Und zwar nicht erst seit 1990. In Wirklichkeit fußt das gesamte Schicksal der Menschheit auf erfolgreichen Lügen, vor allem Kriegslügen. Ohne sie sähe die Welt wohl anders aus. So hätte es zum Beispiel keinen spanisch-amerikanischen Krieg gegeben, der 1898 durch die angebliche Versenkung des US-Kriegsschiffes Maine im Hafen von Havanna ausgelöst wurde. Vielleicht wären die USA auch nie in den Ersten Weltkrieg gezogen, wenn nicht das Passagierschiff Lusitania 1915 genau vor die Torpedorohre deutscher U-Boote geschickt worden wäre.

Der Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg wurde auch erst durch eine Lüge möglich, nämlich den angeblich überraschenden Angriff der Japaner auf die US-Marine-Basis Pearl Harbor am 7. Dezember 1941. In Wirklichkeit hatten die Amerikaner die japanische Flotte seit Wochen auf dem Schirm. In den sechziger Jahren brauchten die Vereinigten Staaten eine weitere Lüge, um ihren Vernichtungskrieg gegen Vietnam führen zu können - den angeblichen Überfall auf ein US-Kriegsschiff im Golf von Tongking durch nordvietnamesische Schnellboote 1964. Heute wissen wir: Den Angriff hat es nie gegeben.

Ergebnis: Hetzpropaganda

Was die angebliche Zeugenaussage Nayirahs angeht, hätte man nüchtern betrachtet auch gleich darauf kommen können, daß damit etwas nicht stimmen konnte. Schließlich wies "Nayirahs" abgelesener Text die typischen Merkmale von Propaganda auf:

- auf die Spitze getriebene, sinnlose Greuel;
- Zivilisten, insbesondere Kinder, als Opfer;
- totale "Überdrehung" (unnatürliche Übertreibung und Verdichtung von Greueln);
- Darstellung des Feindes als "tollwütig" und "außer Rand und Band";
- extrem aufstachelnde Wirkung.

Propagandawaffe Kind

Der Sinn bestand darin, das Denken auszuschalten und die Gefühle direkt in Handlungen umzusetzen: War das nicht so schrecklich, daß man sofort etwas unternehmen mußte - und zwar ohne weitere Fragen zu stellen? Das Motiv der gequälten Kinder ist geradezu ein Klassiker zur Rechtfertigung aller möglichen totalitären und kriegerischen Maßnahmen. Mit dem Leid von Kindern läßt sich alles Mögliche begründen, seien es die Kriegspläne eines George Bush, die komplette Entwaffnung der Bevölkerung (nach immer neuen "Amokläufen") oder eben

andere totalitäre Pläne.

Denn Kinder werden nicht nur sexuell mißbraucht, sondern auch politisch. Ihr Leid ist so wirksam, weil einen ihre Mißhandlung in eine sprachlose Wut versetzt. Das war nicht erst 1990 so, als George Bush Senior einen Krieg gegen den Irak anzetteln wollte. Schon "Napoleon war in England als Menschenfresser verfeimt, der sich vom Fleisch kleiner Kinder ernährte", so Hermann Joseph Hiery in dem Buch Angst und Politik. Im Ersten Weltkrieg verbreiteten dann die Engländer die Propagandalüge, die Deutschen würden belgischen Kindern Arme und Beine abhacken.

Schon damals wurde Kaiser Wilhelm II. als "Schlächter von Berlin" bezeichnet und mit einem blutigen Messer in der Hand dargestellt - ähnlich wie 80 Jahre danach Saddam Hussein. Erst viele Jahre später wurde die Lüge in einer BBC-Dokumentation aufgedeckt und quasi "zurückgenommen".

Im Grunde genommen tauscht die angloamerikanische Propaganda in ihren Kriegslügen seit etwa 100 Jahren nur die Namen ihrer geostrategischen Feinde aus. Und die Sache mit den gequälten Kindern ist einfach zu gut und das Gedächtnis der Menschheit zu schlecht, um sie nicht wieder und wieder zu benutzen. Noch am Abend des 10. Oktober 1990 wurde Nayirahs "Zeugenaussage" in den amerikanischen TV-Nachrichten ausgestrahlt und erreichte Millionen Zuschauer. Nicht weniger als sieben Senatoren zitierten Nayirahs Erzählungen in ihren Kriegsreden. Und auch Präsident George Bush Senior nahm etwa ein Dutzend Mal auf Nayirahs Horror-Story Bezug.

Amnesty und die Brutkastenlüge

Die Berichte von den "ermordeten Babys" waren schon seit der irakischen Invasion in Kuwait am 2. August 1990 in die USA lanciert worden. "Nayirahs" Job war es, der Sache ein Gesicht zu geben und sie auf höchster Ebene emotional zu präsentieren. Sozusagen der letzte Schuß auf das "psychologische Tor". Sogar Amnesty International war von Anfang an mit von der Lügenpartie. In einem Amnesty-Bericht vom 19. Dezember 1990 über Menschenrechtsverletzungen in Kuwait kam auch die Brutkastenlüge vor.

Ein ehemaliges Vorstandsmitglied von Amnesty USA, der Rechtsprofessor Francis Boyle, sagte später in einem Interview, der Bericht sei "schlampig und ungenau" gewesen: "Ich hatte den Eindruck, daß er nicht durch die normalen Qualitätskontrollen gegangen war. ... Ich stellte mich auf den Standpunkt, daß die Geschichte mit den Babys absolut sensationsheischend war, in den USA ganz sicher für Kriegstreiberei genutzt werden würde und die Weichen für einen Krieg stellen könnte. Und deshalb hätten wir die Sache wirklich zwecks Überprüfung zurückziehen sollen.

Aber sie (Amnesty) taten es nicht. ... Schließlich veröffentlichten sie den Report, und Sie wissen, welche schrecklichen Auswirkungen das im Hinblick auf die Kriegspropaganda hatte. Mehrere der US-Senatoren, die für einen Krieg stimmten, sagten, daß der Amnesty-Report sie beeinflußt habe." (*Covert Action Quarterly*, Sommer 2002, Ausgabe 73, S. 9-12)

Prompt wedelte im Fernsehen auch US-Präsident George Bush Senior mit dem Amnesty-Bericht herum. Und noch am 8. Januar 1991 wiederholte ein leitender Mann von Amnesty die Lüge vor dem Kongreß-Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten. Eine denkwürdige Allianz. Wenig später, am 12. Januar, stimmte der US-Kongreß für den Krieg. Am 16. Januar flogen die ersten Bomben auf den Irak.

Grünes Licht von den Vereinigten Staaten

Was dabei völlig unterging: Der Krieg war von Anfang an ein Produkt der Vereinigten Staaten. Da kein "Diktator" so verrückt ist, ohne Zustimmung des "Großen Bruders" ein Land zu besetzen und eine Öl-Region neu zu ordnen, sicherte sich auch Saddam Hussein vor dem Einmarsch in Kuwait ab.

Zu diesem Zweck traf er sich am 25. Juli 1990 mit der amerikanischen Botschafterin in Bag-

dad, April Glaspie. Dabei klagte Saddam darüber, von Kuwait in die Enge getrieben worden zu sein. Und zwar zum einen durch Preisdrückerei der Kuwaitis beim Rohöl, wodurch er seine Kriegsschulden (aus dem Iran-Irak-Krieg) gegenüber dem Land nicht abzahlen könne. Und zum zweiten durch illegale Ölbohrunternehmen an der kuwaitisch-irakischen Grenze.

Dort hatten die Kuwaiter mit Hilfe schräger Bohraktionen irakische Ölfelder angebohrt, wodurch dem Irak Milliardenverluste entstanden.

Was Saddam nicht wußte: Die USA und Kuwait stimmten in der beabsichtigten Schwächung Iraks im wesentlichen überein. Daher versuchte der irakische Herrscher, bei Glaspie die Haltung der USA zu einem Einmarsch in Kuwait zu sondieren. Glaspie spielte die Desinteressierte und vermittelte den Eindruck, daß die USA sich heraushalten würden. Die USA hätten "keine Meinung zu innerarabischen Konflikten, wie Ihre Unstimmigkeiten bezüglich der Grenze mit Kuwait", log die US-Botschafterin.

Dies habe auch Außenminister James Baker betont. Außerdem ließ das US-Außenministerium den Irak wissen, es bestünden "keine besonderen Verteidigungs- oder Sicherheits-Verpflichtungen gegenüber Kuwait".

"Die Vereinigten Staaten mögen nicht beabsichtigt haben, Saddam Grünes Licht zu geben", schrieben die renommierten Politikwissenschaftler John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt später, "aber im Endeffekt taten sie genau das." Kaum war Saddam Hussein in Kuwait einmarschiert, saß er in der Klemme. Die USA spielten die Überraschten - und Saddams Einmarsch in Kuwait zum Verteidigungsfall der "Freien Welt" gegenüber einem bössartigen Diktator hoch.

Die "offenbar schnelle Einäscherung" von menschlichen Körpern spricht für den Einsatz von Napalm, Phosphor und anderen Brandbomben. Solche Brandwaffen wurden 1980 von der UNO verboten.

Wer Propaganda sät, wird Krieg ernten

Die Greuelthaten, die man Saddam Husseins Soldaten unterstellte, wurden nun von den Vereinigten Staaten und ihrer Koalition begangen. Möglich wurde das erst durch die totale Entmenschlichung des Gegners, wie in Nijirah al-Sabahs "Zeugenaussage" geschehen. "Nachdem Saddam Hussein im Einklang mit der UN-Resolution 660 einen vollständigen Truppenabzug aus Kuwait angekündigt hatte", wurden beispielsweise Tausende fliehender Zivilisten und Soldaten auf der Straße von Kuwait-Stadt nach Basra bombardiert: "US-Flugzeuge stoppten den Konvoi, indem sie die Fahrzeuge vorne und am Ende zerstörten", heißt es in einem Bericht des früheren US-Justizministers Ramsey Clark.

"Anschließend zerbombten und beschossen sie das Verkehrschaos stundenlang". "Über 60 Meilen waren mehr als 2.000 Fahrzeuge und Zehntausende von verbrannten und verstümmelten Leichen verstreut", so Clark. Im Unterschied zu Nayirahs "Brutkastenmassaker" wurden die Überreste dieses Gemetzels in Film und Bild dokumentiert.

Zwischen den Militärfahrzeugen sah man zahlreiche Busse und Personenkraftwagen. Die "offenbar schnelle Einäscherung" von menschlichen Körpern spreche für den Einsatz von Napalm, Phosphor und anderen Brandbomben, die durch die Genfer Konvention von 1977 verboten seien, so Clark.

Es gebe "deutliche Anzeichen, daß viele der Getöteten palästinensische und kuwaitische Zivilisten waren, die vor den zurückkehrenden kuwaitischen Truppen fliehen wollten." Insgesamt forderte der Golfkrieg Zehntausende von Opfern, die genauen Zahlen sind umstritten.

"Kuwait ist frei. Danke Amerika!", titelte die deutsche Wochenzeitung "Die Zeit" nach dem "erfolgreichen" Abschluß dieses Golfkrieges 1992. Was eine deutsche Wochenzeitung eben so unter Freiheit versteht. Denn nach dem Krieg wurde aus der absoluten Monarchie Kuwait lediglich eine "konstitutionelle Monarchie" - mit einem Verwandten von "Nayirah" als nach wie vor unantastbarem Herrscher: dem Emir Sheikh Sabah al-Ahmad al-Sabah.<<

Die Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes beschlossen am 25. Februar 1991 in Budapest die Auflösung des Militärbündnisses (Ende des sog. "Kalten Krieges").

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. April 1995: >>>**Polen warnt vor Verzögerung bei NATO-Aufnahme**

... Warschau erwartet 1996 von der NATO eine Entscheidung über die Aufnahme Polens in das Bündnis. Sein Land sei gegen eine Verzögerung des Beitritts, sagte Ministerpräsident Jozef Oleksy am Mittwoch in Brüssel. Je länger sich die Osterweiterung hinziehe, desto größer werde die Gefahr, daß die Unterstützung in der polnischen Bevölkerung für einen NATO-Beitritt abnehme. Die Einwände Rußlands wies Ministerpräsident Oleksy zurück. ...

Oleksy sprach Rußland jede Mitsprache bei der Osterweiterung ab. Die Haltung Rußlands sei für Polen ohne Bedeutung.

Am Montag hatte Rußlands Verteidigungsminister Pawel Gratschow die NATO vor einer baldigen Aufnahme osteuropäischer Länder gewarnt und für den Fall der Erweiterung der Allianz nach Osten mit Gegenmaßnahmen gedroht. ...

Auch NATO-Generalsekretär Willy Claes hob hervor, daß Rußland keinerlei Recht habe, darüber zu befinden, ob und wie das westliche Bündnis erweitert werden solle. ...

Claes bekräftigte, daß nach einer Ost-Erweiterung des Bündnisses die Aufstellung von Truppen und eventuell von Atomwaffen einzig und allein Sache der Allianz sei. Damit reagierte auch er auf die jüngsten russischen Warnungen vor einer Ausweitung der NATO.

Claes hob hervor, daß Rußland keinesfalls isoliert werden dürfe. Polen und andere neue NATO-Mitglieder dürften nicht in die Rolle von Frontstaaten geraten. Die NATO müsse dem guten Beispiel der Europäischen Union folgen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. April 1995: >>>**Russischer General warnt vor Weltkrieg**

Eine Erweiterung der NATO nach Osten würde nach Überzeugung des russischen Generals Alexander Lebed zum Dritten Weltkrieg führen.

Lebed sagte am Mittwoch in einem Gespräch mit der tschechischen Zeitung "Lidove noviny", die westliche Militärallianz sei eine große Gefahr für Rußland. Ihre Erweiterung auf Reformstaaten wie Polen und Tschechien würde den Beginn des Dritten Weltkrieges bedeuten. Nach seiner Ansicht würde "selbstverständlich" die NATO diesen Krieg auslösen. "Das beginnt bereits damit, wenn sich ihre Streitkräfte unseren Grenzen nähern", sagte der in Rußland zu den populärsten Militärs zählende General. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. April 1995: >>>**Polens Außenminister nennt die Vertreibungen Unrecht**

... Der polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski hat die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg bedauert und als Unrecht bezeichnet.

Bartoszewski sagte am Freitag in der Feierstunde von Bundestag und Bundesrat zum 50. Jahrestag des Kriegsendes, Polen beklage die Leiden unschuldiger Deutscher, die ihre Heimat verloren hätten. "Das Böse ist Böses und nichts Gutes, selbst wenn es ein geringeres und nicht zu vermeidendes Böses ist", zitierte Bartoszewski unter dem Beifall seiner Zuhörer den polnischen Essayisten Jan Jozef Lipski. ...

Bartoszewski rief die NATO und die Europäische Union auf, sich für die Reformstaaten Osteuropas zu öffnen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 29. April 1995 über die Vertreibung der Deutschen: >>>... 50 Jahre hat es gedauert, bis sich das offizielle Polen bereitgefunden hat, die polnischen Gewalttaten bei der Vertreibung der Deutschen beim Namen zu nennen und das "Leid von unschuldigen Deutschen, die von Kriegsfolgen betroffen waren und ihre Heimat verloren haben", zu beklagen.

Der polnische Außenminister Bartoszewski hat mit seiner gestrigen versöhnlichen Rede im

Deutschen Bundestag einen dicken Felsbrocken zur Seite geschoben, der auf dem Weg zur deutsch-polnischen Normalisierung lag. Es gibt noch genügend Vertriebene in Deutschland, die sich an die Rache der Polen für die Greuel des Krieges erinnern. ...

Die Polen sind vom Kriege, der deutschen Besetzung und der stalinistischen Ära besonders heimgesucht worden, bei ihnen sitzen die Verletzungen auch besonders tief. Es ist verständlich, wenn sie sich an den eigenen Beitrag zur Tragödie der Vertreibung nicht gern erinnern ließen. Die deutsche Seite hat sich bei dieser Frage auch sehr zurückgehalten. An die politischen Verfehlungen zu erinnern, paßte nicht zur Versöhnungspolitik.

Zur Normalität im politischen Alltag zurückzukehren heißt aber, offen über das Leid und die Verbrechen auf beiden Seiten zu reden. Das hat nichts mit Aufrechnung zu tun, es verfälscht nicht die Ursachen des Krieges, es ist aber ein Akt der geschichtlichen Wahrheit und Ausdruck einer souveränen Haltung. Mit seinen Worten hat Bartoszewski dazu beigetragen, daß sich Deutsche und Polen in dieser Frage in die Augen sehen können.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. März 1996: >>**NATO hält an Osterweiterung fest**

... Rußland kann die Osterweiterung der NATO nach Auffassung ihres Generalsekretärs Javier Solana nicht verhindern.

"Die Frage eines Kompromisses zwischen der NATO und Rußland im Hinblick auf die geplante Erweiterung der Allianz steht überhaupt nicht zur Debatte", sagte Solana ... zu Beginn seines zweitägigen Rußlandbesuchs in einem Interview. ...

Die russische Führung hat wiederholt ihre Besorgnis über die geplante Ausweitung der westlichen Militärallianz geäußert. Westliche Regierungen haben die Befürchtungen vor der Osterweiterung der NATO meist als irrational zurückgewiesen. ...

US-Außenminister Christopher versicherte am Mittwoch in Prag vor Vertretern von 12 östlichen Reformstaaten in einem Vortrag: "Wir lassen Sie nicht auf unbestimmte Zeit im Wartesaal der NATO sitzen."

Die USA seien entschlossen, den Weg der Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zu beschreiten.

Mit Rußland werde es keine Verhandlungen über das Thema Nato-Osterweiterung geben. Allerdings müsse auf Moskau Rücksicht genommen werden.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Februar 1997: >>**Herzog: Deutschland unterstützt Ungarn**

Bundespräsident Roman Herzog hat Ungarn die volle Unterstützung Deutschlands auf dem Weg in die Europäische Union (EU) und die NATO zugesichert.

Bei einem Staatsbesuch in Ungarn sagte Herzog am Dienstag vor der Nationalversammlung in Budapest, Ungarn werde zu den ersten Kandidaten gehören, die in die EU und den Nordatlantikpakt aufgenommen würden. Herzog würdigte insbesondere die ungarische Minderheitenpolitik. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. März 1997: >>**Prag weist russische Drohung empört zurück**

Tschechiens Regierung hat empört auf die Drohung eines russischen Diplomaten reagiert, der für den Fall eines NATO-Beitritts des Landes die Wirtschaftsabkommen zwischen Tschechien und Rußland in Frage gestellt habe. ...

Der Botschafter hatte in einem Interview gesagt, ein Beitritt zur NATO könne schädliche Auswirkungen auf wichtige Abkommen haben. Der Beitritt habe für Rußland erhebliche Verluste im Waffengeschäft zur Folge. Als Reaktion könne Rußland seine Abkommen mit Tschechien über die Lieferung von Gas und Atomstrom neu überdenken. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Mai 1997: >>Versöhnung zwischen Ukraine und Polen

Die Präsidenten Polens und der Ukraine, Aleksander Kwasniewski und Leonid Kutschma, haben am Mittwoch in Kiew eine Versöhnungserklärung unterzeichnet, die einen Schlußstrich unter die schwierige polnisch-ukrainische Vergangenheit ziehen soll.

In dem Dokument bekennen sich beide Länder zu ihrer Verantwortung für Unrecht, das ihr Verhältnis bis heute belastet. Dabei geht es um blutige Ereignisse aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges und den ersten Nachkriegsjahren. Experten aus beiden Ländern hatten über ein Jahr an dem Dokument gearbeitet.

Kwasniewski würdigte vor dem ukrainischen Parlament die NATO-Osterweiterung als Stabilitätsfaktor für Osteuropa. Die Erweiterung der NATO müsse als "Vorrücken von Stabilität und Sicherheit nach Osten" begriffen werden.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Juli 1997: >>Rumäniens letzte Hoffnung sind die Deutschen

... Seit Monaten haben fast alle rumänischen Diplomaten und Politiker nur ein Ziel: Westliche Regierungen sollen davon überzeugt werden, daß das Land zur ersten Gruppe der osteuropäischen Länder zählen müsse, die in die NATO aufgenommen werden.

Und Deutschland, das weiß auch (Staatspräsident) Constantinescu, kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Bonn könnte im Streit zwischen den USA und den meisten europäischen NATO-Mitgliedern den Ausschlag geben. Denn die USA haben sich bereits vor dem Gipfel ganz klar festgelegt, daß der NATO mit Polen, Ungarn und Tschechien nur 3 Ländern die Aufnahme in der ersten Runde anbieten sollte.

Vor allem Frankreich und Italien möchten dagegen auch noch Rumänien und Slowenien dabei haben. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Juli 1997 über die NATO-Erweiterung: >>Teures Vergnügen

Auf ihrer heute beginnenden Gipfelkonferenz werden die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten die Ausdehnung des westlichen Bündnisses nach Osten als großen Erfolg feiern. ... Im amerikanischen Senat sind die Kosten der NATO-Osterweiterung ausgiebig diskutiert worden, in Deutschland sind sie merkwürdigerweise praktisch unbeachtet geblieben. Dabei handelt es sich um einen Brocken. In einer Ausarbeitung der amerikanischen Regierung sind sie auf 35 bis 60 Milliarden DM geschätzt worden.

Bei der augenblicklichen Finanzklemme in sämtlichen Mitgliedsländern ist das ein gewaltiger Betrag. Bei aller Freude, die der bevorstehende Beschluß von Madrid bei den neuen Mitgliedern auslösen wird – es ist ein teures Vergnügen. ...

Die Notwendigkeit dieser Geldausgaben scheint niemand zu bestreiten. Aber schon jetzt ist abzusehen, daß dem feierlichen Beschluß alsbald ein unfeierliches Gerangel folgen wird, wer denn dies alles bezahlen soll. Polen, Tschechien und Ungarn werden dazu am allerwenigsten imstande sein. Die drei hoffen auf Hilfe der Amerikaner und Westeuropäer. ...

Soweit bekannt ist, hat nur Amerika kluge Vorsorge getroffen. Die Amerikaner haben im Bündnis verkündet, sie fühlten sich bloß verpflichtet, sich an der Verbesserung der Kommunikationsmittel zu beteiligen. Das bedeutet für sie, daß sie nur sehr geringe Kosten zu tragen haben ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Juli 1997: >>NATO macht Ungarn, Polen und Tschechien zu neuen Mitgliedern

Ungarn, Polen und Tschechien werden als erste Staaten des ehemaligen Ostblocks in die NATO aufgenommen. Darauf einigten sich die Vertreter des Bündnisses am Dienstag in Madrid. US-Präsident Clinton verteidigte die Entscheidung der Allianz als "riesigen Schritt für eine friedliches Europa".<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Juli 1997 über Clintons Besuch in Warschau: >>Clinton in Warschau begeistert gefeiert

Herzlicher kann eine Begrüßung kaum ausfallen: Vor mehreren tausend jubelnden Menschen umarmen sich US-Präsident Bill Clinton und Aleksander Kwasniewski auf dem Schloßplatz in Warschau. ...

Clinton sagte, Polen nehme jetzt seinen festen Platz in der Gemeinschaft der demokratischen Staaten ein.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. September 1997: >>Deutsche zahlen halbe Milliarde

... Wenn Polen, Ungarn und die Tschechische Republik in die NATO eintreten, kommen auf Deutschland in den nächsten 10 Jahren mindestens eine halbe Milliarde Mark an Kosten zu. Diesen Betrag, berechnet vom NATO-Stab in Brüssel, hat das Bundesfinanzministerium in einem vertrauten Schreiben an den Haushaltsausschuß des Bundestages genannt.

In amerikanischen Studien werden Summen genannt, die um das 10fache höher sind. ... Sind diese Berechnungen korrekt, dann müßte Deutschland jedes Jahr die halbe Milliarde aufbringen, die der NATO-Stab jetzt für 10 Jahre angesetzt hat. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (13/1998) berichtete am 23. März 1998: >>Strahlen in der Wüste

Späte Folgen des Golfkriegs: Auf den Schlachtfeldern von 1991 erkranken auffallend viele Kinder an Krebs

Ali Hillal, acht, hat alle seine Haare verloren, eine Folge der Chemotherapie. Am Bett des sterbenden Kindes im el-Mansur-Krankenhaus von Bagdad wacht die verzweifelte Mutter. Latif Abd el-Sattar, fünf, auch er völlig kahl, hätte nach Auskunft der Ärzte eine gute Überlebenschance, wenn die notwendigen Medikamente zur Verfügung stünden. Marwa Adil, zehn, leidet an Leukämie, aber das Spital hat noch nicht einmal Punktionsnadeln für notwendige Rückenmarktests. Die Ärzte baten Marwas Vater, er solle doch versuchen, welche zu besorgen. Nur wo?

In irakischen Krankenhäusern herrschen erschreckende Zustände. Saddam Husseins Regierung läßt Reporter gern hinein: Seht her, was das Embargo der Vereinten Nationen anrichtet. "Clinton ermordet Babys", skandieren Einpeitscher auf staatlich organisierten Kundgebungen. Während einer Demonstration führte die Menge in offenen Särgen tote Kinder mit.

Die Gruselpropaganda verschweigt, daß die Uno Arzneimittel immer schon vom Boykott ausgenommen hatte. Richtig ist aber, daß sieben Jahre nach dem Golfkrieg vor allem im Süden, rund um die Provinzhauptstadt Basra, die Zahl der Krebserkrankungen deutlich zugenommen hat.

Ein Bagdader Krankenhaus registrierte 1.050 Fälle von Leukämie bei Kindern - fünfmal so viele wie zuvor. "Fast alle kommen aus dem Süden, aus Basra, Nassirija, Kerbala und Nadshaf", berichtete Dr. Ali Ismail dem britischen Nahost-Experten Robert Fisk vom Londoner "Independent". Das größte Hospital in Basra behandelte voriges Jahr 380 neue Krebspatienten - vor 1991 waren es höchstens 80 im Jahr.

Ärzte in Basra markierten auf Landkarten die Herkunftsorte von 765 Krebskranken: Alle stammen aus einem westlich von Basra gelegenen Landwirtschaftsgebiet; in der Nähe fand 1991 eine Panzerschlacht zwischen US-Truppen und Saddam Husseins Republikanischer Garde statt.

Damals waren die amerikanischen Militärs stolz auf ihren angeblich "sauberen" Krieg, der Zivilisten schonen sollte. Doch unter den Langzeitfolgen leidet die Bevölkerung noch heute. Gleich mehrere Risiken verbinden sich zu einem tödlichen Gemisch: Kampfstoffschwaden, aufgestiegen aus den Trümmern irakischer Munitionsdepots, die im Bomben- und Granatenhagel der Alliierten zerstört worden waren, legten sich - unerkannt - auf die Region. Und aus

732 Ölquellen, die Saddams fliehende Soldaten in Kuwait angesteckt hatten, stieg wochenlang ätzender Rauch in die Atmosphäre.

Zu all dem auch noch: Die alliierten Truppen setzten über eine Million Granaten ein, die zur Erhöhung der Durchschlagskraft einen Kern aus abgereichertem Uran ("depleted Uranium", Militärkürzel DU) enthielten. Allein amerikanische Panzer verschossen mindestens 4.000 schwere DU-Granaten. 940.000 Uran-Geschosse kleineren Kalibers feuerten "A-10-Panzerknacker-Flugzeuge" ab. Über 1.000 irakische Panzer und Militärfahrzeuge wurden durchlöchert, die US-Militärs jubilierten.

Vor dem Golfkrieg war Uran-Munition noch nie in großen Mengen eingesetzt worden. Abgereichertes Uran ist fast dreimal so dicht wie der härteste Stahl und daher bestens geeignet, Panzerplatten zu durchschlagen. Das Material ist an sich harmlos, doch beim Durchbohren des Ziels werden kleine Staubwolken hochgiftiger, radioaktiver Teilchen freigesetzt. Die Dosis sei allerdings kaum gefährlich, hieß es früher immer.

Die verseuchten und vergifteten Kriegstrümmer rund um Basra wurden nie beseitigt. Kinder spielen in zerschossenen Fahrzeugen und lesen Metallreste auf. Irakische Experten sind überzeugt, daß Schadstoffe ins Grundwasser und in die Nahrungskette gelangt sind. Niemand hat die Bauern gewarnt, Kartoffeln und Zwiebeln hier anzubauen; Rinder und Schafe weiden auf verseuchtem Grund.

Saddam Hussein kümmert sich wenig um die Opfer: Die Bevölkerung im Südirak ist überwiegend schiitisch wie der benachbarte Iran und hat sich schon mehrmals gegen das Regime in Bagdad erhoben.

Mit ihrer Fürsorgepflicht nahmen es jedoch auch die Alliierten nicht so genau: Erst nach Kriegsende, als sich bei Veteranen erste Symptome rätselhafter Beschwerden zeigten, kamen Bedenken auf. In internen Schreiben warnten Fachleute das Londoner Verteidigungsministerium vor einem "ernsthaften" Krebsrisiko, das von den Schlachtfeldern ausgehe. "Wir müssen uns auf ein potentiell Problem vorbereiten", erkannte auch die "Defense Nuclear Agency" des Pentagon.

Öffentlich leugneten die Militärs weiterhin jede Gefahr. 1993 gab die "New York Times" Alarm. Unter der Überschrift "Die Wüste zum Strahlen gebracht" schrieb Wissenschaftsjournalist Eric Hoskins, daß Überreste "amerikanischer Uran-Granaten noch immer irakische Kinder umbringen" könnten. Die U. S. Army schätzt die auf den Golfkriegsschauplätzen herumliegende Uran-Menge auf 300 Tonnen.

Das Pentagon hatte 16 Abrams-Panzer zurück in die USA verschifft, die irrtümlich von der eigenen Truppe mit Uran-Munition beschossen worden waren. Die Wracks waren so stark verseucht, daß sie in einem Lager für radioaktive Abfälle in South Carolina entsorgt werden mußten. Zuvor hatten 27 Soldaten die Panzer ohne Schutzkleidung untersucht - ein sträflicher Leichtsinn, wie sich bald herausstellte.

Die 27 gehören zu insgesamt 112 US-Soldaten, die - wie das Pentagon erst im August 1997 zugab - 1991 dem giftigen und radioaktiven Uran ausgesetzt waren. 35 GIs sind Überlebende aus den unter eigenen Beschuß geratenen Panzern, 50 waren bei einer Explosion im Munitionsdepot von Doha in Kuwait verwundet worden.

Im Januar dann räumte ein 32-Seiten-Bericht des "Büros zur Untersuchung von Golfkriegs-krankheiten" im Pentagon ein, daß möglicherweise "Tausende von Soldaten" schädlichen Strahlen ausgesetzt gewesen seien.

"Was hat das zu bedeuten?" fragte der amerikanische Veteranen-Vertreter Dan Fahey, "waren es 2.000 oder 50.000" - oder gar 400.000, wie seine Studie für möglich hält?

Wahrscheinlich noch größer ist die Zahl der Araber - Soldaten wie Zivilisten -, die mit den gefährlichen Spezialgranaten Kontakt hatten - und womöglich noch heute von ihnen getötet werden.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. März 1998: >>>**Ja-Wort aus Bonn: Polen, Tschechen und Ungarn in die NATO**

Der Bundestag hat am Donnerstag dem Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns zur NATO zugestimmt. Die osteuropäischen Nachbarstaaten sprachen von einer "historischen Weichenstellung". Die NATO-Osterweiterung stützte sich im Bonner Parlament auf eine breite Mehrheit: Neben CDU/CSU und FDP votierten auch die Sozialdemokraten dafür. Die Fraktion der Grünen jedoch war einmal mehr zerrissen: Es gab Ja-Stimmen, Nein-Stimmen und viele Enthaltungen. ...

Im Bonner Kanzleramt trudelten bereits in der Nacht zum Freitag die Danksagungen ein. Polens Präsident Aleksander Kwasniewski nannte die Zustimmung des Bonner Parlaments in einem Schreiben an Bundeskanzler Helmut Kohl "historisch". Das tschechische Außenministerium erklärt, die deutsche Entscheidung sei "ein weiterer Schritt auf dem Weg zu gutnachbarschaftlichen Beziehungen im Geiste europäischer Partnerschaft".

... Nach der heutigen Billigung durch den Bundesrat ist Deutschland nach Kanada, Norwegen und Dänemark der vierte der 16 NATO-Staaten, der die Erweiterung ratifiziert hat.

Viele Redner sprachen von einer der wichtigsten außenpolitischen Entscheidungen, die der Bundestag jemals getroffen habe.

"Jetzt wächst in ganz Europa zusammen, was zusammengehört", sagte Außenminister Klaus Kinkel. "Dies ist ein Tag, an dem wir dankbar sein sollten." Ohne den Freiheitswillen dieser Staaten hätte Deutschland seine Einheit nicht erreicht. ...<<

Der deutsche CDU-Politiker Alfred Dregger (1920-2002, 1982-1991 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) schrieb am 22. August 1998 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>>**"Antifa": Sie kämpft gegen die Freiheit und Einheit des deutschen Volkes**

Niemand in Europa hätte an der Zeitenwende 1990/91 geglaubt, daß Kommunisten bald wieder ihre Ziele aufgreifen und offen oder verdeckt je wieder reale Macht ausüben würden. Diese Hoffnung hat getrogen. Die Verführungskraft von Ideologen ermöglicht sogar deren Wiedergeburt. In Frankreich und Italien sind Kommunisten wieder an der Regierung beteiligt. In Rußland sind sie stärkste Fraktion in der Staatsduma und blockieren dort - zusammen mit den Nationalisten - die notwendigen Reformen. Bei uns in Deutschland "tolerieren" die kaum gewendeten SED-Nachfolger in der PDS die Minderheitsregierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Höppner in Sachsen-Anhalt.

Natürlich propagieren die Kommunisten heute nicht mehr die Weltrevolution. Aber sie suchen mit Erfolg Partner für Bündnisse und gemeinsame Aktionen, mit deren Hilfe sie zunächst einmal das politische Koordinatensystem in ihrem Sinne nach links verschieben wollen.

Als das wohl wirkungsvollste Mittel dafür haben die Kommunisten den "Antifaschismus" erkoren. Schon Walter Ulbricht hatte seinerzeit damit seine Herrschaft in der sowjetisch-besetzten Zone legitimieren wollen und als Vorstufe zum Sozialismus eine "Antifaschistisch-Demokratische Ordnung" proklamiert. Die Bundesrepublik Deutschland hingegen sollte als Nachfolgestaat der Nationalsozialisten "nazifiziert" werden.

Dann kam - für viele unerwartet und für fast ebenso viele nicht mehr erwünscht - die Wende, der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus. Aus war der Traum der Linken von der sozialistischen Spielwiese in der DDR. Doch sie konnte sich damit nicht abfinden. Dies ist die wahrscheinlichste Erklärung für den Eifer, mit dem sie die große nationale Aufgabe der Einheit behindert, deren Erfolg leugnet und deren Konzepte miesmacht.

Seitdem gibt es immer wieder Versuche, Deutschland erneut unter "Faschismusverdacht" zu stellen, Deutschland darzustellen als historischen einzigartigen Verbrecherstaat und alle, auf die wir in unserer Geschichte mit Stolz zurückblicken können, einer "antifaschistischen" Inquisition zu unterziehen. Da geht es um Kasernennamen, um Ehrenmale, um Friedhöfe mit

den Gräbern von jungen Soldaten, die für Deutschland gefallen sind. Es ging sogar - wie dies die Debatte um den 9. Mai 1945 gezeigt hat - um das Recht auf die Trauer schlechthin.

Ein Freudenfest hätten wir feiern sollen nach der Zumutung jener, die nicht wahrhaben wollen, daß der 9. Mai 1945 nicht nur die Niederlage Deutschland besiegelte und damit auch die Befreiung vom Nationalsozialismus, sondern auch Stalins Herrschaft über einen Teil Deutschlands begründet hat und die Teilung unseres Vaterlandes sowie die kommunistische Diktatur in der DDR ihren Anfang nahmen. Zudem steht der 9. Mai 1945 noch für den Leidensweg von Millionen deutscher Flüchtlinge, von Heimatvertriebenen und Kriegsgefangenen.

"Antifaschismus" läßt sich heute zu vielerlei Zwecken gebrauchen: z.B. als Keule, um Andersdenkende willfährig oder mundtot zu machen. Unter den vielen Initiativen und Kampagnen, mit denen seit 1990 "antifaschistischer Kampf" um die Meinungsführerschaft in Deutschland geführt wird, mit dem Ziel eines "Politikwechsels" bzw. einer "anderen Republik", möchte ich hier nur einige nachzeichnen, die sich gegen die Wehrmacht richteten und richten, in der mehr als 18 Millionen Deutsche überwiegend aufgrund einer gesetzlichen Wehrpflicht ihren Dienst für ihr Vaterland leisten mußten.

Die Kampagne begann mit einem Artikel in der Wochenzeitung "Die Zeit". Dort hieß es am 31. Januar 1992: "Was, bald 50 Jahre nach Kriegsende, immer noch fehlt, ist eine öffentliche Darstellung der größten 'Mord- und Terrororganisation' der deutschen Geschichte: der deutschen Wehrmacht". Das war ein ungeheurer Vorwurf. Ich habe damals an den Herausgeber dieser Zeitung, Altbundeskanzler Helmut Schmidt, geschrieben:

"Dies ist insbesondere eine Verleumdung derer, die im Krieg für ihr Vaterland gefallen sind, wie mein Bruder, und die sich dagegen nicht mehr zur Wehr setzen können. Wir aber, die wir das Glück hatten - oder die Gnade - zurückzukehren, wir dürfen den Vorwurf des Mordes und des Terrors auf unseren gefallenen Kameraden nicht sitzenlassen. Deshalb fordere ich Sie auf: Tragen Sie dafür Sorge, daß diese maßlose Verleumdung von Ihrem Blatt widerrufen wird."

Helmut Schmidt antwortete postwendend: "Die von Ihnen gerügte Bezeichnung der deutschen Wehrmacht als 'größte Mord- und Terrororganisation der deutschen Geschichte' findet meine scharfe Kritik. 'Die Zeit' wird ihre Mißbilligung auch nach außen erkennbar machen."

Nun, "Die Zeit" hat dann meinen Brief an Helmut Schmidt als Leserbrief veröffentlicht. Das war sie, die "Mißbilligung". Sie galt auch nur für eine Weile. Denn bereits im März 1995 veranstaltete dieses Blatt ein "Zeit-Forum", auf dem die Kampagne gegen die Wehrmacht fortgeführt wurde.

Auf diesem Forum bemerkte Dr. Theo Sommer einleitend: "50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist es unvermeidlich, daß auch die Rolle der Wehrmacht in diesem Krieg näher betrachtet wird."

Auf diesem Forum wurde z.B. darauf hingewiesen, Heydrich sei Offizier der Marine gewesen. Offensichtlich paßte dieses Argument gut in das geplante Agitationsmuster, demzufolge Heydrich und Admiral Canaris neben Admiral Dönitz die Nazi-Hörigkeit der Marine belegen sollten; ausgerechnet Canaris, der als Angehöriger des militärischen Widerstandes gegen Hitler am 9. 4. 1945 gehängt worden ist. Verschwiegen wurde hingegen, daß der Oberleutnant zur See Heydrich bereits im April 1931 (!) aus der Marine ausgestoßen wurde - wegen Unwürdigkeit.

Inzwischen macht diese Kampagne tatsächlich nicht mehr Halt vor dem militärischen Widerstand gegen Hitler. In einem Aufsatz im Begleitbuch zur Heer/Reemtsma-Ausstellung gegen die Wehrmacht wird versucht, sogar dessen aktivste Gruppe, die um Henning von Tresckow, als Täter im "schmutzigen Partisanenkrieg" und beim "Holocaust" anzuprangern. Ausgerechnet von Tresckow, der bekanntlich wegen der Nazimorde das Attentat auf Hitler - "koste es, was es wolle" - gefordert hat, um damit von der moralischen Substanz des anderen Deutschland Zeugnis zu geben!

Soll etwa mit solchem Verurteilungseifer nun auch der Widerstand gegen Hitler geleugnet, zumindest aber relativiert werden? Und warum soll das geschehen? Vielleicht, weil nach den Worten des großen Franzosen und Europäers Joseph Rovin, der als Jude Dachau überlebt hat, "die Männer und Frauen des Widerstandes zu jenen gehören, denen das deutsche Volk es verdankt, in Ehren weiterleben zu können".

Das Kalkül ist einfach: Gelänge es, selbst den Widerstandskämpfern die Ehre zu nehmen, wäre das ganze deutsche Volk entehrt. Und das ist offensichtlich das Ziel. Der auch von der Antifa-Agitation immer wieder vorgetragene Hauptvorwurf gegen die Wehrmacht lautet, sie habe sich für Hitlers "Angriffskrieg" zur Verfügung gestellt. Was heißt "zur Verfügung gestellt", angesichts einer gesetzlich begründeten allgemeinen Wehrpflicht, der sich niemand entziehen konnte?

Die Angehörigen meines Jahrgangs (1920) konnten Hitler nicht wählen. Dafür waren sie zu jung. Aber sie wurden von ihm in den Krieg geschickt, und nur die Hälfte davon ist daraus zurückgekehrt. Die aber, die nicht zurückgekehrt sind, sind nicht für Hitler gestorben, den Verderber Deutschlands, sondern für unser Vaterland. Ein Schuft, wer ihnen jetzt auch noch die Ehre nehmen wollte!

Neuerdings versucht man sogar, Überläufern und Deserteuren Denkmäler zu errichten. Sollte es ehrenwerter gewesen sein, zu Stalin überzulaufen, anstatt das deutsche Volk und die deutschen Frauen gegen dessen Rote Armee zu verteidigen?

Wahr ist, daß die Nationalsozialisten schreckliche Verbrechen begangen haben; das gilt insbesondere für die Ausrottungsmorde an den deutschen und europäischen Juden. Wahr ist weiter, daß auch Soldaten der Wehrmacht an solchen Verbrechen beteiligt waren. Es ist aber ebenso wahr, daß die große Masse der mehr als 18 Millionen deutschen Soldaten keinen Anteil daran hatte. Sie haben auch nicht an den Fronten gekämpft, um hinter diesen das Vernichtungswerk der NS-Einsatzgruppen zu ermöglichen, wie es in verleumderischer Absicht immer wieder unterstellt wird. Dieses Vernichtungswerk fand übrigens unter größter Geheimhaltung statt, weil Hitler wußte, daß das deutsche Volk ihm auf diesem Weg nicht zu folgen bereit gewesen wäre.

Es ist auch wahr, daß in der Wehrmacht Disziplin herrschte. Plünderungen und Vergewaltigungen wurden schärfstens bestraft. Massenvergewaltigungen wie seitens der Roten Armee und in diesem Jahrzehnt wieder durch die serbische Soldateska, hat es bei der deutschen Wehrmacht nicht gegeben, und schon gar nicht wären solche von der Führung hingenommen oder gar von ihr begünstigt worden. Es gab auch in der Wehrmacht keinen der Propaganda Ilja Ehrenburgs vergleichbaren Aufruf zu Verbrechen und Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung.

In den ersten Nachkriegsjahrzehnten wurde die Ehre der deutschen Soldaten, die an diesem Krieg teilnehmen mußten, hochgehalten; in Deutschland, wie bei unseren Kriegsgegnern. Seit Jahren tingelt nun eine von dem früheren Kommunisten Heer und dem Zigarettensmilliardär Reemtsma organisierte Ausstellung durch deutsche Lande, die das Andenken und die Ehre der deutschen Soldaten besudelt. Das soll sie wohl sein, die öffentliche Darstellung der Wehrmacht als "größte Mord- und Terrororganisation der deutschen Geschichte", wie "Die Zeit" es bereits 1992 gefordert hatte.

"Verbrechen der Wehrmacht", so heißt diese Ausstellung, ein infames Machtwort, das der früheren sowjetischen Propaganda in nichts nachsteht. Inzwischen hat sich ein Designer zu Wort gemeldet und bekundet, im Auftrage Reemtsmas und mit dessen Geld die ihm zu dieser Ausstellung passenden Bilder aus sowjetischen Archiven zusammengeklaut zu haben; ein Designer also, einigermaßen erfahren mit dem wirkungsvollen Arrangement von Ausstellungen, aber ohne jede Sachkenntnis und Qualifikation im Hinblick auf den Ausstellungsgegenstand und die kriegsgeschichtlichen Zusammenhänge.

Die Ausstellung versöhnt nicht, sie spaltet. Und das soll sie wohl auch. Wer aber auf diese Weise einen Keil zwischen die Generationen unseres Volkes treibt, der trifft es in der Seele und gefährdet seinen Zusammenhalt. Das ist kein Werk des Friedens, sondern des Unfriedens. Daß diese Ausstellung zu den Aktionen des "Antifaschismus" gegen Deutschland zählt, können wir daran erkennen, daß es die PDS gewesen ist, die den Antrag gestellt hatte, diese Ausstellung auch in den Räumen des Deutschen Bundestages zu zeigen. Gott sei Dank wurde dieses schlimme Ansinnen abgelehnt.

Wenn es gelänge, alle jene als Verbrecher darzustellen, die in der Wehrmacht gedient haben und alle jene als Hitlers Mittäter zu denunzieren, die sich ihm nicht unter höchstem Risiko in den Weg gestellt haben, dann verlöre unser Volk seine Selbstachtung, sein Selbstvertrauen und damit auch seinen Willen zur Selbstbehauptung.

Seit nunmehr acht Jahren gehören auch unsere Landsleute in der ehemaligen DDR dazu. Sie haben mehr als wir im Westen an den Folgen des von Hitler und Stalin angezettelten Krieges leiden müssen. Sie bauen ihre Heimat nun zu einem blühenden Gemeinwesen auf, mit unserer solidarischen Hilfe. Wir dürfen nicht zulassen, daß dieses Aufbauwerk just von jenen behindert und gestört wird, die für die Misere im "real existierenden Sozialismus" verantwortlich waren.

Der damals schon von schwerer Krankheit gezeichnete und inzwischen verstorbene französische Staatspräsident Mitterrand hat uns Deutschen am 8. Mai 1995 bei dem feierlichen Staatsakt mit unseren ehemaligen Kriegsgegnern in Berlin ein großartiges Vermächtnis hinterlassen, das wir dankbar annehmen sollen. Er sagte:

"Ich bin nicht gekommen, um den Sieg zu feiern, über den ich mich für mein Land gefreut habe. Ich bin nicht gekommen, um die Niederlage der Deutschen zu unterstreichen, weil ich die Kraft, die im deutschen Volk ruht, kenne, seine Tugenden, seinen Mut - und wenig bedeuten mir in diesem Zusammenhang die Uniformen und selbst die Ideen, die in den Köpfen der Soldaten damals gewohnt haben, die in so großer Zahl gestorben sind. Sie waren mutig, sie nahmen den Verlust ihres Lebens hin, für eine schlechte Sache. Aber ihre Haltung hatte damit nichts zu tun.

Sie liebten ihr Vaterland. Es ist notwendig, daß uns das klar wird. Europa, das bauen wir, aber unsere Vaterländer lieben wir. Bleiben wir uns selbst treu. Verbinden wir die Vergangenheit mit der Zukunft, und wir werden in Frieden den Geist dieses Zeugnisses an jene weitergeben können, die uns nachfolgen."

Das sind Worte eines großen Franzosen und großen Europäers, der gegen Deutschland gekämpft hat. Er hat mit dieser Rede dem deutschen Volk den Weg gewiesen; den Weg des Friedens mit sich selbst, den Weg der Versöhnung mit seinen Nachbarn, den Weg zum Aufbau eines gemeinsamen Europa in Friede und Freiheit. Verneigen wir uns in Dankbarkeit vor diesem großen und aufrechten Mann und vor denen, die - in welcher Situation auch immer - das schwere Schicksal des Krieges tragen mußten.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. März 1999: >>**NATO nimmt drei neue Mitglieder auf ...**

Rußland bekräftigte seine ablehnende Einschätzung. Außen- und Verteidigungsministerium in Moskau bezeichneten die Erweiterung am Freitag erneut als schweren historischen Fehler. Das Außenministerium warnte, ... die Osterweiterung könne zum Aufbrechen neuer Trennungslinien führen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. März 1999: >>**Scharping: Gewinn für Deutschland**

Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping sieht im NATO-Beitritt von Polen, Tschechien und Ungarn einen Gewinn für Deutschland.

Die Bundesrepublik stehe damit vor einer "historisch einmaligen Situation, nämlich zum er-

sten Mal nur von Freunden und Partnern umgeben zu sein", sagte er der in Berlin erscheinenden Tageszeitung "Die Welt".

Zugleich wies Scharping Bedenken Rußlands zurück: "Die NATO-Erweiterung richtet sich gegen niemand. Sie ist Export von Sicherheit und Stabilität."

Die Erweiterung werde verknüpft mit einer sehr engen Kooperation mit Rußland: "Insgesamt wird die Lage in Europa sicherer."<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 21. Oktober 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>... Die zweifelhafte Macht der Bilder

Seit rund viereinhalb Jahren debattieren und streiten die Deutschen über die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Neue Studien belegen nun, daß die Veranstalter bei der Auswahl einzelner Fotos falsch lagen. ...

In zwei angesehenen wissenschaftlichen Zeitschriften - "Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte" aus dem Institut für Zeitgeschichte in München und "Geschichte in Wissenschaft und Unterricht" - publizierten die Historiker Bogdan Musial, Krisztián Ungváry und Dieter Schmidt-Neuhaus kritische Anmerkungen zu der seit langem umstrittenen Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Diese geht jetzt in das fünfte Jahr und zählt schon über 800.000 Besucher.

Es ist bemerkenswert, daß zwei der Autoren aus Ostmitteleuropa kommen, der dritte kein Fachhistoriker ist. Renommierten deutschen Historikern scheint offenkundig die Debatte um die Wehrmacht-Ausstellung zu politisch, als daß sie sich noch kritisch äußern wollen. Die Arbeit verblieb daher den akribischen Archivgängern.

Und die haben sich ins Detail vertieft und eine zur Geschichtswissenschaft elementar zugehörige Quellenkritik geübt. Wann entstand das Foto? Wo ist es zu verorten? Wer waren die Täter? Von wem stammt die Bildlegende? Im Gegensatz zu den datierten Textquellen der Ausstellung - Wehrmachtsbefehle, Feldpostbriefe, Prozeßaussagen - gleicht die Überprüfung von Bildern einem Kriminalfall. Die Historiker müssen mit Lupe, Zentimetermaß und Vergleichsbildern aus anderen Archiven arbeiten.

"In zwei polnischen Archiven und im Fotoarchiv des Holocaust-Museums befinden sich mindestens sieben Fotografien, die zweifelsfrei dieselbe Szene darstellen, aber aus einem anderen Blickwinkel", schreibt zum Beispiel Musial, wo es um eine strittige Ortsangabe geht. Manches - so räumen auch die Ausstellungsmacher Hannes Heer und Bernd Boll inzwischen ein - ist auf den Tafeln und im Katalog tatsächlich inkorrekt vermerkt. ...

... Den Vorwurf mangelnder Sorgfalt oder gar Manipulation will sich Heer nicht machen lassen. Man habe nur in angesehenen internationalen Archiven nach Bildmaterial recherchiert und dabei die Bildunterschriften, so wie sie waren, übernommen. Die große Mehrzahl der 801 Fotos des Katalogs seien nach wie vor unbezweifelt. Es sei aber richtig, daß ein sehr krasses Erschießungsbild aus Stari Becej ungarische Soldaten hinter der Waffe zeige - und nicht die Wehrmacht. Ein ähnlicher Fall, mit finnischen Soldaten, wurde aus der Ausstellung bereits entfernt.

... Die Wehrmacht-Ausstellung, von Anfang an umstritten, löste eine wichtige Debatte zur Vergangenheit in Deutschland aus. Selten hat es eine Wanderschau - mit der eigenwilligen Mischung von Kriegsbildern, Alltagsmomenten und Erschießungs- oder Erhängungsszenen - in dem Maße geschafft, das Schweigen zwischen den Generationen aufzubrechen. Die Ausstellungsmacher haben sich mit ihrer verdichteten These des Ostfeldzuges als "großes Verbrechen" sehr exponiert und damit Verantwortung übernommen. Jetzt aber, so scheint es, können sie ihren Kritikern wenig entgegensetzen.

Chronik einer Ausstellung

Sie ist umstritten wie kaum eine andere Ausstellung vor ihr. Bundesweit hat die Wanderschau

mit dem Titel: "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" für heftige Kontroversen gesorgt. Seit ihrer Eröffnung im März 1995 haben rund 860.000 Besucher in 32 Städten die Ausstellung gesehen. Bei fast jeder Station kam es zu Demonstrationen und gewaltsamen Protesten gegen die Fotoschau, in der die Wehrmacht für die systematische Ermordung von Millionen Menschen verantwortlich gemacht wird. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 5. November 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944":

>>**Wehrmachtskritiker stoppen ihre strittige Ausstellung**

Einige Fotos zeigen Opfer der Sowjets / Termine in Braunschweig und New York gestrichen Die umstrittene Wehrmachtsausstellung wird nach massiver Kritik von Historikern zurückgezogen und grundlegend überprüft. ... Auch die Auslandsversion der Bilder-Schau über die Verbrechen der Wehrmacht wird nicht wie geplant in den USA gezeigt, wo sie am 2. Dezember in New York eröffnet werden sollte, sagte der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jan Philipp Reemtsma, am Donnerstag. ...

Das Institut für Sozialforschung reagierte damit auf Kritik von Wissenschaftlern, vor allem auf die des polnischen Historikers Bogdan Musial. Musial hatte in den "Vierjahreheften für Zeitgeschichte" (Ausgabe IV/99) im Oktober geschrieben, daß ein in der Ausstellung gezeigtes Bild, auf dem viele Leichen zu sehen sind, nicht eine Massenerschießung der Wehrmacht in Kraljewe (Serbien) dokumentiert, sondern die Ermordung von Gefängnisinsassen Ende 1941 durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD im galizischen Lemberg.

Musial versuchte in seinem Zeitschriftenbeitrag zu beweisen, daß wenigstens neun der Fotos der Ausstellung sowjetische Verbrechen zeigen und daß das auch bei weiteren zwei Dutzend vermutet werden kann. Der Historiker sah vor diesem Hintergrund die Glaubwürdigkeit der korrekten Zuordnung auch der übrigen Bilder der Ausstellung erschüttert. ...

Die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung wird seit mehr als 4 Jahren in Deutschland und Österreich gezeigt und hat mehr Aufsehen, Zustimmung und Widerspruch erregt als jede historische Ausstellung zuvor.<<

Die Schwester eines 1943 an der Ostfront gefallenen deutschen Wehrmachtssoldaten schrieb damals (x170/42): >>... Absolut empörend ist die heutige deutsche Darstellung der ehemaligen deutschen Wehrmacht als Verbrecherbande.

Mein Bruder war kein Kriegsverbrecher, sondern das Opfer von Hitlers Wahnsinnspolitik. Ich lehne auch jegliche deutsche heutige Kriegsbeteiligung ... ab, ich lehne die Wehrpflicht für fremde Zwecke ab (außer Landesverteidigung)!

Nicht Soldaten zetteln Kriege an, sondern Politiker!!!<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 18. März 2000 (x887/...): >>**Mord an den Vätern - Die angebliche? Traditionsunwürdigkeit der Wehrmacht.**

Bemerkungen zur geistigen Lage der Bundesrepublik ...

Bei der geschilderten Umwertung der deutschen Geschichte ins Negative und alles Westlichen ins Positive spielt die Wehrmachtsausstellung eine wichtige Rolle. Viele Beispiele belegen das hohe, sehr hohe Ansehen der Wehrmacht und ihrer Vorgänger.

Beispiele: 1950 bat das israelische Verteidigungsministerium mehr als eintausend Militärs und Militärhistoriker, die Streitkräfte der beiden Weltkriege zu bewerten. Wie zu erwarten war das Ergebnis eindeutig: Die deutschen Truppen wurden mit großem Abstand als die besten bewertet.

Als persönliche Reminiszenz: Im Fest- und Vortragssaal des Verteidigungsministeriums eines südostasiatischen Staates stehen als Mahnung für die jungen Offiziere drei Sentenzen. Eine von einem Chinesen. Sun Tsu, eine von Clausewitz und eine von Rommel.

Als Letztes: 1993 veröffentlichte einer der großen amerikanischen Verlage unter Mitarbeit von Wissenschaftlern aus sechzehn Nationen eine sechsbändige Enzyklopädie der Militärwis-

senschaften. Der Artikel "Kampfkraft" wurde von dem vielleicht bekanntesten amerikanischen Militärhistoriker, T. N. Dupuy, verfaßt. Er urteilte, die Kampfkraft der deutschen Heere sei mehr als hundert Jahre lang der Neid der Welt ... gewesen.

Diese Achtung vor dem deutschen Soldaten ist für das Neubundesrepublikanische Gefühl ebenso unerträglich wie die Achtung vor den Bachpassionen, wie Belle Alliance oder Friedrich dem Großen. Also ist die Wehrmachtsausstellung willkommen. Viele Politiker und viele Intellektuelle haben auf diese Ausstellung wohl gewartet wie die Wüste auf den Regen: nur so ist die Resonanz auf die Ausstellung zu erklären, daß kaum gefragt wird, ob ein mehrfach vorbestrafter kommunistischer Funktionär und ein Reemtsma wenigstens gewillt sein könnten, uns ein zutreffendes Bild von der Wehrmacht zu vermitteln.

Helmut Schmidt hat die Ausstellung als "Masochismus" gewertet: sachlich ist sie bedeutungslos. Um so wichtiger ist sie als Indikator des geistigen Zustandes der Bundesrepublik. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. April 2000: >>**Per Losentscheid zur Bundeswehr?**

Armee soll drastisch schrumpfen

Viele junge Männer werden künftig nicht mehr zum Wehrdienst einrücken müssen. Die Zukunftskommission der Bundeswehr will der Bundesregierung vorschlagen, den Umfang der Streitkräfte von jetzt 330.000 auf 240.000 Mann zu verringern. ...

Der SPD-Verteidigungsexperte Volker Kröning hat einen Friedensumfang der Streitkräfte von 250.000 Soldaten vorgeschlagen. Die Grünen wollen eine Freiwilligenarmee mit einer Friedensstärke von 150.000 bis 180.000 Soldaten und die Wehrpflicht abschaffen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Juni 2000: >>**Reichlich Kritik für Scharpings Bundeswehr-Pläne**

Der Union sind 277.000 Soldaten zu wenig, den Grünen zu viel – und auch Offiziere murren / Volle Öffnung für Frauen

... Das Konzept, das spätestens am Mittwoch nach Pfingsten vom Kabinett abgesegnet werden soll, löste ein geteiltes Echo bei Regierungs- und Oppositionsparteien aus. Kernpunkte sind die unbeschränkte Öffnung für Frauen, die Reduzierung der Truppenstärke und die Verkürzung des Wehrdienstes.

Frauen dürfen alles: Die Bundeswehr wird im Januar die ersten Frauen auf freiwilliger Basis für alle Laufbahnen und Verwendungen einstellen. Bisher ist die Tätigkeit von Frauen auf Sanitäts- und Musikdienst beschränkt. Künftig können sie auch Kampfpilotinnen und Kampfschwimmerinnen werden.

Formel "255.000": Scharpings Konzept sieht die Reduzierung von 320.000 auf 277.000 Soldaten vor. Danach werden aber nur 255.000 tatsächlich zur Verfügung stehen, weil sich jeweils 22.000 in Qualifizierungs- und Berufsförderungsmaßnahmen befinden. ...

Neun Monate Wehrdienst: Der Wehrdienst wird von zehn auf neun Monate verkürzt, die in einem sechsmonatigen Block und spätere Wehrübungen aufgeteilt werden können. ...

CDU/CSU-Wehrexperte Paul Breuer meinte dagegen, die Bundeswehr würde schon durch Scharpings Reform für ihre Hauptaufgabe Landes- und Bündnisverteidigung "zu klein dimensioniert".

Bei vielen Offizieren im Verteidigungsministerium stößt die Aufteilung der Wehrdienstzeit auf Skepsis. Daran, daß sich die restlichen drei Monate des gekürzten neunmonatigen Wehrdienstes in Wehrübungen nachholen lassen, glaubt kaum einer.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. Juni 2000: >>Kabinett segnet Scharpings Bundeswehrreform ab

Die Weichen für die bisher größte Reform der Bundeswehr sind gestellt: Am Mittwoch hat das Bundeskabinett die Eckpfeiler für die Reform beschlossen, die Verteidigungsminister Scharping (SPD) vorgelegt hatte. Sie sieht unter anderem vor, die Gesamtstärke der Bundes-

wehr schrittweise um 61.000 auf 277.000 Soldaten zu verringern. Die Wehrpflicht soll bleiben, von 2002 an aber von zehn auf neun Monate sinken. ...

Ziel der Reform sei es, die Bundeswehr leistungsfähiger und wieder voll bündnisfähig zu machen, sagte (Verteidigungsminister) Scharping. Die Bedrohung von außen sei noch nie in der deutschen Geschichte so gering gewesen wie derzeit. ... Gestärkt werden sollen die Kräfte, die sich an internationalen Einsätzen beteiligen können. In Zukunft seien daher Luft einsätze und High-Tech-Geräte wichtiger als schwere Panzer. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. November 2000: >>**Jeder fünfte EU-Soldat kommt aus Deutschland**

Europäische Union stellt Eingreiftruppe von 100.000 Mann zusammen

... Die Bundeswehr wird rund 20 Prozent dieser europäischen Eingreiftruppe stellen. ... Wir sind auf dem guten Weg, aber noch nicht am Ziel", sagte Scharping. ...

Weder stehen Lufttransportmittel zur Verfügung, noch hat die EU die notwendige Fähigkeit zur Aufklärung. Selbst die Kommunikation und die technische Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften läßt zu wünschen übrig. ... Die EU-Staaten seien jedoch dabei, die Lücken zu schließen, die bisher verhindern, daß die europäischen Streitkräfte allein Aufgaben der Krisenbewältigung übernehmen können.

Mit dem Bau eines Airbus-Militärtransporters und mit dem geplanten gemeinsamen Lufttransportkommando seien Deutschland, Frankreich und die Niederlande auf dem Weg, die Defizite zu beheben, sagte Scharping.<<

Am 11. September 2001 wurde das bedeutende World Trade Center im New Yorker Stadtteil Manhattan durch einen verheerenden Terroranschlag zerstört.

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete später (am 16. September 2019) über diesen angeblichen islamistischen Terrorangriff (x1.000/...): >>**US-Regierungsberichte zu 9/11 widerlegt: WTC 7 wurde gesprengt**

Von Daniele Ganser

Kann ein 186 m hohes Gebäude mit einer massiven Stahlskelettkonstruktion in nur sieben Sekunden durch Brand einstürzen? Diese offizielle Theorie des Einsturzes von WTC 7 am 11.09.2001 in New York wurde nun durch fundierte Forschungsergebnisse eindeutig widerlegt. ...

Der Schweizer Historiker und Friedensforscher Dr. phil. Daniele Ganser veröffentlichte am 7. September 2019 im Online-Magazin Rubikon einen Artikel mit neuen fundierten Forschungsergebnissen zu den Terroranschlägen am 11. September 2001 in New York. Diese wissenschaftlichen Ausarbeitungen widerlegen die offiziellen Darlegungen der US-Regierung ganz grundsätzlich.

Hören sie nun den leicht gekürzten Artikel von Dr. Ganser, der unter den Bedingungen einer Creative Commons frei weiterverbreitet werden darf:

Die Sprengung

Die Geschichte der Terroranschläge vom 11. September 2001 muß neu geschrieben werden, denn nun ist belegt: WTC 7 wurde gesprengt. Am 11. September 2001 ereignete sich in den USA der bisher größte Terroranschlag der Geschichte mit rund 3.000 Toten. Die meisten Menschen glauben, beeindruckt durch das Fernsehen, daß damals in New York nur zwei hohe Türme eingestürzt sind. Aber das stimmt nicht, es waren drei. Nämlich die bekannten, über 400 Meter hohen Zwillingstürme WTC 1 und WTC 2 sowie das 186 Meter hohe WTC 7.

Im Unterschied zu den Zwillingstürmen war WTC 7 zuvor nicht durch ein Flugzeug getroffen worden. Trotzdem stürzte die massive Stahlskelettkonstruktion in nur sieben Sekunden um 17:20 Uhr ein. Der Einsturz setzte plötzlich, ohne erkennbare Vorzeichen, ein und erfolgte vollständig in den eigenen Grundriß. Der Einsturz von WTC 7 kann nur zwei mögliche Ursachen haben: Feuer oder kontrollierte Sprengung. Während den ersten zweieinviertel Sekunden

fiel der Turm mit seinen 47 Stockwerken im freien Fall, also ohne jeden Widerstand mit Erdbeschleunigung nach unten.

Das Hochhaus WTC 7 bewegte sich also für 25 Meter auf seiner gesamten Breite genauso schnell nach unten wie ein Fallschirmspringer ohne Fallschirm, der vom Dach des Gebäudes springen würde. Wie ist das möglich? Wie kann ein Stahlskelettbau mit 81 starken, senkrechten Stahlsäulen plötzlich in den freien Fall übergehen? Zu dieser wichtigen Frage wurde nun die Antwort gefunden.

Am 3. September 2019, fast 18 Jahre nach dem Terroranschlag, hat der US-Bauingenieur Dr. Leroy Hulsey von der Universität Alaska Fairbanks (UAF) eine 114 Seiten lange fundierte Studie zum Einsturz von WTC 7 veröffentlicht, welche von der NGO *Architects & Engineers for 9/11 Truth* und deren Präsident Richard Gage in Auftrag gegeben worden war. Die Hulsey-Studie kommt nach vier Jahren Untersuchung zu einem klaren und eindeutigen Ergebnis: "Feuer hat den Einsturz von WTC 7 nicht verursacht. Der Einsturz des Gebäudes kann nur durch das praktisch gleichzeitige Versagen aller Säulen erklärt werden", so der Bericht.

Obschon das Wort "Sprengung" im Bericht nirgends vorkommt, ist der Befund von Hulsey eindeutig und überzeugend: WTC 7 wurde gesprengt. Dieses Forschungsergebnis ist eine Sensation. Die ganze Geschichte zum Terroranschlag vom 11. September 2001 und zu dem darauffolgenden Krieg der USA gegen Afghanistan, der am 7. Oktober 2001 begann und bis heute andauert, muß neu geschrieben werden. Auch die Bundeswehr, die am Afghanistankrieg teilnimmt, muß darüber nachdenken, was die Sprengung von WTC 7 bedeutet. Schon seit einigen Jahren wird über den Einsturz von WTC 7 diskutiert.

In England sorgte damals Reporterin Jane Standley vom BBC, die am Tag der Anschläge live aus New York über den Einsturz von WTC 7 berichtete, für Verwirrung. Sie berichtete am 11. September 20 Minuten zu früh über den Einsturz von WTC 7, das Gebäude stand noch und war hinter ihr klar zu sehen. "Das war ein Fehler", sagte Jane Standley später. Auch BBC-Nachrichtenchef Richard Porter entschuldigte sich 2008 für das Versehen.

Als ich vom Einsturz hörte, schaute ich mir die verfügbaren Videos im Internet an. Ich war damals Senior Researcher an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich und kontaktierte 2006 erfahrene ETH Dozenten für Baustatik und Konstruktion. "Nach meiner Meinung ist das Gebäude WTC 7 mit großer Wahrscheinlichkeit fachgerecht gesprengt worden", erklärte mir damals Hugo Bachmann, emeritierter ETH-Professor für Baustatik und Konstruktion. Auch Jörg Schneider, ebenfalls emeritierter ETH-Professor für Baustatik und Konstruktion, deutet die vorhandenen Daten so, daß "das Gebäude WTC 7 mit großer Wahrscheinlichkeit gesprengt wurde." Diese Aussagen werden nun durch den Hulsey-Bericht bestätigt.

Auch in Deutschland wird seit Jahren über WTC 7 diskutiert. Der Physiker Ansgar Schneider hat das plötzliche und gleichzeitige Nachgeben aller 81 Stahlsäulen zu Recht als "extrem erstaunlich" eingestuft. "Können Sie mir nun eine wissenschaftliche Erklärung geben, wie einzelne, lokal begrenzte Brände es ermöglichen, daß sich die Stahlstützen am östlichen Ende mit denen 100 Meter weiter westlich absprechen, um gleichzeitig nachzugeben?", fragt Schneider in einem Interview, das von Rubikon publiziert wurde. Nur eine absichtliche Zerstörung des Gebäudes könne dies erklären.

In den USA ist die Debatte über WTC 7 schwierig. Im Abschlußbericht zum Terroranschlag von Thomas Kean und Lee Hamilton, der am 22. Juli 2004 der Öffentlichkeit präsentiert wurde, fehlt der Einsturz von WTC 7 völlig. Dieser Bericht kann daher nicht ernst genommen werden, da nicht einmal die Anzahl der eingestürzten Hochhäuser stimmt. "Die Kommission hat ein unangenehmes Problem - die Erklärung, wie WTC 7 praktisch im freien Fall einstürzen konnte - so umgangen, indem sie den Einsturz des Gebäudes einfach nicht erwähnte", pro-

testierte damals der 9/11 Forscher David Ray Griffin.

Danach hat die US-Regierungsbehörde National Institute of Standards and Technology (NIST) in einem anderen Bericht, der am 21. August 2008 publiziert wurde, behauptet, WTC 7 sei wegen Feuer eingestürzt. Der Hulsey-Bericht zeigt nun, daß dies nicht die Wahrheit ist. ... Feuer kann nicht der Grund für den Einsturz dieses Hochhauses gewesen sein. WTC 7 wurde gesprengt.

Der US-Mathematiker Peter Michael Ketcham, der von 1997 bis 2011 am NIST gearbeitet hatte, aber nicht an der WTC 7-Untersuchung beteiligt gewesen war, hat im August 2016 angefangen, die NIST-Berichte zu lesen. "Ich wurde schnell wütend. Erstens über mich selber: Wie konnte ich so viele Jahre am NIST arbeiten und dies nicht bemerken? Zweitens wurde ich wütend über das NIST", erinnert sich der Mathematiker Ketcham. "Je länger ich nachforschte, desto klarer wurde mir, daß das NIST eine vorgefaßte Schlußfolgerung präsentierte und dafür die Fakten ignoriert und weggelassen hat."

Der Hulsey-Bericht hat die Vertuschung des NIST nun aufgeklärt und damit einen äußerst wichtigen Beitrag zur Aufklärung der Terroranschläge vom 11. September 2001 geleistet. [https://www.rubikon.news/artikel/die-sprengung ...](https://www.rubikon.news/artikel/die-sprengung...) *Dr. phil. Daniele Ganser*<<

Nordamerikanische und britische Truppen griffen in der Nacht vom 19. auf den 20. März 2003 den Irak an.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Jahre 2013) im COMPACT-Spezial Nr. 2 über die US-Begründung für den Irakkrieg im Jahre 2003 (x348/40-42):
>>**9/11 - Die Mutter aller Lügen**

_von Oliver Janich

Mit den Terrorangriffen des 11. September 2001 begründete die Regierung von George W. Bush die Kriege der folgenden Jahre. Dabei springen die Widersprüche und Leerstellen der offiziellen Theorie sofort ins Auge. Wäre der 11. September Thema in der Fernsehserie Columbo, wäre die Folge nach zehn Minuten zu Ende. Jeden Tag bewundern wir im Fernsehen Kommissare, denen kleinste Widersprüche reichen, um den Täter zu überführen.

Weisen jedoch investigative Journalisten und Aktivisten auf Löcher in der offiziellen Theorie zum 11. September hin, werden sie nicht etwa wegen ihres kriminalistischen Spürsinnes gelobt, sondern als Verschwörungstheoretiker verunglimpft. Dabei sind die Löcher so groß, daß eine ganze Galaxie hineinpassen würde. Würde ein Drehbuchautor so eine Story schreiben, würde er umgehend gefeuert.

Die Smoking Gun

Das ultimative Beweismittel, die "Smoking Gun", wie Amerikaner das nennen, sind natürlich die Bilder vom Einsturz von World Trade Center Nr. 7. Von keinem Flugzeug getroffen, sackt der Wolkenkratzer - wie von der Regierungsbehörde NIST nach sieben endlosen Jahren bestätigt - in freier Fallgeschwindigkeit in sein eigenes Fundament. Das ist physikalisch unmöglich. Nach den Newtonschen Gesetzen geht Masse den Weg des geringsten Widerstandes.

Das bedeutet, daß ein Gebäude immer auf die Seite kippt, auf der die Struktur nachgibt. Deshalb sind bei kontrollierten Sprengungen Spezialfirmen nötig, die alle tragenden Teil gleichzeitig entfernen. Selbst das gelingt nicht immer, weil die Sprengladungen wirklich exakt zur selben Zeit hochgehen müssen. Anzunehmen, daß zufällig verteiltes und nach den Bildern kaum vorhandenes Bürofeuer dasselbe Resultat zustande bringen kann, ist absurd. Dasselbe gilt natürlich auch für die Twin Towers, also World Trade Center Nummer eins und Nummer zwei, aber da dort Flugzeuge hineingeflogen sind, können die Behörden zumindest behaupten, daß dies der Grund für den symmetrischen Kollaps war. Das ist auch physikalischer Unsinn, aber zumindest leichter zu verkaufen.

Mittlerweile haben sich fast 2.000 Architekten, Statiker, Ingenieure und Physiker den Architects & Engineers for 911 Truth (aefor911truth.org) angeschlossen, die die oben beschriebene

Ansicht vertreten. Und das sind nur diejenigen, die den Mut hatten, ihre Karriere aufs Spiel zu setzen. Schließlich haben sie millionenschwere Auftraggeber, denen das im Zweifel nicht recht ist, weil das Image der beauftragenden Firma darunter leiden könnte.

Luftabwehr? Fehlanzeige!

Aus kriminalistischer Sicht gibt es jedoch hunderte von weiteren Widersprüchen. Am auffälligsten ist zunächst, daß es den angeblichen Attentätern gelungen sein soll, die gesamte Luftwaffe der größten Militärmacht der Welt auszuschalten. Erklärt wird dies mit Inkompetenz. Doch das Abfangen von Flugzeugen, die auch nur leicht vom Kurs abkommen, ist reine Routine. Von September 2000 bis Juni 2001 wurden 67 Flugzeuge von der Flugabwehr NORAD abgefangen (AP, 12.8.2002). Im Jahr 2000 waren es insgesamt 129.

Die Flieger sind normalerweise auf einem 15-Minuten Alarm, was bedeutet, daß sie innerhalb von etwa acht Minuten in der Luft sein können (Calgary Herald vom 13.10.2001). Ab 8:13 Uhr betrachtete die Flugsicherung Flug 11 als entführt (AP 12.8.2002). Um 8:46 Uhr krachte Maschine 11 in den Nordturm. Um 9:38 Uhr soll Flug 77 ins Pentagon gestürzt sein. Insgesamt waren also fast eineinhalb Stunden Zeit, um etwas zu unternehmen. Das ist für die militärische Abwehr eine Ewigkeit.

Nun sind in den Jahren danach etliche sich widersprechende Erklärungen aufgekommen, wieso kein Flugzeug abgefangen wurde. Eine dieser Erklärungen ist, daß niemand damit gerechnet hätte, daß Terroristen Flugzeuge als Waffen benutzen könnten (Condoleezza Rice laut CBS am 16. Mai 2002). Das ist längst widerlegt, weil die Flugabwehr vor 9/11 etliche solcher Übungen abgehalten hat.

Alleine am 11. September fanden laut Verteidigungsminister Donald Rumsfeld mindestens vier solcher Kriegsspiele statt (C-Span, 11.2.2005) Übungsszenario: Flugzeuge werden entführt und in das World Trade Center und andere Hochhäuser geflogen.

Die Wahrscheinlichkeit, daß dieses Übungsszenario am selben Tag auch Wirklichkeit wird, geht gegen Null. Bei staatsterroristischen Anschlägen sind parallele Manöver hingegen häufig zu beobachten. Auf diese Weise können die Behörden unbehelligt operieren. Kommt aus Versehen eine nicht informierte Polizeibehörde den Geheimdiensten ins Gehege, erklärt man, es sei nur eine Übung.

Im Falle von 9/11 hatte diese Parallelität eine weitere Funktion. Durch die gleichzeitig stattfindenden Manöver konnten die Sicherheitskräfte nicht mehr zwischen echten und falschen Radarsignalen unterscheiden. Normalerweise werden Übungen natürlich streng von der realen Situation getrennt.

In diesem Fall geht aber eindeutig aus den Überwachungsbändern, die vom Magazin *Vanity Fair* auf seiner Website veröffentlicht wurden, hervor, daß die Lotsen nicht mehr wußten, welches gekidnappte Flugzeug echt war und welches nur zu einer Übung gehörte. Verantwortlich für diese Übungen war Colonel Robert Marr. Er hat als diensthabender Kommandant im Zentrum der nördlichen Flugabwehr (NEADS) dafür gesorgt, daß die Abfangjäger zu spät vor Ort waren. Begründet wird dies mit Mißverständnissen und Irrtümern. Alleine die Tatsache, daß dieser Mann nicht auf jeder Titelseite ist und niemals vor irgendeinem Gericht erscheinen mußte, spricht Bände. ...

Rumsfelds Visionen

Doch aus solchen Erklärungsnotwendigkeiten könnten sich die Verantwortlichen notfalls noch herausreden. Aber daß das Loch im Pentagon viel zu klein für eine Boeing war und keinerlei eindeutig identifizierbare Wrackteile zu erkennen waren, kann nicht wegdiskutiert werden. Auch dafür werden die kuriosesten Begründungen geliefert, etwa, daß sich das Flugzeug aufgrund der Geschwindigkeit vaporisiert, also praktisch in Luft aufgelöst hätte. Es bleibt dann aber immer noch die Frage, warum es vom am besten überwachten Gebäude der Welt keine Videoaufnahmen gibt, die eine Boeing zeigen.

Die vom Spiegel am 8. Februar 2002 als Beweis gefeierten Bilder des Einschlags zeigen alles mögliche, nur keine Boeing. Bis heute hält das FBI 84 Videos unter Verschuß, die unmittelbar nach den Anschlägen rund um das Gebäude beschlagnahmt wurden. Eine Klage des Anwalts Scott Hodes - spezialisiert auf das Freiheitsinformationsgesetz (FOIA) - auf Freigabe der Bänder scheiterte. Beim angeblich in Shanksville abgestürzten Flug 93 sind ebenfalls keinerlei Wrackteile - wie sonst üblich - zu sehen.

Weisheiten

"Laßt uns niemals frevelhafte Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit den Anschlägen des 11. September tolerieren, boshafte Lügen, die bezwecken, die Schuld von den Terroristen selbst abzulenken."

(G. W. Bush, 10. November 2001) ...

"Ich glaube nicht auch nur eine Minute daran, daß wir alles richtig verstanden haben."

(Lee Hamilton, stellvertretender Leiter der 9/11-Commission des US-Kongresses)

"Tatsächlich hält die offizielle Version einer genauen Überprüfung nicht stand."

(Roland Dumas, französischer Außenminister von 1984 bis 1986 sowie von 1988 bis 1993)

Hauptverdächtig sind diejenigen, die schon vorab über das Ereignis Bescheid wußten.

Für jeden Kriminalkommissar würden diejenigen zum Kreis der Hauptverdächtigen gehören, die schon vorab über das Ereignis Bescheid wußten. Als oberster Hellseher hat sich dabei ausgerechnet der diensthabende Verteidigungsminister Donald Rumsfeld entpuppt. Der *Fayetteville Observer* schreibt am 16. September 2001, daß Rumsfeld am Morgen des 11. September mit einigen Leuten über Raketenabwehr und Terroranschläge in der Vergangenheit sprach. Rumsfeld sagte zu den Anwesenden: "Lassen Sie mich Ihnen eines sagen.

... Es wird noch ein weiteres Ereignis geben." Dann schreibt die Zeitung: "Zwei Minuten später krachte ein Flugzeug ins World Trade Center und bewies, daß er richtig lag."

Rumsfelds erstaunliche hellseherische Fähigkeiten an diesem Tag sind damit nicht zu Ende. Der britische Telegraph schreibt am 16. Dezember 2001, daß Christopher Cox, der Vorsitzende des Verteidigungskomitees des Repräsentantenhauses, mit Rumsfeld im Ostflügel des Pentagon vor dem Fernseher saß und das Geschehen in New York betrachtete. Cox erinnerte sich daran, daß Rumsfeld zu ihm sagte: "Glauben Sie mir, es ist noch nicht vorbei. Es wird eine weitere Attacke geben, und es könnte uns treffen. "Momente später", schreibt der Telegraph, "schlug das Flugzeug (ins Pentagon) ein."

Schon tags zuvor bewies Rumsfeld ein erstaunliches Gefühl für Timing. Am 10. September erklärte er einem verdutzten Auditorium, daß 2,3 Billionen Dollar im Haushalt des Pentagon unauffindbar seien (CBS, 29.1.2002). Einen Tag später fragte niemand mehr nach dem Verbleib dieser unglaublichen Summe. Laut Pittsburgh Post Gazette vom 20. Dezember 2001 wurden 34 von 65 Angestellten des Resource Office der Armee im Pentagon an diesem Tag getötet. Die meisten der in diesem Büro Umgekommenen seien private Wirtschaftsprüfer, Buchhalter und Budget-Analysten gewesen.

Ebenso frappierend ist, daß sowohl der Krieg gegen Afghanistan als auch der gegen den Irak bereits vor dem 11. September 2001 geplant waren, obwohl diese Kriege ohne diesen Anschlag niemals hätten gerechtfertigt werden können. Die BBC meldete am 18. September 2001, daß die Pläne für eine militärische Aktion in Afghanistan laut dem früheren pakistanischen Außenminister Niaz Naik bereits im Juli 2001 für Oktober vorlagen.

Am 10. September 2001 sollten George Bush die Pläne präsentiert werden (CBS News, 5.8.2002). Bereits am 7. November 2000 meldete die BBC, daß im Rahmen der Aktion "Swift Sword" - der größten Übersee-Übung in der englischen Militärgeschichte - im September 2001 insgesamt 20.000 Soldaten in den Oman verlegt werden würden. Die "Swift Sword-Truppen" wurden später für den Kampf in Afghanistan eingesetzt (Telegraph, 1.10.2001)

Am 18. Januar 2004 erzählt der von Bush zum Rücktritt gedrängte Finanzminister Paul

O'Neill in der CBS-Sendung *60 Minutes*, daß die Invasion im Irak bereits Anfang 2001 geplant war, was ein Memo, das im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes ans Licht kam, bestätigt. In dem Schriftstück vom 31. Januar 2001 wird eine Sitzung für den 1. Februar 2001 anberaumt, die den politisch-militärischen Plan für die "Nach-Saddam-Irak-Krise" zum Inhalt hatte.

Während es für die Täterschaft von Osama bin Laden so wenige Beweise gibt, daß selbst das FBI ihn dafür nicht auf die Fahndungsliste setzte, schmelzen alle vermeintlichen Beweise für die offizielle Geschichte nach und nach dahin wie Eis in der Sahara nach 1.000 Jahren globaler Erwärmung. Der einzige indirekte Zeuge dafür, daß auf den Flügen überhaupt Entführer mit Teppichmessern waren, ist mit Ted Olson ausgerechnet der Anwalt, der George W. Bush im Fall gegen Al Gore um die falsch ausgezählten Stimmen im 2000er Präsidentschaftswahlkampf vertreten hat und der von Juni 2001 bis Juli 2004 Generalstaatsanwalt unter Bush war. Ein Drehbuchautor, der den Anwalt von Bush als Zeugen präsentiert hätte, wäre damit noch nicht mal an der Sekretärin eines Produzenten vorbeigekommen.

Ted Olson will mit seiner Frau Barbara in einem der entführten Flugzeuge telefoniert haben. Unglücklicherweise für den Herrn Staatsanwalt kam im Prozeß United States gegen Zacarias Moussaoui - einem angeblichen 9/11-Mittäter, dem nur nachgewiesen werden konnte, daß er die anderen Beschuldigten kannte - heraus, daß es nur einen Anruf von Barbara Olsen gab. Der war "unconnected" (nicht verbunden) und dauerte exakt 0 Sekunden. Wie sagte Inspektor Columbo immer so schön? "Das muß ich unbedingt meiner Frau erzählen!" Die war in der Serie exakt so oft zu sehen, wie der Welt definitive Beweise für die offizielle 9/11-Story präsentiert wurden: Nie.<<

Der deutsche Publizist Klaus Wippermann schrieb am 14. Mai 2005 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>"Nie wieder Deutschland"

Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken / Teil I
Wir Deutschen sind auf mancherlei Gebieten Weltmeister, auch wenn solche Vorrangstellung immer wieder verlorengehen kann. In zwei Bereichen aber sind wir Weltmeister, wo wir von anderen Staaten gar nicht eingeholt oder überholt werden möchten: auf dem Gebiet des Erinnerns und dem des Vergessens. ...

Identität ist ohne Erinnerung nicht möglich; eine einseitige Erinnerung aber führt zu einer gestörten Identität.

Die Arbeit an einer vollständigen, komplexen Erinnerung - eben die "Kunst der Erinnerns" -, wie sie uns die deutsche Zeitgeschichte auferlegt hat, ist nur mit einer nicht in Frage gestellten Identität möglich. Gelingt dies nicht, werden Ungeheuer geboren. Es darf nicht dazu kommen, daß eine unaufhörliche "Bewältigung der Vergangenheit" letztlich eine Überwältigung der Gegenwart und sodann eine Nichtmehrbewältigung der Zukunft zur Folge hat. ...

Der jüdische Talmud enthält einen Spruch, der auch bei uns sehr geschätzt wird: "Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung." In der Bundesrepublik gibt es seit über einem halben Jahrhundert ein ehrliches, außerordentlich intensives Gedenken an die Holocaust-Opfer; die Zahl der Erinnerungstafeln, der Mahnmale und Gedenkstätten ist kaum noch überschaubar. Allein die beiden von der Bundeszentrale für politische Bildung erstellten gewichtigen Dokumentationsbände beschreiben über 8.000 solcher Erinnerungsmale. Haben wir damit "Erlösung" erreicht?

Offenbar aber trifft dieser Spruch auch in seinem Gegenteil zu: "Das Geheimnis der Erlösung heißt Vergessen" - nämlich dann, wenn es um "deutsche" Opfer geht. Ganz offensichtlich gilt für sie nicht die Maxime, nach der sich bei uns sogar eine eigene Initiative benannt hat: "Gegen das Vergessen". Für deutsche Opfer lautet die politisch korrekte Forderung vielmehr: "Für das Vergessen!"

Gegenteilige Versuche des Erinnerns werden sogleich als "ewiggestrig" verurteilt. "Ewigge-

strig" soll also offenbar nur die Erinnerung an die "eigenen" Opfer sein, die Erinnerung an die "anderen" dagegen zukunftsweisend. Das ist eine sehr seltsame, ja gegensätzliche Zweiteilung des Opfergedenkens und für die politische Kultur unseres Landes äußerst problematisch.

Ist das in dieser Kürze zu hart, zu polemisch formuliert? Ich meine nicht, denn wenn es um die "eigenen" Opfer geht - von den Millionen gefallener und vermißter Soldaten, den Millionen Verwundeter, den Hunderttausenden Frauen, Kindern und alter Menschen, die absichtlich von den Alliierten durch den Bombenkrieg getötet wurden, bis hin zu den 15 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen, von denen zweieinhalb Millionen ihr Leben lassen mußten - wenn es um dieses riesige Millionenheer von Opfern geht, zudem um den Verlust von fast einem Drittel des deutschen Reichsgebietes sowie um die bis in die letzten Kriegstage hinein versuchte Auslöschung der alten deutschen Städtkultur - dann ist hierzulande Vergessen und Schweigen geboten. Aber wäre es doch "wenigstens" nur Schweigen!

Nein, diese Abermillionen von Toten und Vertriebenen werden bei uns - von uns! - verhöhnt, verspottet, diffamiert und die wenigen Erinnerungsmale geschändet, ohne daß sich öffentlicher Protest bemerkbar machen würde! Man stelle sich hingegen die politischen Reaktionen vor, bis hin zu sofortigen strafrechtlichen Maßnahmen, wenn eine andere Opfergruppe auch nur sehr entfernt so behandelt werden würde.

Für dieses zutiefst amoralische zweierlei Maß ist unter anderem die Parole verantwortlich: "Deutsche Täter sind keine Opfer!" Diese zuerst von linksextremen "Antifa-Gruppen" benutzte Unterstellung und Ausgrenzung scheint mir nichts weniger zu sein als Volksverhetzung, die neue Form eines "linken Rassismus" - wenn nämlich große Menschengruppen nicht aufgrund von ethnischen Eigenarten, sondern wenn sie als Angehörige des eigenen Volkes infolge traumatischer Katastrophen und Schicksalsschläge verachtet und ausgegrenzt werden. Mir ist kein anderes Land der Welt bekannt, in dem etwas Vergleichbares möglich wäre.

Wenn es um das Gedenken an unsere in zwei Weltkriegen gefallenen Soldaten geht, so hat Deutschland in den letzten Jahrzehnten auch hier einen weltweit einmaligen Sonderweg in einen moralischen Abgrund beschritten. In keinem anderen Kulturstaat wäre es auch nur denkbar, daß ein solches Gedenken verweigert, mißachtet, ja geschändet würde. Auch eine Diffamierungskampagne wie die sogenannte "Wehrmachtsausstellung" - hierzulande öffentlich gefördert und gepriesen - wäre in keinem anderen Staat, der sich noch einen Rest von Selbstachtung bewahrt hat, möglich gewesen.

Während für die Bundeswehrführung die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges und selbst die des Ersten Weltkrieges, das heißt die eigenen Väter und Großväter, offenbar keine Kameraden sind, setzen sich ihre früheren Gegner bei unseren Politikern - bis hin zum Bundespräsidenten - für "ihre Kameraden" ein! "Um für die Ehre des deutschen Soldaten einzutreten", die in Deutschland mißachtet werde, obwohl "sie ihr Leben für Deutschland gaben", wandte sich beispielsweise der Sprecher des Veteranenverbandes der 8. britischen Armee - die in Afrika harte Kämpfe gegen Rommel führen mußte - an deutsche Politiker:

"Wie ich, haben diese Männer nur noch wenig Zeit vor sich, aber es ist genug Zeit für Deutschland, ihnen ihren Stolz zurückzugeben. In der Zeit des Krieges haben sie ihre Pflicht vorangestellt; es ist jetzt Zeit für Deutschland, seinerseits seine Pflicht für sie zu tun."

Dieser Pflicht zur objektiven Würdigung kommt öffentlich bisher nur das Ausland nach. Eine internationale Studie des israelischen Generalstabs stellte zum Beispiel fest, daß sowohl im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg von allen beteiligten Armeen die deutschen Soldaten die tapfersten waren. Auch der israelische Militärhistoriker Martin van Creveld konstatierte, daß die Wehrmacht "besser als jede andere moderne Streitkraft die Verbindung von Initiative und Disziplin" verkörperte, sie ferner insgeheim das Vorbild der israelischen Armee sei, ohne daß diese ihre Qualitäten je erreicht habe.

Und der französische Staatspräsident Mitterand erklärte am 8. Mai 1995 anläßlich des 50. Jah-

restages des Kriegsendes: "Die deutschen Soldaten - sie waren tapfer. Sie nahmen den Verlust ihres Lebens hin, sie liebten ihr Vaterland. Ich verneige mich vor ihnen allen und ihnen gehört meine Hochachtung und Verehrung."

Wie demgegenüber von der Bundeswehrführung sowie vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt über die Wehrmacht - die "Nazi-Wehrmacht" oder "Hitler-Wehrmacht", wie man sie neuerdings diffamiert -, wie also über die seinerzeit mehr als 18 Millionen deutschen Soldaten und damit zugleich über ihre Familien und das heißt letztlich über das ganze Volk geteilt wird, das ist eigentlich nur noch mit Hilfe pathologischer Kategorien darzustellen.

Der eigene Traditionserlaß von 1982, der immer noch gilt, wird seit langem in sein Gegenteil verkehrt. Dort heißt es nämlich: "Tradition verbindet die Generationen, sichert die Identität und schlägt eine Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft. Tradition ist eine wesentliche Grundlage für menschliche Kultur."

Mit dieser Formulierung wäre es immerhin möglich gewesen, wenigstens für das auf Tradition so angewiesene Militär die "Kunst des Erinnerns" zu verwirklichen. Aber, wie gesagt, das absolute Gegenteil ist leider der Fall.

Beispiel für die Zerstörung von Tradition und Identität ist die Umbenennungen von Kasernen. Jüngste Maßnahme ist die Abschaffung des Traditions- und Ehrennamens "Mölders" für das Jagdgeschwader und eine Kaserne.<<

Der deutsche Publizist Klaus Wippermann schrieb am 28. Mai 2005 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>"Nie wieder Deutschland"

Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken / Teil II

In einer solchen Zeit ist auch die vielgerühmte Innere Führung nichts als Aktenstaub, wenn sie nicht gegen Anpassertum und Opportunismus vorgelebt wird. Ein Beispiel dafür ist der "unehrenhaft" entlassene Brigadegeneral Reinhard Günzel.

In seiner wegweisenden Rede vom Frühjahr 2004 in Berlin über "Das Ethos des Offiziers" hat er die heute mehr als je notwendigen Wertorientierungen benannt. Nachdem er die Kategorien Opportunismus und Feigheit als für das deutsche Militär offenbar neue, verbindliche "Qualitäten" aus eigener Erfahrung charakterisiert hatte, schloß er mit einem Ausblick auf dieselbe "Qualitäten" unserer veröffentlichten Meinung mit einem Zitat des Dichters Gottfried Benn: "Das Abendland geht nicht zugrunde an den totalitären Systemen, auch nicht an seiner geistigen Armut, sondern an dem hündischen Kriechen seiner Intelligenz vor den politischen Zweckmäßigkeiten." ...

Ein gewisser Schwerpunkt soll im folgenden sein, wie es zu diesem deutschen Sonderweg des Verlustes von nationaler wie staatlicher Selbstachtung gekommen ist, - wer diese Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten beeinflußte und wer sie heute fördert - und nicht zuletzt: welche Interessen und Ziele dahinter stehen. ...<<

Am 15. März 2011 begann der Bürgerkrieg in Syrien.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete (später) im Jahre 2013 im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Syrischen Bürgerkrieg ab 2011 (x348/63-65): >>Syrien: Wie alles anfang

Ein Konflikt in der Beduinenstadt Daraa im Frühjahr 2011 war der Zündfunke, der Syrien in Brand setzte. Obwohl Präsident Assad alle Forderungen der Bewohner erfüllte, begannen ausländische Kämpfer mit dem Schießen.

_ von Dorothea Schäfer

Geplant war es schon lange. Angefangen aber hat es in Daraa, einer Stadt mit knapp 100.000 Einwohnern an der Grenze zu Jordanien. Obwohl Daraa eine Beduinenhochburg ist wie Homs und Hama, hat man es anfangs im Westen so dargestellt, als sei es der Beginn einer Studentenrevolte. Das war falsch, denn den Studenten ging es in Daraa wie überall in Syrien durch die Bank gut. Es war ganz anders: Da war eine Gruppe Jugendlicher, fast noch Kinder, die

Anfang Februar 2011 verantwortlich zeichneten für eine Aktion, bei der es zu Personen- und Sachschaden kam. Die Fast-noch-Kinder landeten im örtlichen Gefängnis, wo man ihnen un- gut mitspielte.

Es waren Tage vergangen, bis die Väter und Onkel und Scheichs einen Termin beim Bürger- meister erreicht hatten. Sie wurden vorstellig und baten: "Gebt uns unsere Söhne und Neffen zurück. Es sind Tage vergangen, sie hatten Strafe genug - und es sind Kinder, einige unter ihnen sind gerade erst sechzehn Jahre." Der Disput ging hin und her.

In dieser Gegend tragen die Beduinen traditionelle Bekleidung: den langen Kaftan und als Kopfbedeckung Kufiya, ein weißes oder farbiges Baumwolltuch, gehalten von einer meist schwarzen Baumwollkordel, dem Aqal. Außer im ganz privaten Umfeld gehört es sich nicht, sich ohne Kopfbedeckung zu zeigen; es wäre nicht ehrenvoll. Die Kopfbedeckung ist ein Symbol für die Ehre, insbesondere die Aqal.

"Gib uns unsere Kinder zurück - sie sind das Kostbarste, das wir haben. Wir ergeben uns Dir - sag, was Du willst. Und als Pfand unserer Unterwerfung geben wir unsere Ehre!", sagten die Väter und Onkel und nahmen - Welch ein Schritt! - zum Zeichen, wie ernst es ihnen war, vor dem Bürgermeister ihre Kufiyas und Aqals ab und legten sie auf seinen Schreibtisch. Welch Geste!

Assad stoppt die Bürokraten

Und der Bürgermeister? Der machte eine wegwerfende Geste mit dem Arm und fegte seinen Schreibtisch leer: "Weg mit diesem dreckigen Zeug..." und mit einer Handbewegung ließ er den in Kufiyas und Aqals manifestierten Stolz der Beduinen im nächstbesten Papierkorb ent- sorgen. Nun... daraufhin ging es recht heftig zu. Nicht nur auf dem Bürgermeisteramt - das ganze Städtchen Daraa probte den Aufstand.

Die Kunde drang ziemlich schnell zum Präsidenten, der umgehend reagierte: Die Kinder ka- men, wenn auch etwas lädiert (und wie gemunkelt wird, soll wohl auch eines gefehlt haben) umgehend aus dem Gefängnis frei. Der Bürgermeister, wie auch der ebenfalls in die Affäre verwickelte Gouverneur, wurden ihres Amtes enthoben und zur Verantwortung gezogen. Und - geübt im Umgang mit all den Ethnien in seinem Land - schickte der Präsident seine Ent- schuldigung an die Väter, Onkel und Scheichs, einhergehend mit einer Einladung zum Ge- spräch im Präsidentenpalast. Ganz im Sinne der Beduinentraditionen hieß es in der präsidentialen Nachricht: "Nur ihr und ich - keiner dazwischen!"

Kaum war die Nachricht überbracht, trafen Reisebusse aus Damaskus ein, und nicht nur die Väter, Onkel und Scheichs nahmen Platz, auch die Schulleitung, die Lehrer und der Vorstand des Jugendfreizeitheims. Der Präsident entschuldigte sich: Es hätte niemals vorkommen dür- fen. Und er hörte dem zu, was ihm die Beduinen berichteten, und man diskutierte, was für die jungen Leute getan und was verbessert werden konnte. Es wurde auch erörtert, wie es über- haupt zu den Vorfällen kommen konnte - Graffiti und mutwillige Zerstörung an Gemein- schaftseigentum werden in der Region bei der jungen Generation nicht nur kaum praktiziert, sondern sind eher ziemlich unbekannt.

Zwei- bis dreimal am Tag wurde von verummten Trupps von den Dächern auf alles, was sich bewegt, gefeuert - Männer, Frauen, Kinder, Katzen, Hunde, Vieh - egal.

Die Spur führte zu einer Lehrerin, die den Jugendlichen ausführlich geschildert hatte, wie es im Westen zugeht und sie zu ihrem Tun ermutigt hatte. Von ihr hatten sie erfahren, daß dies "Revolution" sei. Ein im gegebenen Kontext eher skurril anmutendes Detail, dem man zu je- nem Zeitpunkt nicht übermäßig Aufmerksamkeit schenkte - das kam erst später, als ein ande- rer Zusammenhang da war.

Irgendwann dann ging es im Gespräch um Wiedergutmachung. "Was wollt ihr?", fragte As- sad. Das Entrichten von Blutgeld oder ähnlichen Wiedergutmachungen ist in Beduinenkreisen auch heute nichts Ungewöhnliches, sondern eine nützliche und heutzutage zunehmend prakti-

zierte Technik, die Blutrache und ähnliche Dinge vermeiden hilft.

Da war Verschiedenes, das sie sich zum Teil lange schon für ihr Städtchen, für ihre Gemeinschaft, für die Familie gewünscht hatten. Der Präsident sagte: Ja. Und: Ja. Und dann kam ein merkwürdiger Wunsch, der zentrale Wunsch: Man habe aufgrund der Vorfälle derzeit das Vertrauen in die Obrigkeit verloren, man brauche Zeit und Abstand, um dieses wiedergewinnen zu können.

Aus diesem Grund wolle man für einen näher zu bestimmenden Zeitrahmen keine Staatspräsenz, insbesondere keine Polizei mehr in Daraa. Der Präsident war verblüfft: Keine Polizei? Was sei denn bei kleinkriminellen Vorfällen wie Diebstahl, Einbruch, Betrug? - "Wir schützen uns selbst", lautete die Antwort. Und die Regelung des zeitweise nicht unerheblichen Verkehrsaufkommens an zentralen Brennpunkten der City? - "Wir regeln das selbst". Assad zögerte: Für wie lange solle die Regelung denn gelten? Ein paar Wochen nur ... Nun gut. Er gewährte auch dies.

Die Väter, Onkel und Scheichs, auch die Schulleitung, die Lehrer und der Vorstand des Jugendfreizeitheims nahmen ihre Plätze in den Bussen wieder ein und fuhren heim. Dort gab es viel zu berichten von der Reise nach Damaskus, und zunächst ließ sich alles erstaunlich gut an: Man organisierte sich selbst und es funktionierte, sogar der Straßenverkehr soll, nachdem die Beduinen die Regelung übernommen hatten, reibungsloser funktioniert haben.

Ankunft der Terroristen

Es waren keine zwei Wochen ins Land gegangen, da tauchten Fremde auf in Daraa. Erst einige, dann viele, und immer mehr. Zunächst aus Jordanien und dem Libanon, dann aus Saudi-Arabien und Ägypten. Erst einfach nur Fremde, die sich unter die Bevölkerung mischten: "Ihr seid doch wohl nicht zufrieden, nach all dem, was hier passiert ist! Ihr habt euch mit wenig abspeisen lassen! Schön blöd - reingefallen! Habt euch von der Regierung einwickeln lassen, typisch Beduinen - einfache Gemüter. Wann werdet ihr lernen, euch zu wehren? Laßt euch das doch nicht gefallen. Ihr wart doch mal Krieger - die Herren der Wüste! Und jetzt? Jetzt kuscht ihr!"

Daraa ist ein Grenzstädtchen ganz im Süden. Israel ist nicht weit, es sind nur 50 Kilometer Luftlinie nach Tiberias und 75 nach Nazareth. Nach dem sogar nur 25 Kilometer entfernten Idlib auf der jordanischen Seite ist es lediglich ein Katzensprung, ein schmaler Streifen Wüste, durch den die Grenzlinie verläuft. Wer will sie kontrollieren?

Bald kamen Hunderte und Aberhunderte, darunter ein Trupp jordanischer Krimineller und Outlaws. Die syrische Regierung beschwerte sich, Jordanien entschuldigte sich, aber die Leute blieben. Man hatte ihnen Sold gegeben und sie mit Waffen ausgestattet. Auch einige Militärs aus Nachbarländern. Zwei Generäle recht unterschiedlicher Herkunft und ohne Visum wurden festgenommen. Aus Ägypten kamen Spezialistentrupps, ebenfalls besoldet. Dieselben, die bereits erfolgreich die ersten Anstöße des "Frühlings" in Ägypten losgetreten hatten, ehe im zweiten Schritt dann die Studenten und die Jugend mobilisiert wurden.

Und dann, kurz vor Ostern 2011, ging es los: sinnlose Gewalt, Übergriffe, Schüsse, Bomben. Zwei- bis dreimal am Tag wurde von verummten Trupps von den Dächern auf alles, was sich bewegt, gefeuert - Männer, Frauen, Kinder, Katzen, Hunde, Vieh - egal. Dann kamen die Panzer. Jürgen Todenhöfer beschreibt in einem seiner Augenzeugenberichte, wie er selbst bei seinen Recherchen in einen solchen Kugelhagel aus dem Hinterhalt geriet. Er schildert auch, wie ihn die Menschen auf der Straße anhielten und ihm Vorwürfe machten, weil auf Druck des Westens die Panzer abgezogen wurden und seither mehrmals täglich wieder das Kreuzfeuer hemmungslos von den Dächern prasselt.

Scheichs und Agitatoren

Schon bald breiteten sich die Unruhen in die umliegenden Beduinengebiete aus. Selbst in den Tiefen der Wüste schwanden die Chancen auf Frieden und Glück. Dörfer, die bisher gut zu-

sammengelebt hatten, gerieten in Feindschaft. Ein Beispiel: In einem sunnitischen Dorf gab es Gerede über Waffen in großen Mengen, die in ein alawitisches Dorf in der Nachbarschaft geliefert worden seien. Die betagten Scheichs aus beiden Ortschaften, die ein Leben lang freundschaftliche Beziehungen zwischen ihren Stämmen gepflegt hatten, trafen sich. "Was soll das? Wir hören schlechte Nachricht, daß ihr euch bewaffnet!", sagt der eine. "Ja", sagt der andere, "denn wir wissen, daß es bei euch ebenso ist."

Und auch durch diese entlegenen Gegenden zogen die Trupps der Agitatoren. "Geht nach Homs, geht kämpfen, laßt eure Brüder nicht alleine, gemeinsam werdet ihr siegen!" Immer wieder ziehen sie durch die Dörfer, und immer wieder finden sich junge Leute, die zum einen gern ein bißchen Geld für die Familie annehmen und zudem glauben wollen, was man ihnen erzählt: daß es ehrenvoll sei, für eine gute Sache zu kämpfen, daß es gut sei, den alten Kampfgeist ihrer Vorfahren aufleben zu lassen, daß sie gute Chancen hätten, ins Fernsehen zu kommen - nicht nur in Al Jazeera, sondern sogar ins europäische Fernsehen -, daß sie zum Ruhm ihres Stammes an der neuen Regierung beteiligt sein würden und vor allem, daß die arabischen Landsleute endlich, endlich die Leistung der Beduinen anerkennen würden. ...

Was nützt es schon, dagegen zu halten und zu erklären, daß im Westen zwar täglich über Syrien berichtet wird, doch keiner ahnt, was es mit den Beduinen auf sich hat, mit den Agitatoren, mit der im Westen verherrlichten Splittergruppe der Exil-Opposition, die nicht mal einen Plan hat, wie es nach dem Sturz weiter gehen soll. Braucht sie auch nicht - da hilft der Westen dann sicher gerne aus.

Ebenso nutzlos ist es, hierzulande zu hinterfragen, warum die Medien in China und der Sowjetunion so unterschiedlich zu unseren berichten, daß man kaum glauben mag, daß vom selben Land die Rede ist. Wir sind felsenfest davon überzeugt, daß wir die Guten sind und am besten wissen, was gut für jedermann ist. Wir, der Westen, helfen gerne - sei es zum eigenen Vorteil, sei es aus uninformatem Gutmenschentum. Man nenne nur ein einziges Land in der Region, wo die Folgeschäden dieser "Hilfe" reparabel wären.

_ Dorothea Schäfer bereist das syrische Kernland, so auch Homs, Hama, Daraa und die Umgebung seit vielen Jahren. Berichte ihrer dortigen Freunde haben den obigen Artikel möglich gemacht. - Erstveröffentlichung in COMPACT 9/2012.<<

Am 19. März 2011 begann der Libyenkrieg (Kriegsende: 23. Oktober 2011). Während des Krieges in Libyen führte die NATO etwa 10.000 Angriffsflüge durch, die etwa 70.000 Bombenopfer forderten.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Jahre 2013) im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Libyen-Krieg von März bis Oktober 2011 (x348/60-62): >>**Sex, Lügen und Videos**

_von Raphael-Maria Grünwald/Andrea Ricci

Libyen: Im Krieg gegen den "irren Gaddafi-Clan" griff die westliche Propaganda auf bewährte Muster zurück. Ein kleiner Streifzug durch die Bomben-Argumente.

Der Lybien-Krieg war genau drei Tage alt, da meldete sich am 22. März 2011 Joseph ("Joscha") Fischer in der Süddeutschen Zeitung zu Wort. "Westerwelle", so Fischer, habe "den Schwanz eingezogen", als es im UN-Sicherheitsrat zur Abstimmung kam und Deutschland sich der Stimme enthielt. Angeblich seien in Libyen "unmittelbare deutsche und europäische Sicherheitsinteressen" berührt...

Wie sich die Debatte im Nachgang zu Deutschlands Stimmenthaltung in der UNO entwickelte, steht exemplarisch für die das Strickmuster der Kriegslegitimation, das sich im Westen nach dem Zusammenbruch des Ostblocks durchgesetzt hat. An zentraler Stelle steht das "Appeasement- beziehungsweise München-Argument", also der Verweis auf das britische Gewährenlassen der reichsdeutschen Annexion des Sudetenlandes im Münchner Abkommen 1938.

Natürlich funktioniert das Argument dann besonders gut, wenn der jeweilige Schurke gleich

zum "Wiedergänger Hitlers" aufgeblasen wird, wie es Hans Magnus Enzensberger 1991 bei Saddam Hussein gemacht hat. Später wurde der Braune Peter an Slobodan Milosevic, Osama bin Laden und Mahmud Ahmadinedschad weitergeschoben.

Ähnlich beliebt sind Zuschreibungen aus der klinischen Psychiatrie. Nach dem "Irren von Bagdad", dem "Irren von Belgrad" und dem "Irren von Pjöngjang" tat sich die Bild-Zeitung mit Schlagzeilen wie "Das ist der irre Gaddafi-Clan" (23.2.2011) oder "Bereitet der irre Despot seine Flucht vor?" (23.3.2011) hervor.

Auch die evangelische Theologin Margot Käßmann bekannte: "Wir müssen die Libyer vor einem irrsinnig gewordenen Diktator schützen." (Zeit, 20.3.2011) Selbst Noch-Bundespräsident Christian Wulff brillierte mit ferndiagnostischen Fähigkeiten: "Gaddafi ist ein Psychopath". (Welt, 25.2.2011)

Arabischer Frühling

Der erste NATO-Krieg gegen ein muslimisches Land seit Afghanistan war leicht zu verkaufen, weil der Beschlußfassung in der UNO eine Resolution der Arabischen Liga vorausgegangen war, die ebenfalls die Durchsetzung einer Flugverbotszone gefordert hatte.

Für den flüchtigen Medienkonsumenten mochte es so aussehen, als ob der sogenannte arabische Frühling, der in anderen Ländern der Region wie Tunesien und Ägypten zum Rücktritt altgedienter Despoten geführt hatte, nun auf Libyen übergegriffen habe. Die NATO erschien nicht als Aggressor, sondern als Helfer einer Demokratiebewegung. ...

Doch im Unterschied zu den bis dahin gewaltfreien Rebellionen in Kairo und Tunis waren die libyschen Rebellen von Anfang an aggressiv vorgegangen. Bereits im Februar 2011 wurden vielerorts nicht nur Polizeistationen, sondern alle Arten öffentlicher Gebäude niedergebrannt. Besonders empörend: In der Großstadt Al-Baida wurden am "Tag des Zorns" fünfzig als "Söldner" bezeichnete Schwarzafrikaner exekutiert - eine Form rassistischer Gewalt, an der sich die Menschenrechtsfreunde im Westen aber nicht störten. Ende März 2011 meldete die New York Times, daß die CIA die Rebellen bereits "seit Wochen mit verdeckten Aktionen" unterstützte.

Die Rebellen verübten in zahlreichen Fällen Lynchjustiz an Schwarzafrikanern, in ihren Augen "Söldner Gaddafis".

Und: Der Beschluß der Arabischen Liga (AL), mit dem die USA, Frankreich und Großbritannien Druck auf den UN-Sicherheitsrat ausübten, war herbeigetrickst: Wie die Asia Times berichtete, waren von den 22 AL-Vollmitgliedern nur 11 bei der Abstimmung anwesend. Sechs von ihnen waren Mitglieder des Golf-Kooperationsrates (GCC), dem von den USA unterstützten Club von Königreichen oder Scheichtümern: Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait, Qatar, Oman und Vereinigte Arabische Emirate (VAE).

Es war der GCC, der zuerst für eine Flugverbotszone stimmte und mit diesem Votum zur Sitzung der Arabischen Liga marschierte. Saudi-Arabien hatte nur drei weitere Mitglieder zu "verführen", um neun Stimmen zu bekommen. Syrien und Algerien stimmten dagegen. Im Klartext: Von 22 Mitgliedern der Arabischen Liga stimmten nur neun für die Flugverbotszone. Qatar profitiert unmittelbar: Seine zwei Mirages machen bei der Bombardierung Libyens mit, während sich sein Hafen Doha auf die Vermarktung Ost-libyschen Öls vorbereitete.

Lügen um Bengasi

Um die westliche Öffentlichkeit auf Krieg einzustimmen, wurde im Februar/März 2011 besonders Bengasi zum Opfersymbol aufgebaut. Die ostlibysche Stadt war am 20. Februar von den Rebellen erobert worden und wurde in der Folge von Regierungstruppen belagert.

Daniel Cohn-Bendit, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Europaparlament, trommelte: Wenn man "nicht etwas macht, dann wird Gaddafi zum Beispiel zum Einnehmen der Stadt Bengasi bereit sein, zum Beispiel Giftgas anzuwenden".

US-Außenministerin Hillary Clinton sprach später von "einem zweiten Srebrenica an einem

Ort namens Bengasi". In einer Ansprache am 1. April 2011 stellte US-Präsident Barack Obama den Krieg als Rettung in letzter Minute dar: "Wir sind eingeschritten, um ein Massaker zu verhindern."

Dabei hatte selbst US-Verteidigungsminister Robert Gates der Greuelpropaganda zunächst widersprochen: "Gates sagte, daß das Pentagon keine Bestätigung dafür habe, daß Revolutionsführer Gaddafi seine Bevölkerung tatsächlich aus der Luft habe beschießen lassen. Er habe das bisher nur Presseberichten entnommen." (FAZ, 3.3.2011) Auch der Bundesregierung lagen "keine detaillierten Informationen über Angriffe der libyschen Luftwaffe auf Zivilisten vor", so ihre Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken-Politikerin Sevim Dagdelen vom April 2011.

Am 7. März 2011 sendete der russische Fernsehsender Russia Today (RT) eine Reportage aus der angeblich todgeweihten Rebellenhochburg. Die Bilder aus Bengasi zeigten eine Urlaubersstadt am Meer, in der Kinder am Strand spielten und die Geschäfte voller Kunden waren. Das Leben auf den Straßen und Plätzen war gelöst, Angst vor Luftangriffen herrschte augenscheinlich nicht.

Allerdings konnten die RT-Reporter beobachten, wie ein Team des qatarischen Senders Al Djazeera auf einer etwas erhöhten Terrasse seine Kamera aufbaute und die Menschen auf dem Platz auffordert, nach vorn zu kommen um Anti-Gaddafi-Parolen zu rufen. Ein Al Djazeera-Mitarbeiter führte wie ein Dirigent Regie, während seine Kameramänner die "Wut" auf den Diktator filmten, die kurz darauf in die Wohnzimmer Europas und Amerikas flimmerten.

Wie dreist die Unkenntnis der westlichen Medienkonsumenten über Libyen von den Medien ausgenutzt wurde, zeigt ein weiteres Beispiel aus Bengasi. Die amerikanische UN-Botschafterin Susan Rice behauptete Ende April 2011, an libysche Regierungstruppen werde Viagra verteilt. Prompt titelte der Kölner "Express": "Gaddafi-Soldaten mit Viagra vollgepumpt". Das Schweizer Boulevard-Blatt Blick setzte noch einen drauf: "Gaddafis Schergen vergewaltigen Frauen und Kinder." Einzige Quelle der ganzen Viagra-Geschichte: ein angeblicher Arzt namens Chalifa al Scharkassi. Wer dieser Scharkassi und wie glaubwürdig er ist, wollte niemand wissen.

Wie fadenscheinig die Behauptung ist, zeigt sich selbst beim flüchtigen Lesen des Blick-Artikels: "In Bengasi, so der Arzt, seien mehr als 100 Frauen von den Soldaten des Regimes vergewaltigt worden - während ihre Männer an der Front kämpften." Gaddafi-Soldaten sollen Massenvergewaltigungen ausgerechnet in Bengasi vorgenommen haben - also der Stadt, die seit Beginn des Bürgerkrieges die wichtigste Hochburg der Rebellen und mittlerweile Sitz ihrer Gegenregierung war?

Einseitigkeiten

Ende Mai 2011 kam dann eine neue Beschuldigung von Massenvergewaltigungen, die angeblich libysche Soldaten begangen hätten. Die in Großbritannien ausgebildete Psychologin Seham Sergewa behauptete bei CNN, sie habe 70.000 Fragebögen an Libyer verschickt, davon seien rund 60.000 zurückgeschickt worden und mehr als 200 davon hätten ein Kreuz bei der Frage gemacht, ob sie von Regierungstruppen vergewaltigt oder sexuell mißbraucht worden seien. Luis Moreno Ocampo, Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes ICC in Den Haag, behauptete daraufhin, er habe nun eindeutige Hinweise darauf, daß Gaddafi Massenvergewaltigungen angeordnet habe.

Keine einzige dieser Anschuldigungen konnte durch Fakten gestützt werden - sogar bei Amnesty International reagierte man verwundert. Auch von einem "Genozid" könne nicht die Rede sein, so Amnesty International. Eine offizielle Delegation des UN-Menschenrechtsrats unter Leitung von Cherif Bassiouni - einem der Gründerväter des ICC - ging den Vorwürfen von Massenvergewaltigungen nach. Ohne Erfolg. Er und seine Ermittler konnten keine Beweise für die Anschuldigungen finden. (Frankfurter Rundschau, 11.6.2011)

Typisch auch das Desinteresse der Leitmedien an Berichten über Greuelthaten der Rebellen. Immerhin ein Augenzeugenbericht schaffte es am 15. April 2011 in Die Welt. "Vor unseren Augen wurden so viele Menschen erstochen und geköpft." Zum Beweis zeigte der Zeuge ein Video, das er mit seinem Handy aufgenommen hatte. "Darin wird einem am Boden liegenden Mann mit einem langen Messer der Kopf abgeschnitten, was normalerweise nur radikale Islamisten mit ihren Feinden tun. Grausame Bilder, die man kaum ansehen kann."

Aber Die Welt läßt die Leser an ihren Zweifeln teilhaben, "ob das Video tatsächlich aus Misrata stammt, der eine Rebell und der andere ein Soldat der libyschen Armee ist". Diese - journalistisch selbstverständliche - Quellenkritik konnte man allerdings höchst selten bemerken, wenn Videos der Gegenseite über die "Verbrechen Gaddafis" verbreitet wurden.

"Kollateralschäden"

Den NATO-Bomben fielen nicht nur viele Zivilisten, sondern in einigen Fällen "versehentlich" sogar Aufständische zum Opfer. Solche "Kollateralschäden" wurden fallweise Gaddafi in die Schuhe geschoben. So meldete die Tagesschau am 27. März 2011: "Die USA werfen dem libyschen Machthaber Muammar Gaddafi die Inszenierung ziviler Opfer vor. Es gebe zahlreiche Geheimdienstberichte, nach denen Gaddafis Truppen von ihnen getötete Menschen an Angriffszielen der westlichen Allianz plaziert hätten, sagte Verteidigungsminister Robert Gates in einem Interview mit dem TV-Sender CBS News."

Anders sah es offensichtlich der Vatikan, der Ende März schwere Vorwürfe gegen die Alliierten erhob, nachdem bei Luftangriffen auf Tripolis mindestens 40 Zivilisten getötet worden waren.

Daß mit einem "Menschenfeind" wie Gaddafi kein Waffenstillstand geschlossen werden sollte, zeigte die rigorose Ablehnung von Vorschlägen, die er oder auch die Afrikanische Union gemacht hatten.

So hatte sich Gaddafi Ende April 2011 an die NATO gewandt und Verhandlungen angeboten. Die Libyer bräuchten, so Gaddafi, die Chance, ihre Konflikte selber zu lösen. Falls der Westen das libysche Öl wolle, könne man mit ihren Ölfirmen Verträge abschließen, betonte er. Die NATO und die Rebellen schmetterte diese Initiative mit dem Hinweis ab, daß man erst über Verhandlungen nachdenken werde, wenn die Regierungstruppen wieder in den Kasernen seien. Auf dem letzten Treffen der Libyen-Kontaktgruppe Anfang Mai forderten die USA schließlich, Verhandlungen mit Gesandten Gaddafis generell abzulehnen.

In der Nacht zum 1. Mai 2011 unterstrich die Allianz mit ihrem Luftangriff auf den von Gaddafi bewohnten Bab-al-Azizyah-Komplex in Tripolis - es war bereits der dritte dieser Art -, was sie von seinen Angeboten wirklich hielt. Bei diesem Angriff wurden einer seiner Söhne und weitere Familienmitglieder getötet. Spätestens hiermit haben Washington, London und Paris deutlich gemacht, daß ihr Ziel nicht der von der UN-Resolution 1973 geforderte "Schutz der Zivilbevölkerung", sondern der "Regime-Wechsel" war.

Als Gaddafi selbst am 20. Oktober 2012 gefangen genommen wurde, folterten und exekutierten ihn die Rebellen - so der Abschlußbericht von Human Rights Watch zum ersten Jahrestag des Verbrechens. Peter Scholl-Latour behauptet sogar, gestützt auf französische Militärkreise: "Gaddafi ist mit einer Eisenstange gepfählt worden." (Welt, 14.12.2011) Keiner der Schuldigen wurde vor das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag gestellt.<<

[Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete später \(am 20. Oktober 2018\) über Gaddafis politisches Testament \(x1.000/...\): >>>7. Todestag am 20.10.2018: Politisches](#)

Testament Muammar al-Gaddafis

War Libyens Führer Gaddafi wirklich ein "irrer Diktator"? Sein politisches Testament gibt Einblick in sein Leben, welches am 20. Oktober 2011 gewaltsam beendet wurde ...

Sehen Sie anläßlich des 7. Todestages der Ermordung von Muammar al-Gaddafi, dem ehemaligen Staatsoberhaupt Libyens, noch einmal "Das politische Testament Muammar al Gadda-

fis" vom 5. April 2011. Es erschien als Gedicht in einer libyschen Zeitung und im Mai 2011 als offener Brief in der russischen Zeitung Zavtra. Hinweise auf weitere Sendungen zum Thema finden Sie im Abspann. Muammar al-Gaddafi in einem offenen Brief, den die russische Tageszeitung Zavtra im Mai 2011 publizierte:

"Hört zu, Völker der NATO! Ihr bombardiert eine Mauer, die den Weg der afrikanischen Migration nach Europa und den Weg der Terroristen von al-Qaida versperrt hat. Diese Mauer war Libyen. Ihr Idioten reißt sie nieder, und ihr werdet in der Hölle schmoren für Tausende Migranten aus Afrika und weil ihr al-Qaida unterstützt habt. So wird es sein, und ich lüge nie. Und ich lüge auch jetzt nicht."

Das politische Testament Muammar al-Gaddafis Erschienen als Gedicht in einer libyschen Zeitung, am 8. April 2011 von Professor Sam Hamod, Ph. D. auf Englisch übersetzt Erinnerungen an mein Leben:

Oberst Muammar Gaddafi, der Führer der Revolution - 5. April 2011. Im Namen Allahs, des Wohltätigen, des Barmherzigen ... Während 40 Jahren, oder waren es mehr, ich erinnere mich nicht, tat ich alles, um den Leuten Behausungen, Spitäler, Schulen und, wenn sie hungrig waren, Nahrung zu geben.

In Bengasi machte ich sogar Agrarland aus der Wüste, ich setzte mich gegen die Angriffe von diesem Cowboy Reagan durch, als er meine adoptierte verwaiste Tochter tötete. Er hatte versucht, mich zu töten. Statt dessen tötete er dieses arme unschuldige Kind. Dann half ich meinen Brüdern und Schwestern in Afrika mit Geld für die Afrikanische Union. Ich tat alles, was ich konnte, um den Leuten zu helfen, das Konzept wahrer Demokratie zu verstehen, in der Volksausschüsse unser Land führen. Aber, wie mir gesagt wurde, war dies alles nicht genug. Sogar Menschen, die Häuser mit zehn Zimmern hatten, neue Anzüge und neue Möbel, waren niemals zufrieden.

Selbststüchtig wie sie waren, wollten sie mehr. Amerikanern und anderen Besuchern erzählten sie, daß sie "Demokratie" und "Freiheit" bräuchten, ohne zu erkennen, daß es sich dabei um ein Halsabschneider-System handelt, in dem der größte Hund den Rest auffrißt. Doch sie waren von diesen Worten verzaubert, ohne zu erkennen, daß es in Amerika keine kostenlose Medizin gab, keine kostenlosen Spitäler, keine kostenlosen Häuser, keine kostenlose Ausbildung und keine kostenlose Nahrung, von Leuten die bettelten abgesehen oder den langen Schlangen für einen Teller Suppe.

Nein, was immer ich auch tat, für einige war es nie genug. Doch andere, die wußten, daß ich der Sohn von Gamal Abdel Nasser war, der einzige wahre arabische und muslimische Führer, den wir seit Saladin hatten. Als er den Suez-Kanal für sein Volk beanspruchte, so wie ich Libyen für mein Volk beanspruchte, waren es seine Fußspuren, denen ich zu folgen versuchte, um mein Volk vor Kolonialherrschaft zu schützen - vor Dieben, die von uns stehlen würden. Nun stehe ich unter dem Angriff der größten Macht in der Militärgeschichte.

Mein kleiner afrikanischer Sohn Obama möchte mich töten, um unserem Land die Freiheit zu nehmen, um uns unsere kostenlosen Behausungen zu nehmen, unsere kostenlose Medizin, kostenlose Ausbildung, kostenlose Nahrung, um es durch Diebstahl im amerikanischen Stil zu ersetzen, der "Kapitalismus" genannt wird. Doch alle von uns in der Dritten Welt wissen, was das bedeutet. Es bedeutet, daß Konzerne das Land führen, die Welt führen, und daß die Menschen leiden. Somit gibt es keine Alternative für mich. Ich muß meinen Platz einnehmen.

Und wenn Allah es wünscht, werde ich sterben, indem ich seinem Pfad folge, jenem Pfad, der unser Land reich an Agrarland sowie mit Nahrung und Gesundheit gemacht hat, und uns sogar erlaubt, unseren afrikanischen und arabischen Brüdern zu helfen, indem sie hier mit uns arbeiteten, in der libyschen Volksrepublik. Es ist nicht mein Wunsch, zu sterben.

Doch wenn es so weit kommen sollte, um dieses Land zu retten, mein Volk, all die Tausende, die meine Kinder sind, dann möge es geschehen. Soll dieses mein Testament, meine Stimme

an die Welt sein, daß ich mich gegen die Kreuzzugsattacken der NATO erhoben habe, erhoben gegen Brutalität, erhoben gegen Verrat, erhoben gegen den Westen mit seinen kolonialistischen Ambitionen; und daß ich auf der Seite meiner afrikanischen Brüder stand, auf der Seite meiner arabischen und muslimischen Brüder wie eine Lichtsäule. Während andere sich Schlösser errichteten, lebte ich in einem bescheidenen Haus und in einem Zelt. Niemals habe ich meine Jugend in Sirte vergessen.

Ich habe unser Volksvermögen nicht töricht verschwendet. Und so wie Saladin, unser Muslim-Führer, der Jerusalem für den Islam errettete, nahm ich wenig für mich selbst ... Im Westen haben mich einige als "geisteskrank" oder "verrückt" bezeichnet, doch sie wissen die Wahrheit und lügen trotzdem weiter. Sie wissen, unser Land ist unabhängig und frei, nicht in der Zange der Kolonialisten, daß meine Vision, mein Pfad, verständlich ist und war und im Sinne meines Volkes. Und daß ich bis zu meinem letzten Atemzug kämpfen werde, um uns frei zu erhalten.

Möge Allah der Allmächtige uns helfen, gläubig und frei zu bleiben.

Oberst Muammar Gaddafi, 5. April 2011<<

Die Zeitschrift "Stern" berichtete am 30. Juni 2011: >>... Ende der Wehrpflicht

"Wir dienen Deutschland" ab jetzt freiwillig

Die Wehrpflicht ist 55 Jahre alt geworden. Mehr sollen es nicht werden. Wehr- und Zivildienst werden ersetzt. Von Freitag an sollen es Freiwillige richten.

Nach 55 Jahren ist die Wehrpflicht in Deutschland Geschichte. Von Freitag an werden Wehr- und Zivildienst durch neue Freiwilligendienste ersetzt, die Männern und Frauen offen stehen. Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) will künftig mit dem Slogan "Wir. Dienen. Deutschland" die Nachwuchswerbung verstärken. Der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus (FDP) will die Bundeswehr durch verschiedene Maßnahmen attraktiver machen, um die angestrebte Personalstärke von 175.000 Soldaten zu sichern.

Die Wehrpflicht war in der Bundesrepublik im Juli 1956 per Gesetz eingeführt worden. Die ersten 10.000 Wehrpflichtigen wurden zum 1. April 1957 eingezogen. Seitdem haben insgesamt 8,3 Millionen junge Männer ihren Pflichtdienst geleistet. Die letzten 12.000 Wehrpflichtigen wurden zum 3. Januar dieses Jahres einberufen. Ihre sechsmonatige Dienstzeit endete am Donnerstag. Die Wehrpflicht bleibt allerdings im Grundgesetz verankert und kann bei Bedarf mit einfacher Mehrheit in Bundestag und Bundesrat wieder eingeführt werden.

Die Bufdis sollen es nun richten

Verteidigungsminister de Maizière will am Montag die ersten freiwillig Wehrdienstleistenden in Berlin begrüßen. Ihr Dienst wird bis zu 23 Monate dauern und mit 777 bis 1.146 Euro monatlich vergütet. Der Minister setzt darauf, daß künftig mindestens 5.000 Freiwillige der Bundeswehr angehören werden. Das Familienministerium kalkuliert deutlich optimistischer für den Zivildienst-Ersatz und geht von 35.000 sogenannten Bufdis (Bundesfreiwilligendienstleistende) bereits im kommenden Jahr aus. Zum 1. Juli werden allerdings erst 2.000 bis 3.000 Frauen und Männer eingestellt.

Wehrbeauftragter Königshaus sagte, die Aussetzung der Wehrpflicht bedeute eine "völlige Veränderung des Charakters der Bundeswehr". Niemand müsse sich mehr zwangsläufig mit der Truppe befassen. Mit den bisherigen Bewerberzahlen zeigte sich Königshaus dennoch zufrieden. ...

Die aktuellsten Zahlen stammen von Anfang Juni. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich bereits 5.500 junge Leute für den freiwilligen Wehrdienst gemeldet. Hinzu kamen 4.500 Grundwehrdienstleistende, die sich freiwillig zu einer längeren Dienstzeit verpflichteten.

Offen auch für in Deutschland lebende Ausländer?

Königshaus betonte, daß man sich trotzdem nicht zurücklehnen könne. "Man muß schon sehen, daß man mehr Attraktivität schafft", sagte der FDP-Politiker. Er sprach sich unter ande-

rem dafür aus, den Soldaten durch ein neues Stationierungskonzept häufige Standortwechsel zu ersparen. Auch Unterbringung und Versorgung in den Kasernen müßten verbessert und finanzielle Anreize gesetzt werden. Königshaus befürwortete Verpflichtungsprämien wie in den USA.

Er zeigte sich auch offen für die Aufnahme von in Deutschland lebenden Ausländern in die Bundeswehr. Für Bewerber ohne deutschen Paß müßte es dann allerdings auch "eine vereinfachte Möglichkeit der Einbürgerung" geben. Die Gefahr einer Entwicklung der Bundeswehr zu einer "Unterschichtenarmee" nach dem Aussetzen der Wehrpflicht sieht der Wehrbeauftragte nicht. "Wir haben zurzeit die am besten gebildete und ausgebildete Armee der Welt." Die Bundeswehr biete Bildungschancen und Aufstiegsmöglichkeiten, die es woanders nicht gebe, deswegen sehe er "die Gefahr einer Verrohung nicht".<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. Februar 2013: >>Wie die USA eine neue Weltordnung schaffen wollen

Von Michael Stürmer

Das Pentagon muß sparen. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz kam es deshalb zu einer deutlichen Mahnung an die Europäer: Amerika will und kann die Bürde der Weltordnung nicht mehr alleine tragen.

Die Natur und die Geopolitik dulden kein Vakuum. Barack Obama will als Friedensfürst in die Geschichte eingehen: "Ein Jahrzehnt der Kriege nähert sich dem Ende", verhiess er bei seiner Inauguration. Die große Frage lautet, ob ihm Wirtschaftskraft und Finanzlage der Vereinigten Staaten das ermöglichen, und ob der Rest der Welt der letzten Supermacht Ferien vom Ich gestattet. Die Antwort ist offen.

Das politische Hochamt der Vereidigung markiert den Übergang vom Stimmenfänger zum Staatsmann und verlangt vom Präsidenten, Hohepriester und Staatspoet zu sein. Seine Rede verriet die Vision des mächtigsten Mannes der Welt, nach einem traumatischen Jahrzehnt in Asien sein Land aus Konflikten und Kriegen herauszuhalten, die Boys heimzuholen und den Globus auf Autopilot zu stellen - wenn dies denn möglich wäre: Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.

Der hohe Ton aber ist nicht nur Poesie, er kündigt eine Wendung nach innen an, die auf Kosten der weltpolitischen Führungsrolle geht. Nirgendwo wird das deutlicher als für die dem islamischen Krisenbogen hauteng benachbarten Europäer.

Von Mali bis Kabul

Die Europäer sind gewarnt, daß künftig nichts mehr so sein wird wie gewohnt. Nato hin oder her, Washington kann sie nicht mehr bewahren vor den Folgen von Führungsschwäche und Zerfahrenheit. Die neue Weltunordnung verstärkt jenes Malaise, das als "imperial overstretch" diagnostiziert wird. Amerikas "exceptionalism" kann nicht mehr alles leisten. "Central Command" muß sich um den Weiteren Mittleren Osten kümmern von Mali bis Kabul.

Gleichzeitig entsteht rund um das pazifische Becken ein neues Gleichgewicht, das ohne die Flotten-, Luft- und Cybermacht Amerikas dem Reich der Mitte nicht viel entgegensetzen hätte. Für Europa aber, was bleibt da übrig an Material und Menschen? Bei der Münchner Sicherheitskonferenz dieses Wochenende fiel Vizepräsident Joe Biden die Aufgabe zu, den Europäern Vertrauen zu vermitteln, sie auf die Reise zum Pazifik mitzunehmen und zu mahnen, daß Amerika die Bürde der Weltordnung nicht allein tragen kann und will.

Zwei Träume bestimmen von jeher Amerikas Verhältnis zur Welt, und ihre Wirkung ist heute so widersprüchlich wie vor zwei Jahrhunderten. Da ist die Neue Weltordnung - "novus ordo seclorum" heißt es auf dem Großen Siegel der Vereinigten Staaten von 1776, zu besichtigen auf jeder one-dollar-bill. Zuletzt hat noch einmal Bush senior nach dem 100 Stunden Krieg am Golf 1991 die Verheißung wiederholt.

Keine verstrickenden Allianzen

Amerika die leuchtende Stadt auf den Bergen, Leuchtturm den Völkern. Die Vereinigten Stabschefs versprachen damals ihren politischen Meistern, zweieinhalb Kriege führen und gewinnen zu können. Die "Revolution in Military Affairs", mit Lasern, Cyberkünsten und weltweiter Aufklärung, sollte allen Friedenstörern entgegentreten. Die asymmetrischen Kriege seitdem, ob "9/11", Afghanistan oder Irak, haben davon nicht viel übrig gelassen, doch die Kosten ins Unermeßliche hochgetrieben.

Gegenläufig zu dem Sehnen, die Welt vor sich selbst zu bewahren, gibt es den anderen Traum, sich herauszuhalten aus den Machenschaften des Teufels. Staatsgründer George Washington warnte in seiner Abschiedsadresse, das junge Amerika solle "entangling alliances" meiden: keine verstrickenden Allianzen. Außenminister John Adams stellte fest: "Es ist nicht unsere Berufung, Monster zu zerstören".

Zuletzt hat Robert Gates, bis letzten Sommer Obamas republikanischer Verteidigungsminister, in Brüssel bei der Nato die Alliierten beschworen, für sich selbst zu leisten, was Amerika nicht mehr leisten kann: Geschehen ist, außer Streichungen und Reduzierungen, nicht viel. Die große Transformation steht aus. Daß aber die zitternde Trompete Frieden ankündigt, muß noch bewiesen werden.

"Leading from behind"

Der Libyen-Krieg sah Großbritannien und Frankreich nach 48 Stunden am Ende ihrer Kapazitäten, und Amerika lieferte nicht nur Luftbetankung, Aufklärung und intelligente Munition, sondern auch den Begriff des "leading from behind" - Reduzierung auf die Reserverolle. Was Mali und die terroristische Destabilisierung Afrikas zwischen Mittelmeer und Sahelzone betrifft, so sieht es wahrscheinlich nicht viel besser aus, auch wenn das Pentagon seit langem ein "Africa Command" unterhält.

Das klingt nach mehr, als tatsächlich zu haben ist. Aus guten Gründen hat Obama, ungeachtet aller Ratschläge in Richtung Eingreifen in Syrien, Amerika bisher aus dem dortigen Kriegsgeschehen herausgehalten und ist nicht über Lieferung von Aufklärungsergebnissen und Bereitstellung einer Batterie "Patriots-Raketenabwehr" hinausgegangen.

Aus Washington hört man, daß er auch die israelische Führung ins Gebet nahm, um Alleingänge gegen den Iran zu verhindern - und der dann folgenden Finanz- und Wirtschaftskrise vorzubeugen. Chuck Hagel, altgedienter Senator aus den dezimierten Reihen moderater Republikaner und seit kurzem designierter Verteidigungsminister, macht aus seiner Skepsis, was einen Militärschlag gegen die Atomanlagen des Iran angeht, kein Geheimnis. Er gehört zu jenen in Washington, die von jeher vor den unbeabsichtigten Folgen von Interventionen warnen. Seine Benennung ist Programm.

Die Grenzen amerikanischer Macht

Daß auf der Münchner Sicherheitskonferenz der Außenminister des Iran Verhandlungen offerierte, ist, nebenbei bemerkt, mehr Taktik als Ernst: Die Iraner verlangen, zuvor müßten die USA jede militärische Drohung vom Schachbrett nehmen. Damit wären sie wieder Meister des Spiels. Keine US-Administration kann sich darauf einlassen.

"Nation building" hat Obama zum inneren Programm gemacht, von Gesundheitsvorsorge bis Infrastruktur. Das Pentagon muß schmerzhaft sparen, man konnte das bis München hören. Manches betrifft nur obsoletere Programme. Anderes aber reduziert die Fähigkeit der USA, Machtprojektion rund um den Globus zu leisten.

Nach dem hohen Ton der Eidesleistung verlangt der Alltag sein Recht. Kein Konflikt ist zur Zeit so explosiv wie die militärischen Gestikulationen Japans und Chinas um vier unbewohnte Inseln. Krieg zu verhindern, der unweigerlich Amerikas Streitkräfte ins Desaster hineinziehen würde, ist oberste Priorität. Nichts verdeutlicht mehr als die Krisen in der Ostchinesischen See und am Persischen Golf die Grenzen amerikanischer Macht.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Februar 2013 (x887/...): >>Halbe Wahrheit ist ganze Lüge

Alfred M. de Zayas erweitert "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle"

Obwohl "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts. Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg" bereits 1979 erschienen ist, ist die achte, erweiterte Auflage keineswegs eine "olle Kamelle!" Jeder, dem keine der früheren Ausgaben gegenwärtig ist, wird das Buch auch heute noch, mit Gewinn in die Hand nehmen.

Vom April 1995 bis Oktober 1999 wurde die Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" gezeigt. Die Wehrmacht wurde als verbrecherische Organisation dargestellt, also negativer als sie die Siegermächte in Nürnberg beurteilt hatten. Vor allem dem polnischen Historiker Bogdan Musial ist es zu verdanken, daß die Ausstellung ihr abruptes Ende fand.

Wieder ist es ein Ausländer - Alfred M. de Zayas ist ein US-Amerikaner -, der uns mit einer Wirklichkeit vertraut macht, über die jeder politisch aufgeschlossene Deutsche Bescheid wissen sollte. De Zayas ist über jeden Zweifel erhaben, die Geschichte zu Gunsten Deutschlands umschreiben zu wollen. Dementsprechend waren die Rezensionen der ersten Auflagen fast überschwänglich. "Eine der wichtigsten Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte", schrieb damals "Die Welt". Bis heute gab es keine Anregungen, die Fakten oder die Sichtweise des Autors zu korrigieren. Aber ob es heute noch verbreiteten Beifall gibt?

Ja, Wehrmachtsangehörige haben schwere Verbrechen an Zivilisten und Gefangenen begangen, und derlei war nicht die seltene Ausnahme. Doch zweierlei gilt es zu berücksichtigen: Auch die Alliierten haben sich insofern versündigt, und Wehrmachtsangehörige mußten mit harten Strafen rechnen, wenn sie ohne Weisung von ganz oben ihre Pflichten schwer verletzen. Nicht wenige wurden, weil sie sich an Fremden vergangen hatten, von deutschen Militärgerichten hingerichtet.

De Zayas betont nachdrücklich, daß ihm jedes Aufrechnen fernliegt. Aber halbe Wahrheit ist ganze Lüge. Kein Verbrechen wird durch vorausgegangene Verbrechen der anderen Seite gerechtfertigt.

De Zayas' Resümee lautet: "In Tausenden von richterlichen Ermittlungen stellte die Wehrmacht-Untersuchungsstelle fest, daß Wehrmachtssoldaten nicht nur Täter, sondern auch Opfer waren. Deutsche Soldaten beziehungsweise Kriegsgefangene sind völkerrechtswidrig auf allen Kriegsschauplätzen erschossen worden, vor allem in der Sowjetunion ..." Wichtig ist auch zu wissen, daß, wie Zayas betont, "die Wehrmacht-Untersuchungsstelle eine gewissenhafte und justizkonforme Dokumentation betrieben hat".

Alfred M. de Zayas: "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts. Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg", ... Beltheim-Schnellbach 2012 ...<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 18. November 2013: >>US-Geheimdiensttätigkeiten

Wie souverän ist Deutschland?

Die Recherchen zum geheimen Krieg der USA zeigen: Auf deutschem Boden existieren offenkundig zwei Staatsgewalten - die deutsche und die amerikanische. Wenn die Deutschen das Schalten und Walten der US-Geheimdienste tolerieren, akzeptieren, respektieren, wirft das die Frage nach ihrer Souveränität auf. ...

Es hat einen Entstaatlichungsprozeß gegeben - das bekannteste Kürzel dafür heißt Europäische Union. Die Nationalstaaten sind von dem dichten Geflecht einer EU-Rechts- und Quasi-Verfassungsordnung umgeben, dazu auch noch von vielen internationalen Vertragswerken eingehüllt. Die Staatsrechtler und die Politikwissenschaftler reden daher von 'offenen Staaten' und von einer 'Welt jenseits des Staates'; sie konstatieren eine Postnationalisierung des Ver-

fassungsrechts, sie reden von einem europarechtlich überlagerten Grundgesetz und einer relativierten Staatlichkeit. Mit dieser relativierten Staatlichkeit ringt auch das Bundesverfassungsgericht in jeder seiner Euro-Entscheidungen: Wieviel Hoheit braucht der Staat, um noch als Staat zu existieren? ...

Es existieren offensichtlich zwei Staatsgewalten in Deutschland: erstens die deutsche, und zwar in der Gestalt, die ihr die EU- und andere Verträge gegeben haben; daneben zweitens die US-amerikanische, in nicht genau bekannter Form. Mit zwei nebeneinander existierenden Macht- und Herrschaftssystemen gibt es freilich in Deutschland reiche Erfahrungen: Jahrhunderte lange waren das zuerst Kaiser und Papst, dann Staat und Kirche.<<

Die Tageszeitung "Berliner Zeitung" berichtete am 14. April 2014: >>**Rußland und Deutschland: Es geht nicht um die Krim**

Rolf Hochhuth

Genau so, als hätte Kalifornien einst dem Warschauer Pakt beitreten wollen, muß heute umgekehrt auf Rußland die Einladung des Westens an die Ukraine wirken, der EU, ja sogar der Nato beizutreten. Das wird westlich der Weichsel so ungern gehört, wie es unerfreulich wahr ist. Daß ausgerechnet Deutschland sich seit Beginn der 90er-Jahre von den USA vorspannen läßt bei deren Bemühen, ihre Einflußmacht bis zur Trennung der Moskau-Russen von denen der Kiew-Russen zu treiben, ist insofern unentschuldig, als bekanntlich wir Deutschen es gewesen sind, die sich von ihrem Braunauer und späteren Auschwitzer zum Amoklauf nach Stalingrad haben benutzen lassen.

Wobei man ehrlicherweise hinzufügen sollte - ich war erst zehn, als der begann, konnte aber die Generation meiner Eltern schon ziemlich genau beobachten -, daß es keinesfalls Hitler allein war, der allen Ernstes geglaubt hat, es könne, mit einem noch völlig ungeschlagenen Großbritannien samt seinem Churchill im Rücken, glücken, Rußland zu besiegen: Wir können uns heute keine Vorstellung mehr davon machen, die Jahrgänger meiner Kinder und Enkel schon gar nicht mehr, wie der "Siegessäuge" über Frankreich in nur sechs Wochen, die ganze Nation um Maß und Verstand gebracht hatte!

In der Regel die Russen unterschätzt

Das ist mit uns Deutschen besonders leicht anzustellen: "Kein Augenmaß", urteilte hellsichtig Bismarck über den Twen Wilhelm der Letzte, der ihn drei Wochen vor seinem 75. Geburtstag hinauswarf. Viele Deutsche leben mit diesem Mangel: Hitlers Stabschef Halder, der im Vorjahr binnen sechs Wochen, ab 10. Mai bis Mitte Juni, durch Frankreich bis zur Kanalküste gepanzert war, schrieb 14 Tage nach Beginn von Hitlers Überfall auf seinen getreuen Rohstoff-Lieferanten Stalin, es sei nicht zu viel gesagt, stelle man fest, daß "der russische Feldzug in drei Wochen gewonnen" worden sei: So hatte der deutsche Generalstab auch nicht für nötig gehalten, den Soldaten Handschuhe nach Rußland mitzugeben. ...

Nur an solchen Einzelheiten, die in psychiatrische Krankenblätter gehören, ist heute noch annähernd abzulesen - die so sich nennenden Historiker halten es meist für unter ihrer Würde, derartige Albernheiten zu berichten - wie Deutsche nicht ausnahmsweise, sondern in der Regel die Russen unterschätzt haben!

Mit zwei Ausnahmen: Friedrich der Große und Bismarck. Der König, in seinem Testament, hat allen Nachfolgern verboten, mit den "Barbaren im Osten" Händel anzufangen, da man ihnen "den Schaden, den die einem zufügen können, niemals heimzahlen kann"!

Und Bismarck - "Ich habe in das Auge des Bären gesehen" sagte er, einst Botschafter in Petersburg, noch angstvoll im Alter -, konnte erst ruhig schlafen, als er seinen "Geheimen Rückversicherungs-Vertrag mit Petersburg" schriftlich hatte: Die beiderseitige Garantie, ihre Staaten blieben "wohlwollend neutral", werde einer von ihnen in Konflikt mit einer Großmacht verwickelt.

Doch der Kaiser lehnte wenige Wochen nach Bismarcks Sturz ab - diesen Vertrag zu verlän-

gern, mit dem kleinstkariert-idiotischen "Argument", das Geheimrat Holstein ihm eingeredet hatte: Der Vertrag sei amoralisch, nämlich Ehebruch, Bigamie - da er vor Wien geheim gehalten werden mußte. ...

Groteske Pointe

Man glaubt dies alles nicht mehr, so albern-verjährt ist das heute! Doch durchaus geblieben ist die deutsche Instinklosigkeit, den USA zu parieren, wenn die ihre Interessen vertreten, die niemals die unseren sein können. Einfach deshalb nicht, weil die Russen unsere allernächsten Nachbarn sind, nicht aber die Amerikas. Und weil nicht USA-Truppen vor 70 Jahren zur Krim stiefelten, sondern deutsche. Stalin sagte damals trostlos zu Churchill, weil die Invasion der Briten und Amerikaner in Frankreich drei Jahre auf sich warten ließ: "Die Rote Armee verliert am Tag 10.000 Mann!"

Ein Beispiel noch, fast schon überflüssig: Welcher Deutsche hätte welches "Recht", sich einzumischen, wenn Putin darauf besteht, Rußlands einziger eisfreier Hafen - bevor Stalin, nach Ende des Hitlerkrieges, Königsberg behielt -, müsse weiterhin Rußland gehören wie seit Jahrhunderten?

Man frage sich: Wie würden die Russen Putin aburteilen, wenn er die Krim der Ukraine überließe - ausgerechnet in dem Moment, in dem die Ukrainer sich bemühen, ebenso in die Nato aufgenommen zu werden wie schon das Baltikum! Würde Putin nicht geradezu die Sicherheit Rußlands aufs Spiel setzen?

Groteske Pointe: Eine Deutsche war es, Sophie von Anhalt-Zerbst, später von den Russen als ihre Katharina die Große vergöttert - und so heißt sie noch heute dort -, die der Großmacht Türkei die Krim abgekämpft hatte. Und erst der Ukrainer Chruschtschow hatte die Krim der Ukraine vor 60 Jahren zugeschlagen!

Übrigens sind diese ganzen zum Konflikt aufgebauchten Stänkereien nichts als das Ergebnis von immer glück-verdummender Problemlosigkeit, die ziemlich oft schon zu Kriegen geführt hat, nach der Erfahrung von Shakespeare, der in seinem Drama über den Trojanischen Krieg schreibt: "Allzu langer Friede führet zum Streit." Denn in beiden Weltkriegen empfanden Russen und Ukrainer sich als das, was sie seit 1.000 Jahren sind, als Brudervölker, die ihr gemeinsames Vaterland gegen Deutsche, Österreicher und Türken verteidigten.

Helmut Schmidt, noch mit 94 der klügste BRD-Politiker, hat durchschaut, was in Wahrheit gespielt wird: Nicht um die Krim geht es momentan, diese Insel ist nur der sichtbarste Ausdruck dessen, was seit Jahrzehnten von der westeuropäischen Vormundschaftsbehörde Pentagon angezielt wird: "Die Idee, die Ukraine und Georgien in die Nato aufzunehmen, stammt aus den USA. Nach den Reden einiger amerikanischer Zeitungen sind dafür menschenrechtliche Gesichtspunkte ausschlaggebend, ... aber es sind imperiale Motive, die dahinterstehen.

Wir Deutschen haben angesichts unserer Geschichte im 20. Jahrhundert gute Gründe, mit eigener Beteiligung an militärischen Interventionen zurückhaltend zu sein. Bisweilen hört man, wir müßten uns aus Solidarität im Nato-Bündnis an militärischen Interventionen beteiligen. Das Argument paßt besser in die Nibelungensage als in die heutige Wirklichkeit. Denn das nordatlantische Bündnis war und ist ein Verteidigungsbündnis, nicht etwa ein Bündnis zur Umgestaltung der Welt."

Bismarck würde sich im Grabe umdrehen, wenn er wüßte, was Europäer sich hier von den Amerikanern aufbürden lassen.

Doch die USA können trotzdem ruhig schlafen: Sie wissen ja, was wir Europäer, mit denen sie seit dem Kalten Krieg Blinde Kuh spielen, erst vor zwei Jahren erfahren haben. Und was sie sogar dem allertreuesten ihrer Partner, Konrad Adenauer, stets verschwiegen haben:

Daß Kreml und Weißes Haus seit 1952 ein Geheimabkommen haben, demzufolge, sollte doch der Kalte Krieg in einen heißen ausarten, garantiert in Rußland und Amerika keine Fenster-scheibe kaputtgeht, sondern "lediglich" Polen und Germany weggemacht werden: Der unge-

heuerlichste Verrat an einem Verbündeten, von dem je erfahren hat, wer noch Geschichte liest. ...

Doch verraten - man hüte sich vor jedem, der einem dankbar sein muß - haben vor allem wir Deutschen wieder einmal die Russen!

So mußte Michail Gorbatschow gegenüber dem Bild-Chefredakteur Kai Diekmann resümieren, und damit ist hier hoffentlich genug gesagt, was uns Deutsche endlich zur kritischen Selbstbefragung hinsichtlich unserer noch andauernden Betrugspolitik gegen Rußland anregen sollte. Gorbatschow sagte: "Kohl, US-Außenminister James Baker und andere sicherten mir zu, daß die Nato sich keinen Zentimeter nach Osten bewegen würde. Daran haben sich die Amerikaner nicht gehalten, und den Deutschen war es gleichgültig. Vielleicht haben sie sich sogar die Hände gerieben, wie toll man die Russen über den Tisch gezogen hat. Was hat es gebracht? Nur, daß die Russen westlichen Versprechungen nun nicht mehr trauen."

Kanzler Kohl hatte sein Versprechen an Herrn Gorbatschow sogar unter Zeugen mit "Ehrenwort" bekräftigt.

Der Dramatiker Rolf Hochhuth lebt in Berlin. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 10. Januar 2015 über mögliche Folgen der NATO-Osterweiterung: >>**Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa und erhebt schwere Vorwürfe gegen Putin, Deutschland und Amerika**

Michail Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa wegen der Ukraine.

"Ein solcher Krieg würde heute wohl unweigerlich in einen Atomkrieg münden. Wenn angesichts dieser angeheizten Stimmung einer die Nerven verliert, werden wir die nächsten Jahre nicht überleben", erklärte der Friedensnobelpreisträger gegenüber dem SPIEGEL. "Ich sage so etwas nicht leichtfertig. Ich mache mir wirklich allergrößte Sorgen."

Angesichts eines "katastrophalen Vertrauensverlustes" zwischen Rußland und dem Westen forderte er dazu auf, die Beziehungen zu "enteisen", und wandte sich gegen Versuche, Rußland zu isolieren, und gegen westliche Wirtschaftssanktionen.

"Es war auch falsch, Rußland aus der G8 auszuschließen. Das erinnert an Blutrache und führt ins Nichts", sagte Gorbatschow.

In scharfen Worten kritisierte er die deutsche Ukraine-Politik. "Das neue Deutschland will sich überall einmischen. In Deutschland möchten anscheinend viele bei der neuen Teilung Europas mitmachen", sagte er.

"Deutschland hat im Zweiten Weltkrieg schon einmal versucht, seinen Machtbereich nach Osten zu erweitern. Welche Lektion braucht es noch?"

Als "saudumm und höchst gefährlich" bezeichnete der letzte Staatschef der Sowjetunion Gedankenspiele im Westen, Putin zu stürzen.

Amerika und der Nato warf Gorbatschow vor, die europäische Sicherheitsstruktur durch die Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zerstört zu haben.

"Kein Kremlchef kann so etwas ignorieren", sagte er, Amerika habe leider angefangen, ein Mega-Imperium zu errichten.

Gorbatschow verteidigte Putins Annexion der Krim, kritisierte aber Putins autoritären Führungsstil. "Wir brauchen freie Wahlen und die Teilnahme der Menschen am politischen Prozeß", sagte er.

"Es ist schlicht nicht in Ordnung, wenn jemand wie der Anti-Korruptions-Blogger und Politiker Alexej Nawalny unter Hausarrest gestellt wird, nur weil er den Mund aufgemacht hat."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. September 2015: >>**Von Hiroshima zu Euroshima**

Die USA wollen auch auf unserem Kontinent wieder nuklear aufrüsten: Wie in den 1980er Jahren wird die Stationierung von Marschflugkörpern geplant. Um die Bevölkerung darauf einzustimmen, werden die Atombombenabwürfe in Japan von skrupellosen Propagandisten

gerechtfertigt.

Es folgen Auszüge aus einem Artikel in COMPACT 9/2015 von Jürgen Elsässer

Vor drei Jahren gab es einen seltsamen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen. Ausgerechnet zum 67. Jahrestag von Hiroshima schrieb Michael Rühle, Abteilungsleiter bei der NATO in Brüssel, eine Wiedergutmachung der Schreckenswaffe, da ihr Einsatz gegen Japan "zur politischen und militärischen Mäßigung in den zwischenstaatlichen Beziehungen beigetragen" habe. Man konnte das als herzlosen Zynismus auf den Gräbern der Toten interpretieren.

In erster Linie aber war der Beitrag gegen die schüchtern vorgetragene Bitte von Außenminister Guido Westerwelle gerichtet gewesen, die US-Amerikaner mögen doch ihre Atomwaffen endlich auch aus Deutschland abziehen. Ghostwriter Rühle und seine Auftraggeber im Pentagon sollten Recht behalten, an der Lagerung von etwa 20 "Nukes" im rheinland-pfälzischen Büchel änderte sich nichts.

Aber mit dem bloßen Erhalt des nuklearen Status Quo ist die Supermacht mittlerweile nicht mehr zufrieden. Seit Beginn des neuen Kalten Krieges gegen Rußland geht es um Aufrüstung, auch mit der schrecklichsten aller Waffen. Am 4. Juni gab die US-Regierung selbst ein vorher geheimes Dossier des Oberkommandierenden Martin Dempsey frei, in welchem von "Überlegungen" zur Stationierung US-Marschflugkörpern mit Nuklearsprengköpfen in Europa berichtet wurde. Einen Tag später beeilte sich der britische Außenminister Philip Hammond, Basen für die neuen US-Systeme auf der Insel anzubieten.

Damit droht ein Rücksturz in die 1980er Jahre, als die Furcht vor einem Euroshima, also einem atomaren Schlagabtausch der Supermächte fernab vom amerikanischen Kontinent, Hunderttausende auf die Straße brachte. ...

Im Wall Street Journal, dem Zentralorgan der US-Finanzoligarchie, hieß es am 3. August unter der Überschrift "Danke Gott für die Atombombe": "Hiroshima und Nagasaki waren nicht nur schreckliche, kriegsbeendende Ereignisse. Sie retteten Menschenleben."

Gemeint waren natürlich die kostbaren Leben US-amerikanischer Soldaten. Daß mehr als 250.000 japanische "Untermenschen" in Asche verwandelt wurden, scheint dem Autor dagegen verschmerzbar und hatte überdies eine heilsame pädagogische Wirkung: "Die Bombe verwandelte das Reich der Sonne in eine Nation von Friedensaktivisten." ...

Hannes Stein legte am 6. August im selben Blatt (Die Welt) nach: "Es war grausam, aber richtig, daß die Amerikaner vor siebzig Jahren die Atombomben über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen haben." Es sei nämlich kein sinnloses Morden gewesen, vielmehr hätte die US-Armee die "Japaner vor sich selbst retten" müssen. Soll das etwa dasselbe heißen wie 100 Jahre zuvor "Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer"?

Was die Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis nimmt: Der Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen Rußland wird bereits geprobt! Zum Beispiel im Manöver Steadfast Noon im Oktober 2014: Kampfflugzeuge aus sieben NATO-Staaten starteten von der Luftwaffenbasis Ghedi Torre in Norditalien, wo etwa 20 US-Atombomben gebunkert sind. Getestet wurde die sogenannte nukleare Teilhabe: Trägerstaaten aus Staaten wie der Bundesrepublik, die selbst auf Massenvernichtungswaffen verzichtet haben, werden im Ernstfall mit US-Nuklearsprengköpfen bestückt. ...

In einer aktuellen Studie fordert das regierungsnahen Polish Institute for International Affairs einen "radikalen Wechsel im bürokratischen NATO-Herangehen in Bezug auf Atomwaffen". Die NATO solle nicht nur insgeheim den Atomwaffeneinsatz üben - genannt wird die Beteiligung von strategischen B-52-Bombern am Ostsee-Manöver Baltops im Juni 2015 -, sondern das auch offensiv kommunizieren. Um eine "atomare Botschaft" an Moskau zu schicken, sollten in solche Testläufe "so viele Alliierte wie möglich" einbezogen werden.

Parallel will das Pentagon "implizit - wenn auch nicht explizit erklärt - die Fähigkeit von US-Atomwaffen verbessern, militärische Ziele auf russischem Territorium zu zerstören" (AP,

4.6.2015). Genau dazu dürften die neuen Cruise Missiles in Europa dienen. Man bedenke: Es geht hier um "pre-emptive strikes", also um "vorbeugende Schläge", noch bevor Rußland NATO-Territorium attackiert hat, also um einen Angriffskrieg mit Atomwaffen! Aber das paßt ja zur Aussage von General Joseph Dunford, ab September 2015 Nachfolger von Dempsey im US-Oberkommando, der die "Atommacht Rußland ... für gefährlicher als die Terrormiliz Islamischer Staat hält". (Focus, 15.7.2015) ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. September 2015: >>**US-Regierung will Atomwaffen in Deutschland aufrüsten**

Die Vereinigten Staaten planen eine Modernisierung ihres Atomwaffenbestandes in Deutschland. Auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz würde in diesen Tagen mit den Vorbereitungen für die Stationierung neuartiger, taktischer Nuklearwaffen begonnen, berichtete das ZDF unter Berufung auf amerikanische Haushaltspläne.

Sicherheitsexperten bestätigen, daß die Atomwaffen vom Typ B 61-12 wesentlich zielgenauer seien als die alten Bestände. Kritiker vom "Nuclear Information Projects" in Washington befürchten, daß die Grenzen zwischen taktischen und strategischen Nuklearwaffen nicht mehr klar gezogen werden könnten. Dadurch werde ihr Einsatz wahrscheinlicher.

Rußland verurteilt deutsche Beteiligung

Rußland kritisierte die Stationierung der Waffen in Deutschland als Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag. "Uns beunruhigt, daß Staaten, die eigentlich keine Atomwaffen besitzen, den Einsatz dieser Waffen üben, und zwar im Rahmen der NATO-Praxis der Nuklearen Teilhabe", sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, gegenüber "Frontal 21". Dies sei eine Verletzung des Atomwaffensperrvertrages.

Deutschland ist über das Konzept der "nuklearen Teilhabe" in die Abschreckungspolitik der Nato eingebunden. Das bedeutet, daß Staaten ohne eigene Atomwaffen in die entsprechenden Gremien eingebunden sind und über den Einsatz der Waffen mitberaten und mitentscheiden. Darüber hinaus müssen die Teilhabestaaten Flugzeuge zum Einsatz der Waffen bereithalten. Auf die Zündcodes haben jedoch ausschließlich die Vereinigten Staaten Zugriff.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Oktober 2015: >>**Die US-Luftwaffe ist dabei, auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz neue Atomwaffen zu stationieren, darunter Marschflugkörper**

Das hat ein Polit-Magazin des ZDF aufgedeckt. Sollte das geschehen, so könnte das die strategische Balance in Europa beeinträchtigen. In diesem Falle, so der russische Regierungssprecher Dmitri Peskow, würde Moskau Gegenmaßnahmen ergreifen.

Es kann nicht überraschen, daß das Bundesverteidigungsministerium zu diesem Vorgang nichts zu sagen weiß. Dabei ist Deutschland weitaus mehr darin verstrickt als nur dadurch, daß die Atomwaffen auf deutschem Territorium gelagert werden, einem Territorium allerdings, das zwar formal deutsch, aber der deutschen Souveränität entzogen ist. Wie wenig diese Souveränität tatsächlich zählt, zeigt die Vergeblichkeit, mit welcher der Bundestag im Jahr 2010 mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt hat, die Bundesregierung solle sich "gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen". Sollte die Bundesregierung das je versucht haben, dürfte das in Washington zur Heiterkeit Anlaß gegeben haben.

Immerhin äußerte sich die Bundeskanzlerin zu den neuen Atomwaffen, wenn auch derart gewunden, daß es ans Unverständliche grenzte: Man wolle Rußland zwar nicht provozieren, "aber es ist natürlich auch so, wenn Sie sich Rußlands Rüstungspolitik anschauen und Modernisierungspolitik, dann ist es nicht so, daß dort gar nichts passiert, das heißt, es gibt auch keinen Grund, nichts zu tun". Und: die Modernisierung der US-Atomwaffen werde fortgesetzt.

Gravierender als das Kanzler-Geschwurbel ist der Umstand, daß im US-Militärhaushalt Gelder dafür vorgesehen sind, die neuen Atomwaffen-Systeme B 61-12 in deutsche "Tornados"

einzubauen. Ebenso sollen deutsche Piloten an den Waffen ausgebildet werden. Damit ist der Rubikon überschritten.

In der Auswirkung derartiger Vorbereitungen wird Deutschland zur Atommacht durch die Hintertür werden. Im Falle eines Krieges sollen deutsche Piloten im Rahmen des Nato-Konzepts "Nukleare Teilhabe" Angriffe mit Atomwaffen gegen Rußland fliegen.

Und das hätte ein weitaus deutlicheres Kanzler-Wort erfordert. Denn der erste "Atom-Tornado", der die russische Grenze überfliegt, bedeutet die Vernichtung Deutschlands. Igor Korotschenko, russischer Militärexperte und Mitglied im Fachbeirat des russischen Verteidigungsministeriums, sagte, daß, sobald diese neuen Waffen stationiert seien, der deutsche Fliegerhorst Büchel ins Visier russischer Interkontinentalraketen genommen werde.

Nicht nur, daß die Verfügungsgewalt deutscher Militärs über Atomwaffen - auch wenn es US-amerikanische sind - einen Bruch des Atomwaffensperrvertrages darstellt, der Vorgang verletzt auch das nationale Verfassungsrecht. Der Grundgesetzartikel 26 verbietet die Vorbereitung eines Angriffskrieges, und das Ausführungsgesetz zu diesem Artikel bestimmt in seinem Paragraphen 17, daß es verboten ist, Atomwaffen "einzuführen, auszuführen, durch das Bundesgebiet durchzuführen oder sonst in das Bundesgebiet oder aus dem Bundesgebiet zu verbringen oder sonst die tatsächliche Gewalt über sie auszuüben".<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 24. Januar 2016 (x1.000/...): >>>Freund oder Feind? Die deutsch-amerikanischen Beziehungen unter der Lupe

... Bundeskanzlerin Angela Merkel will deutlich mehr Geld für die Bundeswehr. Zurzeit steckt die Bundesregierung etwa 1,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in die Bundeswehr. Das sind umgerechnet etwa 36 Milliarden Euro pro Jahr. Die Ausgaben sollen nun innerhalb der nächsten 5 Jahre auf 2 Prozent aufgestockt werden. Das bedeutet also etwa 25 bis 30 Milliarden Mehraufwand. Was genau sind denn nun die Beweggründe der deutschen Kanzlerin für diese üppigen Militärambitionen?

Gab es dafür eine Petition, die von deutschen Bürgern gleich zig millionenfach an die Kanzlerin erging? Nichts dergleichen. Die US-Regierung und die NATO forderten diese Aufstockung. Zitat Merkels dazu: "Weil unsere amerikanischen Verbündeten das von uns erwarten". - Dr. Alexander Neu aus dem Verteidigungsausschuß der Linkspartei im Bundestag kritisierte dieses Vorgehen der Kanzlerin wie folgt: "Merkel ist Dank der deutsch-amerikanischen Freundschaft der Meinung, daß wir dem nachkommen sollten".

Spätestens wenn es um das liebe Geld in Form von Forderungen geht, sollte man eine Freundschaft hinterfragen. Was verlangen denn die US-Freunde sonst noch so? Dieselben Freunde, die von dem deutschen Bürger zig Milliarden Militärausgaben fordern, forderten seinerzeit ebenso die nach wie vor anhaltenden Rußlandsanktionen. Dieser aufgedrückte Russenhaß beschert der deutschen Wirtschaft Milliarden schwere Verluste.

Hierüber berichteten wir in unseren Sendungen "Deutschland am Gängelband der USA" vom 15. Dezember 2014 und "Kriegstreiber in Aktion: US-Panzertransporte rollen gen Osten" vom 24. Juni 2015. - Die US-Freunde verweigerten außerdem den Grexit, das meint den Austritt Griechenlands aus der Eurozone. Statt dessen fließen nicht enden wollende zig Milliarden schwere Rettungspakete, zu Lasten der europäischen und insbesondere der deutschen Bürger zu den Gläubigerbanken und dies, ohne daß es die Medien sonderlich erwähnten.

Ein Grexit hätte aufgrund der Bankenverflechtungen durch einen Dominoeffekt die US-Banken ruinös ins Wanken gebracht. Dann doch lieber die deutschen Freunde bluten lassen. Hierüber berichteten wir bereits in unseren Sendungen "Warum die USA bei einem Grexit Pleite geht" vom 02. September 2015 und "Derivatblase - Angst der USA vor einem Grexit" vom 09. September 2015. Schließlich haben die US-Freunde auch noch Europa, und auch hier wieder insbesondere Deutschland, eine gigantische Flüchtlingslawine beschert.

Zunächst wurden nordafrikanische und arabische Staaten durch gezielt herbei geführte Umstürze und Kriege unter US-Regie ins Chaos gestürzt. Dann Flüchtlingsströme auf Schiffen unter US-Flagge nach Europa gebracht. Hierüber berichteten wir in unserer Sendung "Die US-amerikanische Handschrift hinter den Flüchtlingsströmen" vom 16. August 2015. –

Zu den konkreten Kosten der Flüchtlingskrise für die deutschen Bürger nannte der freie Journalist Udo Ulfkotte in seinem Interview hier auf Kla.TV vom 9. Januar 2016 bereits ernüchternde Fakten: Laut dem Institut für Weltwirtschaft lägen die Zusatzbelastungen für Deutschland pro Jahr bei ca. 55 Milliarden Euro ... Kosten!

Im Verbund mit den zig Milliarden schweren Eurorettungspaketen, den zig Milliarden für die Migrantenaufnahme, den ebenso Milliarden schweren Einbußen aufgrund der Rußlandsanktionen ergeben die nochmaligen zig Milliarden an Militärausgaben eine extrem rasante und wirtschaftlich absolut ruinöse Talfahrt für die deutschen Bürger.

A propos US-Freundschaft noch eines: Nach den Terroranschlägen von Paris am 13. November 2015 vergingen keine drei Wochen, bis das Merkel-Kabinet am 1. Dezember den Syrien-Einsatz der Bundeswehr verfügte. Im Eiltempo wurde der Beschluß nur drei Tage später durch den Deutschen Bundestag gepeitscht. So schnell wurde die Bundeswehr noch nie in einen Krieg geschickt, dazu weder mit Mandat des UN-Sicherheitsrates noch mit Zustimmung der syrischen Regierung.

Weil also jegliche internationale Rechtsgrundlage fehlt, ist der Kriegseintritt der Bundesregierung in Syrien völkerrechtswidrig. Die einzige Legitimation dabei erscheint offensichtlich: "Weil unsere amerikanischen Verbündeten das von uns erwarten!"

Offenkundig ist, daß die USA als dauerkriegsführende Nationen selbst längst die finanzielle Belastungsgrenze überschritten haben. Doch anstatt die Militärausgaben endlich abzusenken, setzt die US-Regierung weiterhin auf das Militär zur Durchsetzung ihrer globalen Interessen, nämlich eine Neue Weltordnung unter US-Vorherrschaft. Hierüber berichteten wir bereits anschaulich in unserer Sendung "Instrumentalisierende Kriegsführung" vom 29. August 2015.

Aufgrund ihrer eigenen katastrophalen Finanzlage spannen nun die USA andere Staaten vor ihren Karren. Zum Beispiel fordern sie von Europa schon seit längerem eine deutliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Daß dieses "einfach mehr leisten" nicht allein finanzielle Mehrausgaben bedeutet, sondern auch das Kopf-hinhalten, wo es weh tut, sprich wo das Kriegschaos herrscht, machte Bundesverteidigungsministerin von der Leyen deutlich. Der "BILD-Zeitung" sagte die Ministerin, daß Deutschland im Kampf gegen den IS in Libyen helfen wolle.

Bei dem geplanten Auslandseinsatz gehe es schon nicht mehr um den Syrien-Einsatz, sondern im nahtlosen Übergang bereits um einen erneuten Einsatz in Libyen. Es gehe gemäß von der Leyen darum, das von Islamisten bedrohte Land zu stabilisieren und dafür zu sorgen, daß Libyen eine funktionstüchtige Regierung bekomme. Mit anderen Worten: Deutschland soll nun für die US-Regierung die Kartoffeln aus dem Feuer holen, schöngeredet als Stabilisierungs- und Friedensmission, aber ganz im Sinne der US-Regierung.

Denn mit "funktionsfähig" ist nichts anderes als ein Funktionieren im Sinne der US-Regierung, also eine US-Hörigkeit, gemeint, wie die ganze Palette des sog. Arabischen Frühlings zeigt. Vor dem Arabischen Frühling war Libyen unter Gaddafi ein sehr aufblühendes, autarkes Land. Erst die US-Regierung haben Krieg, Zerstörung und Chaos gezielt orchestriert. Dazu ebenso einen terroristischen Islamismus, der sowohl den Islam als auch alle anderen Religionen bis in den Tod bekämpft.

Darüber berichteten wir detailliert in unserer Sendung "Die gezielte Vernichtung Libyens - ein Augenzeugenbericht" vom 22. Oktober 2015. Unter Gaddafi waren einst alle auf Schriften gegründeten Religionen zugelassen, außer genau diesem terroristischen Islamismus. Über diese Hintergründe schweigen sich jedoch Politiker und Medien geflissentlich aus.

Wenn die deutschen Bürger nun nachweislich ruinös vor den US-Globalistenkarren gescharrt werden und die deutsche Kanzlerin und ihr Ministerteam dies nach allerbesten Kräften unterstützen, beantwortet sich die Frage fast von selbst, wer denn wessen Freund oder Feind ist. ...<<

Die "Neue Rheinische Zeitung" veröffentlichte am 27. April 2016 ein Interview mit dem deutschen Dramatiker Rolf Hochhuth: >>**Krieg und Frieden**

Zum Erscheinen des Buches "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae"

"Wir Deutschen, willenlose Satelliten des Pentagons"

Am 31. März 2016 ist ein ungewöhnliches Buch erschienen. Autor ist Rolf Hochhuth. Es trägt den Titel: "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae". Anlässlich dieses Ereignisses hat Armin Siegert für die russische Nachrichtenagentur Sputnik mit Rolf Hochhuth gesprochen. Sputnik leitet das Interview wie folgt ein: "Rolf Hochhuth, der wohl bekannteste Dramatiker Deutschlands, der vor kurzem seinen 85. Geburtstag feierte, ist bis heute angriffslustig und streitbar. Sein neuestes Buch nennt sich 'Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae', also das Ende Deutschlands. Sputnik hat den Autor gefragt, was er damit meint."

"Wir sind keine souveräne Macht" - "Wir sind Entmündigte"

Herr Hochhuth, Sie nennen Ihr Buch "Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae". Was meinen Sie damit?

Ich meine damit, daß die Amerikaner sehr bald ihren geplanten Krieg gegen Rußland anfangen und wir Deutschen dann vernichtet werden - als stärkstes europäisches Kontingent der Nato, als willenloser Satellit des Pentagons. Ich habe ein ganzes Buch geschrieben, um das zu belegen.

Daß ich nicht in Panik rede, sondern aufgrund von Fakten panisch bin, möchte ich an folgenden Beispielen zeigen. Warum führt die Nato einhundert Meter, nicht Kilometer, vor der russischen Grenze, in Narwa, Estland eine Militärparade durch? Frau Merkel hat immerhin noch eine Teilnahme Deutschlands daran verboten. Dies ist ihr aber schon nicht mehr geglückt bei einem Flottenmanöver der Nato vor der Krim. Warum machen die ihre Manöver nicht zum Beispiel in Gibraltar?

Mein Hauptzeuge ist Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der vierzehn Tage vor seinem Tode mit höchster Beunruhigung gesagt hat, hört endlich mit dem Unfug der Sanktionen auf. Auch Frau Merkel will das natürlich nicht. Aber wir sind Entmündigte. Das Kabinett hat einen ehrlichen Menschen, den Minister Schäuble, der fatalistisch gesagt hat: "Wir müssen uns eben daran gewöhnen, wir sind keine souveräne Macht."

"Die USA werden regiert von der Rüstungsindustrie"

Die amerikanischen Alliierten haben am Ende des Zweiten Weltkrieges Ihre Heimatstadt befreit, sie haben die Genesung der BRD durch den Marshallplan erlebt. Woher kommt Ihr Sinneswandel, sich jetzt gegen den alten Freund, die USA, auszusprechen?

Sie waren eine unglaublich große Nation. Sie haben den Westen Europas befreit, was die Engländer allein nicht hingekriegt hätten. Aber ein Land verändert sich in 75 Jahren. Der Einzelne bleibt ja auch nicht immer gleich. Es sind jetzt andere Leute in Amerika an der Macht, die das vollkommen Wahnsinnige tun, obwohl kein Gegner in Sicht ist. Sie müssen sich immer erst einen suchen jenseits der Weltmeere, im Bewußtsein dessen, daß bei ihnen seit 150 Jahren keine Fensterscheibe kaputt gegangen ist durch Kriege.

Und trotzdem geben sie 51 Prozent ihres Gesamtbudgets ins Militär! Zum Vergleich, Bismarck hat während seiner drei Kriege niemals mehr als 25 Prozent des Etats ins Militär gesteckt. Wozu also dieser ungeheure militärische Aufbau? Antwort: Sie werden regiert von der Rüstungsindustrie, die sonst mit einer Steigerung der Arbeitslosenzahl droht.

"Wir sind verrückt geworden"

Es ist im Moment nicht gerade populär, Verständnis für Rußland zu zeigen. Warum haben Sie

Verständnis?

Uns steht Zurückhaltung gegenüber Rußland besser an, als jedem anderen. Und es ist meine Befürchtung, daß wir nichts als die nützlichen Idioten, das Kanonenfutter für die amerikanische Rüstungsindustrie, die den Krieg braucht, sein werden.

Putin wird ja auch dauernd betrogen. So schrieb Theo Sommer in der ZEIT, Rußland gesteht dem Baltikum zu, sich der EU anzuschließen, und das Baltikum geht in die Nato! Warum tut es das? Wir sind verrückt geworden.

Sie hatten bereits vergangenes Jahr einen offenen Brief an Frau Merkel und Herrn Gauck geschrieben zum Thema Nato. Haben Sie je eine Antwort bekommen?

Von Gauck habe ich eine sehr ausweichende Antwort bekommen. Frau Merkel hat selbstverständlich nicht geantwortet.

"In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse"

Beim Thema Rußland gibt es auch diese merkwürdige Diskrepanz zwischen dem, was Politik und Medien kolportieren, und dem, was das Volk denkt sozusagen. Ist Ihnen das auch aufgefallen?

In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse. Wir haben die verächtlichste Medienlandschaft Europas.

Und in der Politik lehnt der Bundestag die Volksabstimmung ab, die die freie Schweiz seit 170 Jahren hat. Wir sind die geborenen Untertanen und Mitläufer, wie sie Heinrich Mann und nicht nur er gezeichnet haben.

Herr Lammert, der Vorsitzende des Bundestages, hat mir dazu in einem Briefwechsel geschrieben, das Volk kann komplizierte Fragen ja gar nicht beurteilen. Woher weiß er das? Hat er noch nie von Wilhelm Busch gehört, von seiner Maxime: Wer zusieht, sieht mehr, als wer mitspielt?

Wir sind politisch sehr unintelligent. Wir hatten einige große Männer wie Bismarck, dessen oberstes Gesetz zu allen Zeiten die Pflege guter Beziehungen zu Rußland war. Vier Zaren waren mit deutschen Fürstinnen verheiratet. Bismarck wußte, warum. So schrieb Bismarck auch an König Wilhelm, nie einen Krieg mit Rußland anzufangen, weil das Reich selbst im unwahrscheinlichen Falle eines kurzzeitigen Gelingens, einen Krieg mit Rußland niemals hinter sich, sondern immer nur vor sich haben könnte.

So auch bei Hitler, der nach dem größten Siegeszug der Weltgeschichte, die sechs Wochen, in denen er Frankreich überrannt hat, was die Welt schockierte, ich hab das ja selbst erlebt, ich war damals 12 Jahre alt, völlig den Verstand verlor, als er über seinen getreuen Rohstofflieferanten Stalin hergefallen ist.

Und jetzt sind wir wieder soweit. Zwar nicht, um über sie herzufallen und uns sicher auch nicht so ohne weiteres von den Amerikanern vorschicken zu lassen, aber sie machen uns zum potentiellen Kriegsschauplatz.

"Das ist eine verabredete Stillschweigerbande"

Herr Hochhuth, es wurde noch nie so viel geschrieben wie heute. Wie schwierig ist es heute, gehört zu werden?

Was ich Ihnen gerade gesagt habe, würde selbstverständlich keine deutsche Zeitung drucken. Das ist eine verabredete Stillschweigerbande. Das verachte ich.

Die BRD ist ein ekelhaftes Staatsgebilde. Ihre wahre Übersetzung heißt "Banker- und Banau-senrepublik Deutschland", mit einer durchaus unfreien Presse, denn unsere Journalisten zensieren sich selbst.<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 25/26 berichtete am 8. November 2016:

>>**Soll erneut ein Weltkrieg herbeimanipuliert werden?**

Ein geschichtlicher Blick auf die Bedeutung von EU und Nato sowie den Ersten Weltkrieg

*von Wolfgang Effenberger**

Am 24. Juni 2016, keine 24 Stunden nach der Abstimmung der Briten über den Austritt ihres Landes aus der EU, fragte Paul Craig Roberts auf der Webseite des von ihm gegründeten "Institute for Political Economy": "The Brexit Vote - What Does it Mean?" und gab in seinem sprengstoffgeladenen Artikel eine eindeutige Antwort: "Hoffentlich ein Auseinanderbrechen der EU und der Nato und damit die Vermeidung des dritten Weltkriegs".

Für den ehemaligen hohen Beamten im Finanzministerium der Regierung von Ronald Reagan sind die EU und die Nato "böartige Institutionen" ("evil institutions"), die von den USA kreiert wurden, "um die Souveränität der europäischen Völker zu zerstören. Nato und EU ermöglichen Washington die Kontrolle über die westliche Welt. Unter dieser Tarnung wird Washingtons Aggression erst möglich.

Ohne EU und Nato kann Washington Europa und das Vereinigte Königreich nicht in einen Konflikt mit Rußland zwingen. Ohne EU und Nato hätte Washington in den letzten 15 Jahren nicht sieben muslimische Länder zerstören können, ohne als Kriegsverbrecher gehaßt und isoliert zu werden. Kein US-Regierungsmitglied hätte ins Ausland reisen können, ohne verhaftet und vor Gericht gestellt zu werden."

Paul Craig Roberts vernichtende Analyse ist es wert, im historischen Kontext gesehen zu werden:

Der französische Präsident Charles de Gaulle hatte schon früh durchschaut, daß es US-Amerikanern und Briten vor allem um die Anbindung der westeuropäischen Länder an die transatlantischen Pfeiler Nato und EU (damals EWG) ging. Schon in den ersten Monaten des Jahres 1947 hatten die USA aus Resten der Kriegskommandostrukturen des Zweiten Weltkriegs zwei Kommandozentren behalten: im Osten Eurasiens das pazifische Militärkommando PACCOM und im Westen Eurasiens das europäische Militärkommando EUCOM.

Am 4. April 1949 wurde die Nato gegründet mit dem Ziel, "die Russen draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten", so der erste Nato-Generalsekretär Lord Ismay. Und schon im Dezember des gleichen Jahres verabschiedete die Nato den Kriegsplan Dropshot, mit dem 1957 die Sowjetunion angegriffen werden sollte.

Diese imperialen Ambitionen verärgerten de Gaulle zutiefst. Für ihn ging Europa vom "Atlantik bis zum Ural".

Auch wirtschaftlich sollte Europa geteilt werden. Am 9. Mai 1950, den wir heute als "Europa-Tag" feiern, kündigte der französische Außenminister Schuman zur Überraschung der Westeuropäer (Adenauer soll nur wenige Stunden zuvor davon erfahren haben) die Erschaffung einer "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" (EGKS) an.

John Foster Dulles als oberster Strippenzieher

Hinter diesem Plan stand ein ganzes Netzwerk von Politikern, Militärs, Bankern, Industriellen und Spekulanten. Zu einem der Schattenstrategen sollte sich John Foster Dulles entwickeln. Die EGKS ging maßgeblich auf den französischen Unternehmer und Diplomaten Jean Monnet (1888-1979) zurück.

Seit den Verhandlungen in Versailles (1918/19) verband Jean Monnet eine lebenslange politische und persönliche Freundschaft mit John Foster Dulles, damals Berater unter Bernhard Baruch, dem damaligen Chefrepräsentanten der US-Reparationskommission und Mitglied des "War Trade Board" (Zentrales Büro für Planung und Statistik). Unter Baruchs Anleitung hat Dulles im Artikel 231 des Versailler Vertrages die deutsche Kriegsschuld (Alleinschuld) juristisch ausformuliert. Dieser Artikel war der wesentliche Grund für die erste deutsche Delega-

tion unter Graf Brockdorff-Rantzau, die Unterschrift zu verweigern.

Um die Zustimmung zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu erzwingen, wurde die effektive Seeblockade nach dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 fortgeführt. Nachdem am 28. Juni 1919 Außenminister Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum) unter Protest ihre Unterschrift unter den Friedensvertrag von Versailles setzten, wurde die Blockade am 12. Juli 1919 aufgehoben.

1921 war Dulles Mitbegründer des Council on Foreign Relations, wurde Mitglied der "Rockefeller Foundation" und beteiligte sich am "Dawes-" und am "Young-Plan", mit denen die deutschen Reparationszahlungen geregelt werden sollten.

Unter Dulles' wichtigsten Kunden waren nach 1919 Unternehmen wie etwa International Nickel Company oder Overseas Security Cooperation, aber auch Banken wie die J. P. Morgan. Er beriet sie bei Kreditgeschäften und stand ihnen teilweise auch vor. John Foster Dulles und sein Bruder Allen vertraten im Rahmen ihrer Tätigkeit bei der Wirtschaftskanzlei Sullivan & Cromwell US-amerikanische ebenso wie deutsche und europäische Unternehmen. Hierzu zählten die Chase Bank, Ford, ITT, SKF, der I.G. Farben-Konzern sowie die Belgische Nationalbank. Sie vertraten diese Unternehmen aber nicht nur rechtlich, sondern auch als verdeckte Platzhalter für Gesellschaftsanteile und als politische Lobbyisten.

Während des Zweiten Weltkriegs war Dulles auch für die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich tätig.

1945 beriet Dulles Arthur H. Vandenberg bei der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco und arbeitete dort an der Präambel der UN-Charta mit. Später wurde Dulles Mitglied der Generalversammlung in den Konferenzen von 1947 bis 1949. Gleichzeitig schob er die Gründung der Nato an und später ihres südasiatischen Pendant, der SEATO. Als Befürworter des Korea-Kriegs hatte er sich scharf gegen die Eindämmungspolitik (Containment) von Präsident Truman gewandt und sich für eine aggressivere Variante, eine Politik der massiven Abschreckung, eingesetzt.

Als CIA-Direktor beziehungsweise US-Außenminister setzten die Brüder Allen und John Foster Dulles ihre vorherigen Aktivitäten unvermindert fort.

Abschaffung der historischen Nationen Europas

Mit der Gründung der EGKS wurde der erste Schritt zur Abschaffung der historischen Nationen Europas unternommen. Somit ist der Schuman-Plan nicht der Anfang der Konstruktion Europas, sondern der Anfang der Destruktion der einzelnen europäischen Nationen durch supranationale Institutionen.

In den besonderen Beziehungen Großbritanniens zu den USA sah de Gaulle damals eine Gefahr, weshalb er dessen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu verhindern suchte. Seine Distanz zur angloamerikanischen Geostrategie und sein vertrauensvolles Verhältnis zum deutschen Nachkriegskanzler Konrad Adenauer verhinderten eine Wiederholung der Politik Georges Clémenceaus, die das ohnehin schwierige Verhältnis Frankreichs zu Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg vergiftet hatte.

Vom Spaltpilz zum Atompilz

Nachdem Paul Craig Roberts Aussage über die Gründungsmotive von EU und Nato nicht zu widerlegen sind, steht er mit der Furcht vor einem dritten Weltkrieg nicht allein. Am gleichen Tag veröffentlichte der kanadische Journalist, Autor und Menschenrechtler Murray Dobbin im monatlich erscheinenden US-Magazin Counterpunch seinen Artikel "Do We Really Want a War With Russia?"

Das ehemalige Vorstandsmitglied des Canadian Centre for Policy Alternatives meint, die Nato habe sich stetig ausgeweitet, indem sie viele ehemalige sowjetische Republiken absorbierte, wie Polen, Ungarn, Bulgarien, Litauen, Lettland, Estland und Rumänien. Es überrascht kaum, daß Rußland diese Expansion als grobe Verletzung seines Vertrauens in den Westen sieht und

als militärische Bedrohung - vor allem, wenn man bedenkt, daß die Nato offiziell als Bollwerk gegen den Sowjetkommunismus gegründet wurde.

Konsequenterweise hätte also die Nato 1990 aufgelöst werden müssen. Weiter sieht Dobbin Polen als Schlüssel in dieser gefährlichen Scharade. Meint er damit die ähnliche Situation Polens wie 1938/39, als der Krieg mit Spannungen an der polnischen Westgrenze begann? Im Laufe des Jahres 2016 führte die Nato ausgedehnte Manöver durch - Dobbin verweist auf die Operation Anaconda mit 30.000 westlichen Militärs, der größte militärische Aufmarsch an Rußlands Grenze seit der deutschen Invasion Rußlands im Juni 1941.

Polens Präsident: "Wir bereiten uns auf einen Angriff vor"

Dazu paßt die Drohgebärde des polnischen Präsidenten Andrzej Duda: "Das Ziel der Übung ist klar. Wir bereiten uns auf einen Angriff vor."

Nach Dobbins Kommentar erschien am 25. Juni auf der Plattform des Friedensinstituts von Ron Paul ein Artikel mit identischer Überschrift, verfaßt vom international angesehenen US-Journalisten Eric Margolis.

Er hat an der renommierten School of Foreign Service (SFS), Teil der ältesten römisch-katholischen, von Jesuiten geleiteten Universität in den USA, der Georgetown Universität in Washington D.C., seinen Abschluß gemacht. Diese Schule wurde 1919 vom Jesuitenpater Edmund A. Walsh gegründet, der zeitgleich mit Karl Haushofer Politische Geographie lehrte. Heute gehört auch Madame Albright zum Lehrkörper.

Sie sitzt außerdem im Vorstand des Council on Foreign Relations, des Aspen Institute und des Center for American Progress. 2010 legte sie als Leiterin einer Expertengruppe der Nato ein neues strategisches Konzept vor.

Margolis ermahnt alle heutigen Politiker, Christopher Clarks Meisterwerk "Die Schlafwandler" zu lesen und immer wieder zu lesen. Für Margolis beschreibt Clark "detailliert, wie die kleinen Intrigen (small cabals) antideutscher Offizieller in Frankreich, England und Rußland den Ersten Weltkrieg manipulierten, einen Konflikt, der unnötig, idiotisch und unlogisch war, ... wir sehen heute den gleichen Prozeß am Werk.

Die Kriegsparteien in Washington, unterstützt vom militärisch-industriellen Komplex, die zahmen Medien und die Neokons, alle agitieren sie schwer für den Krieg, ... seit Friedrich dem Großen haben weise europäische Staats- und Regierungschefs gelernt, nicht gegen Rußland zu kämpfen, ... man schaudert bei dem Gedanken, künftig Hillary Clinton als Oberbefehlshaberin zu sehen, ... alles was es jetzt braucht, ist ein Terroranschlag wie in Sarajewo, um einen großen Krieg zwischen den beiden Atommächten zu entfachen."

Was bei Christopher Clark nicht zu lesen ist

Was hätte Margolis wohl geschrieben, wenn ihm weitere Zusammenhänge bekannt gewesen wären, die in Clarks Buch nicht zu finden sind? So unterschlägt Clark die Tätigkeit der Marineabteilung im Committee of Imperial Defense: Die langfristige Vorbereitung einer (völkerrechtswidrigen!) See-Blockade gegen Deutschland, die nachhaltig die deutsche Wirtschaft treffen sollte. Über diese legten zwei Mitglieder der Marineabteilung des CID eindeutig Zeugnis ab: Maurice Hankey in "The Supreme Command" und A. C. Bell in "A History of the Blockade of Germany".

In der Marineabteilung wurden seit 1908 derartige Pläne entwickelt, die den 1st Seelord Churchill sehr erfreuten.

Laut dem britischen Marinehistoriker, Marinestrategen und offiziellen Historiker der Royal Navy, Sir Julian Corbett, wurde der Erste Weltkrieg von Lord Hankey und seinen Mitarbeitern innerhalb der britischen Regierung mit "einer geordneten Vollständigkeit im Detail, die keine Parallele in unserer Geschichte hat", geplant.

Bezeichnenderweise sucht man die Autoren Hankey, Bell und Corbett im Index von Christopher Clarks "Schlafwandler" vergebens. Aber auch in den deutschen Publikationen von Wink-

ler, Münkler, Friedrich, Leonhard tauchen sie nicht auf.

Leo Trotzki's Analyse zum Ersten Weltkrieg

Ebenso ein weiterer wichtiger Zeitzeuge, dessen historische Analyse für Großbritannien nicht sehr schmeichelhaft ausfällt: Leo Trotzki.

"... die englische Demokratie hat doch zum imperialistischen Kriege geführt, und zwar nicht nur in dem Sinne allgemeiner Verantwortung aller kapitalistischen Staaten für den Krieg - nein, im Sinne der direkten und unmittelbaren Verantwortung der englischen Diplomatie, die bewußt und berechnend Europa in den Krieg trieb. Hätte die englische 'Demokratie' erklärt, daß sie auf seiten der Entente in den Krieg eingreift, hätten wahrscheinlich Deutschland und Österreich-Ungarn den Rückzug angetreten.

Hätte England seine Neutralität erklärt, hätten wahrscheinlich Frankreich und Rußland diesen Rückzug angetreten. Aber die britische Regierung hat anders gehandelt: Sie hat heimlich der Entente ihre Unterstützung versprochen, Deutschland und Österreich-Ungarn auf die Möglichkeit der Neutralität rechnen lassen und sie irregeführt. So hat die englische 'Demokratie' den Krieg provoziert ..."

"Merchants of death" und die Lehren aus dem Weltkrieg

Es waren also größere Kabale als die "small cabals", die 1914 in den Krieg führten. Letztlich war es ein kleiner Kreis von britischen Politikern, die hinter dem Rücken ihrer ahnungslosen Kollegen agierten: Edward Grey, Richard Haldane, Herbert H. Asquith und nicht zuletzt Winston Churchill. Sie überrumpelten Kabinett und Parlament, während im Hintergrund Lord Milner die Strippen zog. 1934 begann unter dem Vorsitz des Senators Gerald Nye das Senate Munitions Investigating Committee, den Einfluß amerikanischer Banken und Waffenfabrikanten auf den Kriegseintritt im Jahr 1917 zu untersuchen.

Der Ausschuß fand heraus, daß die Waffenindustrie neben Preisabsprachen vor und während des Krieges starken Einfluß auf die US-Außenpolitik genommen hatte. Wegen der immensen Kredite an die Entente hätten die Morgan-Banken bei einer Niederlage der Entente Insolvenz anmelden müssen.

Nach zwei Jahren (93 Anhörungen und 200 Zeugen, darunter J. P. Morgan) kam das Komitee zu dem Ergebnis, daß die USA von den "Kaufleuten des Todes" (Merchants of death), Bankiers und Rüstungsindustriellen, in den Krieg "getrickst" worden seien.

Kommt uns dieses Szenario nicht bekannt vor? Spätestens seit 2008 sind hinter den globalen Unruhen und Konflikten die Interessen einer entfesselten Gier nach Renditen und Ressourcen erkennbar. Wie damals werden Konflikte geschürt, wenn nicht sogar provoziert, um Volkswirtschaften aufzubrechen und Länder abhängig zu machen. Der Imperialismus ist nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs begraben worden.

Der Blick in die jüngste Geschichte zeigt, daß die meisten der heutigen globalen Verwerfungen ihre Wurzeln in der imperialen Politik zu Beginn des 20. Jahrhunderts haben. Es ging um schonungslose Ausbeutung und Mißachtung anderer Kulturen. Mit dem Frieden von Versailles wurden Kränkungen manifestiert, die sich nicht dauerhaft unterdrücken lassen. So könnte der hundertste Jahrestag von Versailles Anlaß sein, daß alle Betroffenen den Balken in ihrem Auge erkennen und einen Prozeß der Heilung einleiten - so könnten endlich die 14 Punkte von Wilson nachträglich verwirklicht werden.

Voraussetzung dafür ist allerdings die Auflösung der heutigen imperialen westlichen Strukturen. Mit dem Austritt Großbritanniens aus der Nato-dominierten EU könnte der Neustrukturierungsprozeß hin zu einer wirklichen Europäischen Gemeinschaft eingeleitet werden, einer europäischen Gemeinschaft, die Rußland einbezieht.

*Wolfgang Effenberger, 1946 geboren, ist Publizist und Buchautor. Seine beiden aktuellen Bücher heißen "Wiederkehr der Hasardeure. Schattenstrategen, Kriegstreiber, stille Profiteure 1914 und heute" (gemeinsam mit Willy Wimmer), 2014 und "Geo-Imperialismus. Die Zerstö-

rung der Welt", 2016 ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. April 2017 (x887/...):
>>"**Deutschland sollte kein besetztes Land mehr sein**"

von Eva Herman

Ein erstaunliches Interview wurde vor wenigen Tagen von dem Internet-Sender Querdenken.TV veröffentlicht. Michael Friedrich Vogt, Publizist und ehemaliger Honorarprofessor für Journalistik an der Universität Leipzig, hatte Mitte April 2017 in Moskau den stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Duma, Wladimir Wolfowitsch Schirinowski, getroffen. Der Rechtsanwalt und studierte Türkeiwissenschaftler ist Chef der liberaldemokratischen Partei und sitzt im russischen Parlament. Die Sichtweise der Russen, die Schirinowski hier vertritt, steht im konträren Widerspruch zu den Aussagen der deutschen Politiker und Medien. Um so interessanter ist es, diesen selten zu findenden Aussagen zuzuhören.

Gleich vorweg: Am Ende des Interviews stellte Schirinowski fest, daß man von russischer Seite aus bereit sei, die berühmte Frage der "deutschen Ostgebiete" zusammen mit Deutschland zu lösen. Vogt dazu: "Damit stellt sich Wladimir Schirinowski in eine über 70-jährige Tradition sowjetisch/russischer Politik. Schon Stalin hatte 1952 mit seiner berühmten Stalinnote die Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete im Tausch gegen eine deutsche Neutralität und Nichteintritt in die NATO angeboten.

Nikita Chruschtschow wiederholte ein solches Angebot 1955, Andropow in den 80er Jahren und bei der deutschen Wiedervereinigung kam im Sommer 1990 ein neues Angebot über die Rückgabe des sowjetischen Teils Ostpreußens mit Königsberg von Gorbatschow."

Vogt fügt in der Ankündigung des Interviews eine Aussage des offiziellen Russischdolmetschers Ernst Nagorny aus dessen Nachlaß an: "Als Michail Gorbatschow 1990 in Dresden gefragt wurde, ob im Zusammenhang mit einer Vereinigung Mitteldeutschlands mit der BRD auch eine Angliederung der deutschen Ostgebiete in Aussicht genommen sei, war Gorbatschows Antwort:

"Ja, das wollte ich. Wir hatten die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit seinen polnisch besetzten Teilen auszuarbeiten. Aber bei den 2-plus-4-Verhandlungen mußte ich zu meinem Erstaunen feststellen, daß Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher die deutschen Ostgebiete Ostpreußen, Pommern und Schlesien gar nicht wollten. Die Polen wären bereit gewesen, die deutschen Provinzen Deutschland zurückzugeben. Aber der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierung in Warschau beknetet, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. 'Die Deutschen akzeptieren diese Grenze', waren seine Worte. Nur die DDR sollte angegliedert werden."

Zu den derzeit aktuellen Themen traf Schirinowski ebenfalls klare Aussagen, wie man sie in westlichen Medien nur zu selten hört. Zum Thema einer angeblichen Annexion der Krim von seiten Rußlands stellte der russische Politiker wörtlich klar:

"Die Krim ist russische Erde, sie gehörte immer zum russischen Reich oder der Sowjetunion. Und die absolute Mehrheit der Krimbewohner kehrte mit Vergnügen in die Struktur Rußlands zurück. Es gibt keine Annexion. Wir haben kein fremdes Land erobert. Ab dem Moment der illegitimen Teilung der UdSSR haben sie immer ihre Unabhängigkeit für sich reklamiert und haben stets die Rückkehr nach Rußland gefordert. Das ging über 26 Jahre. Es gab keine bewaffneten Auseinandersetzungen während des Anschlusses der Krim. Und jetzt - überhaupt: Es herrscht eine vollkommene Feststimmung. Alle sind zufrieden, und das alles sind die Wünsche der Krimbewohner und der Bewohner unseres Landes."

Michael Vogt sprach die aktuelle Lage in der Ukraine an. Die Antworten Schirinowskis klingen ähnlich gegensätzlich zum deutschen Massenmedien-Einheitsbrei, wie es schon zur Krim-Thematik und zu den deutschen Ostgebieten der Fall ist. Es sind Antworten, die wir dort niemals zu lesen bekommen würden: "Meine persönliche Meinung: Die ganze Ukraine sollte

zurückkehren und Teil Rußlands werden. Ein Gouvernement, wie es zu Zeiten des Zaren war. Wenn die Ukrainer das nicht wollen, dann wird das Land, wie in Afrika, zu einer Art Somalia: Krieg, innere Fehden, Provokation, nichts Gutes, weder für Rußland, noch für Europa." Unheilvolle Worte Schirinowskis folgten zur derzeitigen Lage Europas:

"Zwischen den bekannten deutschen Repräsentanten wird darüber gesprochen, daß es ein Szenario gibt, nach dem ein Krieg zwischen Rußland und Deutschland auf dem Territorium der Ukraine - und zwar wegen der Ukraine - stattfinden soll. Es gibt einen solchen Plan. Der Krieg sollte schon im Sommer 2016 anfangen, er hat nicht angefangen. Jetzt planen sie ihn für den Sommer 2017."

Schirinowski verurteilte die NATO-Osterweiterung, vor allem in den baltischen Ländern. Sie stelle eine immense Gefahr für den Frieden in Europa, ganz speziell für Deutschland, dar: "Wir haben Deutschland gebeten, aus der NATO auszutreten. Und es würde ein großes Deutschland sein, ohne Besatzungstruppen, das demokratischste in Europa. Aber, nein! Und die DDR wurde hineingezogen, und sie alle zusammen sind jetzt in der NATO. Die deutschen Soldaten sind schon im Baltikum! Doch warum machen sie das? Dieser Krieg wird der letzte sein. Alles wird vernichtet. Ganz Europa wird vernichtet. Man sollte darüber nachdenken. Amerika ist weit weg. Und wir haben noch hinter dem Ural genug Territorium. Und was bleibt von Europa nach dem Krieg?"

Schirinowski erläuterte die seit nahezu 200 Jahren verursachten Störungen der russisch-deutschen Beziehungen durch Großbritannien, die USA und Frankreich. Ihnen sei die russisch-deutsche Allianz ein Dorn im Auge, die zu friedvoller Macht führen und ihnen deshalb gefährlich werden könnte. Und so würden seit 200 Jahren Konflikte und Störungen produziert:

"Man soll damit Schluß machen. Deutschland ist doch eine kluge Nation. Es ist an der Zeit, sich endlich aus der Falle zu befreien, in die Deutschland seit fast 200 Jahren getrieben wurde und endlich mit Rußland zusammenzuarbeiten. Wir mischen uns nicht ein in die inneren Angelegenheiten Deutschlands. In erster Linie sollte es aufhören, ein besetztes Land zu sein und immer nach Washington zu fahren und um Erlaubnis nachzufragen. Es soll vollständig selbstständig sein, und ich bin sicher, daß die meisten Deutschen für ein Bündnis mit Rußland sein werden anstatt für das Bündnis mit Amerika."

Falls es dazu käme, daß das deutsche Volk Rußland um Hilfe bäte, wie würde Rußland entscheiden, fragte der Journalist schließlich. Die Antwort Schirinowskis dürfte so manchem Hoffnung und Trost geben: "Hilfe für Deutschland? Und Europa? Wir leisten jede Hilfe. ... Es ist die Bestimmung Rußlands, in kritischen Momenten Hilfe zu leisten bei der militärischen Lösung jedes Problems, jeder Frage."

Schirinowski beendete das Interview mit der bereits zu Anfang erwähnten Thematik der deutschen Ostgebiete: "Wir haben den Deutschen die östlichen Gebiete weggenommen und den Polen gegeben. Aus welchem Grunde befinden sich heute die Polen auf dem deutschen Territorium? Man kann alles Deutschland wiedergeben. Dabei können wir helfen. Beim deutschen Hafen Memel, Klaipeda, wir können dabei helfen, für Deutschland das ganze Preußen wieder herzustellen. Keiner hilft, nur wir!"<<

Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 16. November 2017: >>"Das ist unfassbar "Bundeswehr kämpft mit kaputten Panzern

Die Bundeswehr sieht sich einem Bericht zufolge mit ausgeprägten Ersatzteil-Engpässen konfrontiert. Von 244 Kampfpanzern seien derzeit nur noch 95 einsatzbereit. ...

Strukturelle Mängel an der Spitze?

"Das ist unfassbar", kommentierte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Wolfgang Hellmich. Trotz aller Bekundungen der Spitze des Ministeriums zur Verbesserung des Beschaffungswesens lägen "tiefgreifende Mängel" vor, die struktureller Art seien, erklärte der

Verteidigungsexperte.

"Wie soll die Truppe denn in Übung gehen, einsatzbereit sein, wenn ein Drittel des Bestandes schon in der Nutzung, also in Übung und Einsatz, ausfällt und nicht repariert werden kann, weil Ersatzteile fehlen und nicht beschafft werden können?", sagte Hellmich und fügte hinzu: "Es muß die Frage gestellt werden, wer die Verantwortung für dieses Desaster trägt." ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 17. April 2018 (x1.000/...):

>>**NATO steht im diametralen Gegensatz zur UNO** (Interview mit Alfred de Zayas)

Alfred de Zayas, US-amerikanischer Historiker und Völkerrechtsexperte, deckt schonungslos die Verbrechen und Aggression der US geführten NATO und deren willfährige Verbündete in den sogenannten "humanitären" Kriegen auf. ...

Historiker, Pädagogen, Finanz- und Wirtschaftsexperten, Ärzte und Vertreter anderer Berufe haben sich zur Schweizer Medienplattform "Zeitgeschehen im Fokus" zusammengeschlossen, um einen Beitrag zur Meinungsvielfalt zu leisten. Denn, so die Mitwirker:

Die aktuelle Medienlandschaft, die sich im Eigentum und unter der Kontrolle von an einer Hand abzählbaren Familien befindet, liefere keine unabhängige und umfassende Meinungsbildung, wie sie für eine Demokratie notwendig wäre. "Zeitgeschehen im Fokus" wolle keinen Sensationsjournalismus, sondern sorgfältige und seriöse Recherchen und fühle sich der Wahrheit und unserem Gewissen verpflichtet.

Am 9. April veröffentlichte "Zeitgeschehen im Fokus" ein Interview mit dem renommierten US-amerikanischen Historiker und Völkerrechtsexperten Prof. Dr. Alfred de Zayas zum Thema "Die NATO steht im diametralen Gegensatz zur UNO".

Professor de Zayas wurde auf Kuba geboren und wuchs in Chicago auf. 1981 arbeitete er als Jurist am Zentrum für Menschenrechte der Vereinten Nationen in Genf, später bis 2003 im Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte.

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen ernannte ihn im März 2012 für einen Zeitraum von drei Jahren zum "Unabhängigen Experten für die Förderung einer demokratischen und gerechten Weltordnung". Das in der Ausgabe vom 9. April 2018 abgedruckte Interview mit ihm läßt aufmerken.

Denn Prof. de Zayas deckt schonungslos verheerende Verstöße gegen geltendes Völkerrecht der US-geführten NATO, gerade auch bei sogenannten "humanitären" Kriegseinsätzen, auf. Dabei beleuchtet er die Rolle der Leitmedien und der Justiz und wirft ein sehr bezeichnendes Licht auf die aktuelle Syrienkrise, insbesondere da nach den Angriffen der USA, Frankreichs und Großbritanniens auf Syrien vom 13./14. April die NATO geschlossen hinter seinen Mitgliedsstaaten steht. Dies sagte Generalsekretär Jens Stoltenberg am 14. April nach einer Sondersitzung des Nordatlantikrats in Brüssel. Der Einsatz von Chemiewaffen sei verboten, barbarisch und dürfe nicht ungestraft bleiben.

Doch nun direkt zu dem gekürzten Interview in nachgesprochener Textform.

Zeitgeschehen im Fokus: Wie ist der Überfall der USA auf den Irak heute vor 15 Jahren völkerrechtlich zu beurteilen und welche weiteren Auswirkungen hatte dieser Überfall auf die Respektierung des Völkerrechts?

Professor de Zayas: Es war eine Urkatastrophe. Es ging nicht um eine banale, herkömmliche Verletzung des Völkerrechts, sondern es ging darum, das Völkerrecht ganz und gar auszuschalten und durch die imperiale Diktatur der Vereinigten Staaten zu ersetzen. Seit 1945 hat es keine so umfassende Verletzung der allgemeinen völkerrechtlichen Normen und Sitten mehr gegeben wie im März 2003.

Zeitgeschehen im Fokus: Wie kommen Sie zu dieser Beurteilung?

Professor de Zayas: Es ging um eine völlig unprovokierte Vergewaltigung eines Volkes durch die USA mit der kriminellen Unterstützung von einer sogenannten "Koalition der Willigen", von 43 Staaten, die die Aggression der Vereinigten Staaten mitgetragen haben. Unter diesen

Staaten befanden sich eine Reihe europäischer, angeblich "demokratischer" Staaten, die gegen den Willen ihrer eigenen Völker - es gingen Millionen von Menschen in den europäischen Metropolen auf die Straße, in Rom, Mailand, Madrid, Barcelona, London etc. - in den Krieg gingen. Und dies trotz der Proteste der Bürger gegen den geplanten Mord, gegen die Manipulation der öffentlichen Meinung, gegen diese Lügen über angebliche Lager von Massenvernichtungswaffen.

Zeitgeschehen im Fokus: Ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht also?

Professor de Zayas: Ja, schockierend war, daß die Staaten bewußt die UNO-Charta zur Seite schoben, als ob sie nicht mehr relevant wäre und bewußt Artikel 2 Abs. 3 und Abs. 4 der Charta verletzt haben. Zu der Zeit waren Hans Blix und Mohammed el-Baradei UNO-Inspektoren in Bagdad, und sie hatten damals festgestellt, daß keine Massenvernichtungswaffen vorhanden waren. Die beiden waren im Auftrag des UNO-Sicherheitsrats dort, und es gab natürlich keine UNO-Resolution, die eine militärische Aktion hätte rechtfertigen können. Trotzdem haben 44 Staaten diese Urverletzung des Völkerrechts unterstützt.

Zeitgeschehen im Fokus: Hätten diese Staaten nicht zur Rechenschaft gezogen werden müssen ...

Professor de Zayas: ... Ja, schon allein deswegen, weil der Krieg ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Statuts von Rom stattfand, das den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) ins Leben gerufen hatte. Hier lag nicht nur ein Verbrechen der Aggression vor, sondern darauffolgend Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit.

Zeitgeschehen im Fokus: Was macht der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag?

Professor de Zayas: Dieser beschäftigt sich mit den kleineren Verbrechen von Afrikanern, und die großen wie George W. Bush oder Tony Blair, Dick Cheney, Paul Wolfowitz, Richard Pearl, Donald Rumsfeld und andere laufen alle frei herum. Diejenigen, die an der Vergewaltigung eines Volkes mitgewirkt, die über eine Million Opfer auf dem Gewissen haben, sie sind in keiner Weise belangt worden. Darum handelt es sich um eine Urkatastrophe im Sinne der internationalen Ordnung. Wehe, wenn die Organe, die die Menschheit schützen sollen, uns verraten, und wenn die Instrumente der "Justiz" nicht justizfähig sind.

Zeitgeschehen im Fokus: Was heißt "im Sinne der internationalen Ordnung"?

Professor de Zayas: Die internationale Ordnung muß auf bestimmten Prinzipien basieren. In meinem letzten Bericht an den UNO-Menschenrechtsrat habe ich 23 solcher Prinzipien der Weltordnung formuliert. Das Prinzip der Friedenserhaltung, das Prinzip des Dialogs, also sämtliche Differenzen durch friedliche Mittel auf dem Verhandlungsweg zu lösen, wurde von der "Koalition der Willigen" am 20. März 2003 über Bord geworfen. Plötzlich galt die UNO-Charta nicht mehr, und die UNO war ganz und gar irrelevant. Es gab keine Grundlagen für eine friedliche internationale Ordnung mehr, sondern es zählte nur der Wille des Herrschers in Washington.

Zeitgeschehen im Fokus: Gab es nicht schon vorher Tendenzen, das Völkerrecht, insbesondere die UNO-Charta, auszuschalten?

Professor de Zayas: Ja, natürlich, wir hatten bereits ein paar Jahre früher einen sogenannten Testlauf, eine Probe. Denn im Jahre 1999 wurde Jugoslawien ohne eine Resolution des UNO-Sicherheitsrates, ohne Provokation seitens Jugoslawiens von der NATO angegriffen - natürlich mit absurden Vorwänden. Schon wieder ein Verbrechen gegen den Frieden im Sinne des Artikels 6a des Statuts des Nürnberger Tribunals nach dem Londoner Abkommen vom 8. August 1945.

Das, was in den Nürnberger Prozessen 1945-46 konsequent gegen Joachim von Ribbentrop, gegen Hermann Göring und die großen Nazis angewendet und ihre Verbrechen geahndet wurden, nämlich das Urverbrechen der Aggression, wurde von der NATO bei völliger Straflosigkeit begangen. Was 1999 von den USA im Verbund mit der NATO ausprobiert wurde, setzte

sich 2001 in Afghanistan fort und dann ganz massiv 2003 im Irak. Ein Artikel aus meiner Feder, der am 20. März 2003 in der "Welt" veröffentlicht wurde, trug den einfachen Titel: "Dieser Krieg ist völkerrechtswidrig".

Zeitgeschehen im Fokus: Was haben Sie in diesem Artikel dargelegt?

Professor de Zayas: Es ging darum, unter welchen Umständen man nach der internationalen Ordnung, also der UNO-Charta, Gewalt anwenden könnte. Ich bin zu dem klaren Schluß gekommen, daß in diesem Fall keine Gewalt angewendet werden durfte, zumal der UNO-Sicherheitsrat bereits damit beschäftigt war, mit Inspektoren in Bagdad, im Irak zu untersuchen, ob es überhaupt noch Massenvernichtungswaffen dort gäbe.

Zeitgeschehen im Fokus: Inwieweit hat der massive Bruch des Völkerrechts im weiteren Verlauf der Geschichte Auswirkungen gehabt?

Professor de Zayas: Es war ein sehr gefährlicher Präzedenzfall, und wir haben es gesehen, wie weiterhin einige mächtige Staaten so handeln, als ob sie das Völkerrecht zur Seite geschoben hätten, als ob das Völkerrecht nicht mehr gelte.

Zeitgeschehen im Fokus: Was für einen Vorgang haben Sie dabei im Blickfeld?

Professor de Zayas: Das war im Jahr 2011, als die NATO mit massiven Luftschlägen Libyen zerstört hat. Eigentlich hätte es sich um humanitäre Hilfe handeln müssen. Es ging aber um den verbrecherischen Mißbrauch des Sicherheitsrates und die bis zur völligen Absurdität getriebene Ausweitung der Resolution 1973, die lediglich eine humanitäre Hilfe für das leidende Volk in Libyen vorgesehen hatte.

Niemals hätte der Sicherheitsrat grünes Licht für einen Krieg gegen Libyen gegeben. Aus einer humanitären Resolution wurde eine massive Aggression gegen die Regierung Gaddafis. Wir sehen es überall in der Welt, daß die USA das Völkerrecht mit Füßen treten und agieren, als ob sie von allen Gesetzen losgelöst wären. Der Internationale Strafgerichtshof hat bisher niemanden für die Aggressionen und Kriegsverbrechen in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien zur Rechenschaft gezogen. Deshalb bin ich für eine Abschaffung des ICC, als dieses Tribunal weiterhin als eine Maskerade laufen zu lassen. Er hätte nur dann eine Legitimation, wenn die großen Verbrecher wie Bush, Blair usw. belangt würden.

Zeitgeschehen im Fokus: Wie sieht es mit dem heutigen Präsidenten der USA aus?

Professor de Zayas: Auch er müßte wegen der illegalen Einmischung der USA im Syrien-Krieg, wegen der Unterstützung des verbrecherischen Krieges Saudi-Arabiens gegen Jemen, wegen der Unterstützung und Finanzierung der Verbrechen des Staates Israel in Palästina und Gaza - aber auch wegen der Sanktionen gegen Kuba und Venezuela belangt werden.

Artikel 7 des Statuts von Rom verbietet Verbrechen gegen die Menschheit. Sicherlich liegt ein Verbrechen gegen die Menschheit vor, wenn unilaterale Sanktionen aus geopolitischen und ökonomischen Gründen verhängt werden und als Folge davon die medizinische Versorgung beeinträchtigt wird. Menschen sterben, weil sie kein Insulin oder keine Antimalariamittel bekommen können. Menschen sterben aufgrund mangelnder Lebensmittel an Unterernährung.

Zeitgeschehen im Fokus: Was kann man dagegen tun?

Professor de Zayas: Man muß die Anzahl der Fälle zusammenstellen, um beweisen zu können, daß diese Sanktionen nicht harmlose politische Sanktionen sind, sondern sie töten Menschen. Das wäre durchaus eine Sache, die die Existenz eines Internationalen Strafgerichtshofs rechtfertigen würde. Bisher sind es vor allem Afrikaner, die vor diesem Tribunal stehen. Es ist durch und durch eine unbefriedigende Situation, die die Glaubwürdigkeit nicht nur des Tribunals, sondern auch der UNO in Frage stellt.

Zeitgeschehen im Fokus: Lassen Sie uns nochmals auf die Bedeutung des 20. März 2003 zurückkommen.

Professor de Zayas: Ja, es war ein Versuch, die Irrelevanz der UNO zu beweisen. Eine massi-

ve Verletzung des Völkerrechts konnte geschehen, und die UNO unternahm nichts dagegen. Selbst der damalige Generalsekretär der UNO, Kofi Annan, hat zunächst gesagt, daß dieser Krieg nicht im Einklang mit der UNO-Charta stehe, und als er von der Presse bedrängt wurde, sagte er im Klartext, der Krieg sei illegal. Dies geschah aber ohne Konsequenzen für die Verbrecher.

Zeitgeschehen im Fokus: Besteht aktuell die Gefahr, daß die USA erneut nach beschriebenem Muster vorgeht?

Professor de Zayas: Wir haben drei Situationen: 2003 im Irak, 2011 in Libyen und heute wird Venezuela bedroht. Rex Tillerson, der ehemalige Außenminister der USA, hat klar angedeutet, daß eine militärische Aktion gegen Venezuela durchaus denkbar wäre. Das ist eine klare Drohung. Natürlich wäre diese Aktion illegal, aber die USA kümmern sich kaum darum, ob eine Aktion illegal ist oder nicht.

Zeitgeschehen im Fokus: Beim Irakkrieg 2003 hatten Frankreich und Deutschland eine andere Haltung eingenommen.

Professor de Zayas: Ja, was fehlt, ist ein Widerstandswille gegen das vorherrschende Gebaren der USA. Die NATO ist eine kriminelle Organisation im Sinne des Nürnberger Statuts. Ich kann das nicht anders bezeichnen. Die NATO ist da, andere Staaten zu bedrohen und unter Umständen auch anzugreifen. Seit der Warschauer Pakt aufgelöst ist, gibt es keine Legitimation mehr für die NATO. Die NATO steht im diametralen Gegensatz zur UNO, da sie sich weder an der UNO-Charta noch an das dort festgehaltene Gewaltverbot hält. Wir sehen eine Erosion des Völkerrechts und eine Zerstörung der wichtigsten völkerrechtlichen Normen. In dem Sinn leben wir in einer gefährlichen Zeit.

Zeitgeschehen im Fokus: Womit hängt es zusammen, daß der Widerstandswille gegen diese Entwicklungen nicht stärker sichtbar ist?

Professor de Zayas: Das hängt unter anderem auch mit unseren Medien zusammen. Dabei geht es nicht nur um Fake News. Was fehlt, ist, daß sich die Menschen ein umfassendes Bild machen können, was auf der Erde geschieht und so einen Standpunkt bekommen. Wir sehen das zum Beispiel in Syrien. Syrien ist ein Stellvertreter-Krieg.

Es ist ein künstlicher Krieg. Hier hätte man ohne die Einmischung der USA, Saudi-Arabiens, Israels und der Türkei keinen Krieg. Hier waren gewalttätige Demonstrationen im Jahre 2011, die die Syrer ohne weiteres untereinander hätten regeln können. Aber durch den völkerrechtswidrigen Eingriff der anderen Staaten ist das Ganze zu einem internationalen Krieg eskaliert. Die Medien berichten aber einseitig, sie unterdrücken wichtige Fakten, sie lügen. Widerstandswille kann nur durch umfassende Information und moralische Empörung erzeugt werden.

Zeitgeschehen im Fokus: Wie beurteilen Sie die Rolle Rußlands?

Professor de Zayas: Rußland ist der einzige Staat, der in Syrien legal agiert. Rußland wurde offiziell von Syrien um Unterstützung angefragt. Bei einem Bürgerkrieg darf sich kein dritter Staat einmischen, es sei denn, er wird von der legitimen Regierung angefragt. Rußland hat aber auch in seiner Kriegsführung das Prinzip der Verhältnismäßigkeit eingehalten. Es hat nicht mehr gemacht als militärisch vertretbar und notwendig war. Die Verhältnismäßigkeit ist hier eingehalten worden.

Zeitgeschehen im Fokus: Welche Rolle spielen in diesem Konflikt die Medien?

Professor de Zayas: Wir hören ständig von chemischen Waffen, aber eine ordentliche Beweisführung erfolgt nicht, obwohl die Regierung in Syrien das mehrfach verlangt hat. Es werden Behauptungen und Vorwürfe formuliert. Was nicht ins Bild paßt, wird unterdrückt. Zum Beispiel am Freitag, 16. März (2018), als syrische Truppen einen Teil von Ost-Ghouta zurückerobert hatten, fanden sie dort eine chemische Waffenfabrik, die Terroristen betrieben hatten. Das habe ich in mehreren alternativen Nachrichten lesen können. Vor allem ein Artikel von

einer Amerikanerin, die diese Fragen stellt. Das erklärt vieles und deshalb wird diese Erkenntnis unterdrückt. ...

Zeitgeschehen im Fokus: Herr Professor de Zayas, vielen Dank für das Gespräch.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 22. April 2018 (x1.000/...):

>> Eskalation gegen Rußland: "Weltkriegsgefahr" oder hinterlistige Strategie?

... Die Welt hielt den Atem an: Nach dem angeblichen Giftgasangriff in Syrien vom 7. April 2018 hat US-Präsident Donald Trump Rußland gedroht, ein Militärschlag stehe bevor. (www.kla.tv/giftgas-angriff-in-syrien) Demgegenüber warnte Rußland nach Angaben seines Botschafters im Libanon, Alexander Sasykin:

"Sollte es einen Angriff von Seiten Amerikas geben ..., werden die Raketen abgeschossen und die Objekte angegriffen, von denen sie abgefeuert wurden". Besorgte Stimmen selbst in Trump nahestehenden US-Medien haben offen vor einem dritten - und wohl letzten - Weltkrieg gewarnt. Militärexperten ließen verlauten, daß eine militärische Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland mit dem Einsatz von Kernwaffen enden werde.

Wie wahrscheinlich ist es nun, daß die Welt vor einem unkontrolliert eskalierenden Krieg zwischen den zwei größten Atommächten stand bzw. immer noch steht? Wir erinnern wiederum an unseren Lehrfilm "Wie funktionieren moderne Kriege?" (www.kla.tv/3359)

Darin wird dargelegt, wie es der sogenannte "Angreifer" schafft, seine größten Rivalen in Kriege zu verwickeln und sich anschließend als Retter aufzuspielen. Demnach greift der wahre Angreifer und Kriegstreiber erst ein, wenn "alle Länder ihre letzte Munition verschossen, ihre besten Leute verloren haben und ruiniert sind, ... um nun alle miteinander zu besiegen".

Zwar schüre er Provokationen, die er gezielt seinen größten Rivalen in die Schuhe schiebt - siehe Giftgasvorwürfe -, doch lasse er dann andere Länder vor, "mit ihren eigenen Waffen und Armeen gegen seinen größten Rivalen auszuziehen". Könnte es sein, daß der "Angreifer" - in diesem Fall das "Imperium USA" - eine direkte Konfrontation mit seinem größten Rivalen - offensichtlich Rußland - möglichst lange hinauszögert?

Der US-amerikanische Publizist und stellvertretender Finanzminister während der Regierung Reagan, Paul Craig Roberts, sprach von einem sehr begrenzten Angriff der USA, Großbritanniens und Frankreichs, in der Nacht zum 14. April 2018, mit Raketen auf Ziele in Syrien. Keine wesentlichen syrischen Standorte seien getroffen worden und keine Russen waren in Gefahr. Dies scheine darauf hinzudeuten, so Roberts, daß das US-Militär sehr umsichtig einen Angriff vermieden habe, der einen russischen Gegenangriff zur Folge gehabt hätte.

Der US-Botschafter in Rußland erklärte, die US-Angriffe seien mit Rußland koordiniert worden, um eine Konfrontation zwischen den Großmächten zu vermeiden. "Russia Insider", ein in den USA stationiertes Nachrichtenportal, folgerte daraus, daß Trump mit dieser "Übung" ermöglicht werden sollte, sein Gesicht zu wahren. (www.kla.tv/12276) So wie Roberts herausgefunden hat, wollte der US-Generalstab auch aus folgendem Grund keinen Konflikt mit Rußland riskieren:

"Nicht etwa, daß der Generalstab moralisch höher stünde oder ihm die Toten und Verletzten etwas ausmachen würden oder gar, daß er keinen Krieg beginnen möchte, der auf Lügen basiert. Nein: Die Weigerung des Generalstabes gründete darauf, daß die Schiffe der US-Marine nicht ausreichend gegen die neuen russischen Waffensysteme geschützt waren. Ein Angriff, der von Rußland erwidert würde, könnte die US-Flotte versenken und damit den USA eine demütigende Niederlage bescheren, die die amerikanische militärische Leistungsfähigkeit diskreditieren würde."

Roberts warnte aber auch, es wäre ein Fehler anzunehmen, daß der Konflikt beigelegt sei: "Ein Krieg ist noch immer möglich." Die nächste von Washington inszenierte Krise werde zu Bedingungen stattfinden, die nicht mehr so günstig für Rußland sein werden. In seiner sogenannten Stratfor-Rede vom 4. Februar 2015 legte der US-amerikanische Geostratege George

Friedman dar, daß die USA möglichst selten direkt militärisch eingreifen müßten. Vielmehr sei es, ich zitiere Friedman: "die zentrale Strategie der US-Geopolitik, konkurrierende Mächte gegeneinander aufzuhetzen und in den Krieg zu treiben." (www.kla.tv/5586, www.kla.tv/5588, www.kla.tv/7271)

Dies gilt es nun im Konflikt mit Rußland weiter zu beobachten. Auch ist zu beachten, daß der eigentliche "Angreifer und Kriegstreiber" nicht aus einer ganzen Nation besteht, sondern aus ein paar wenigen superreichen Drahtziehern im Hintergrund. Diese wenigen Kriegstreiber haben daher nur eine Chance, wenn sie einerseits durch Manipulation, Korruption, Erpressung usw. einen Teil der Menschheit auf ihre Seite ziehen und wenn sie andererseits die Menschen gegeneinander aufhetzen können:

Nation gegen Nation, Religion gegen Religion, Links gegen Rechts, usw. Diese wenigen, größten Verbrecher der Menschheitsgeschichte hätten jedoch keine Chance, würde der Rest der Menschheit zusammenhalten und sich nicht ausspielen lassen! Demnach scheint die größte Gefahr derzeit nicht eine Eskalation zwischen den Großmächten zu sein, sondern eine eskalierende Spaltung unter Menschen und Nationen.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 21. Mai 2018 (x1.000/...):

>>**Immunität der NATO noch zeitgemäß?**

... Khaled al-Hamedi, Präsident der "International Organization for Peace, Care and Relief" OPCR, das ist die internationale Organisation für Frieden, Fürsorge und Hilfeleistungen, verlor durch die vorsätzliche Bombardierung seines Wohnhauses im libyschen Surman am 20.6.2011 dreizehn seiner Familienmitglieder, darunter drei Kinder und seine schwangere Frau. Er forderte, daß die NATO für dieses und ähnliche Kriegsverbrechen in Libyen zur Rechenschaft gezogen wird.

Die NATO hingegen beruft sich auf das Ottawa-Abkommen von 1951, das dem Militärbündnis Immunität garantiert. Das belgische Berufungsgericht, dem Khaled al-Hamedi seinen Fall vorlegte, gab der NATO in seinem Urteil vom 23.11.2017 Recht. Ist es angesichts der Häufigkeit und Schwere der begangenen Kriegsverbrechen nicht an der Zeit, die Immunität der NATO aufzuheben?

Warum sollte sie Menschen- und Völkerrecht ungestraft mit Füßen treten dürfen?

Teil 2: Die modernen "Demokratisierungs-Kriege" durchschaut - "Nie wieder Krieg!" (kurze Version)

01.11.2015 Seit dem Zweiten Weltkrieg bis heute fanden und finden unzählige Kriege und Kriegsverbrechen statt. Die meisten davon wurden von der US-amerikanischen Regierung sowie der NATO eingeleitet und angeführt. Der Vorwand für eine militärische Intervention war immer derselbe:

Das Volk eines Landes mußte von einem "brutalen Diktator" oder "undemokratischen Herrschaftssystem" befreit werden. Angebliche Demokratie und Freiheit, vom Volk ausgehend und zum Wohle des Volkes - wie vorgetäuscht wurde - mußte eingeführt werden. So wurden im Namen der Demokratie und der Freiheit Kriege angezettelt und Länder zerbombt. Dabei gibt es ein einfaches Mittel, um festzustellen, ob auch nur einer dieser Kriege, die unter dem Deckmantel der Demokratisierung geführt wurden, gerechtfertigt war: Man vergleiche die Situation, wie sie im Kriegsland vor bzw. nach dem Krieg aussah.

Wenn der Krieg und die sogenannte Demokratisierung wirklich zum Wohle des Volkes gewesen wäre, dann hätten die Lebensbedingungen im Land nach dem Krieg weit besser sein müssen, als vor dem Krieg. Mit anderen Worten, die Lebensbedingungen im Land dürfen NACH dem Krieg nicht schlimmer sein, als sie VOR dem Krieg unter dem angeblichen Diktator waren - ansonsten ist ein Krieg als völkerrechtswidrig zu verurteilen. Doch beurteilen Sie selbst anhand folgender vier Beispiele, welche stellvertretend für alle anderen sogenannten Demokratisierungs-Kriege stehen:

Der internationale Militäreinsatz in Libyen 2011

VORHER: Libyen unter Gaddafi: Libyen hatte eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen des afrikanischen Kontinents. Ein Teil des libyschen Ölverkaufs wurde direkt den Konten der libyschen Bürger gutgeschrieben. Es gab kaum Steuern, selbst Unternehmen wurden nur minimal besteuert. Ein Heim bzw. Zuhause zu haben, galt als ein Menschenrecht, alle Frischvermählten erhielten umgerechnet 45.000 € vom libyschen Staat. Strom, medizinische Behandlungen und Bildung waren kostenlos.

Vor Gaddafi konnten nur 25 Prozent der Libyer lesen, nach ihm 83 Prozent. Den Frauen ermöglichte Gaddafi in den 1970er Jahren die Emanzipation. Es war keine spezielle Kleidung vorgeschrieben und allen Frauen standen hochwertige Ausbildungswege zur Verfügung, wenn sie das wollten. Es gab Ärztinnen, Anwältinnen, Ministerinnen, Geschäftsfrauen oder auch normale Hausfrauen, was immer sie werden wollten.

Gaddafi plante die Errichtung einer Bank und die Einführung einer goldgestützten Währung für Afrika, mit deren Gründung Libyen ganz Afrika in die Freiheit geführt hätte - in die Freiheit von den Finanzeliten und Imperialisten, die die armen Länder und deren Besitz kontrollierten.

Weiter stand Gaddafi kurz vor der Vollendung des weltweit größten Trinkwasser-Pipeline-Projekts durch die Sahara - dem sogenannten "Great-Man-Made-River-Projekt" - für eine bessere Wasserversorgung von Bevölkerung und Landwirtschaft. Libyen war ein unabhängiges und blühendes Land. Zudem half Gaddafi bei der Kontrolle der Flüchtlingsströme aus den afrikanischen Ländern. Für deren Aufnahme wandte er europäische Standards an, um den Zustrom nach Europa in Grenzen zu halten.

NACHHER - nach der brutalen Ermordung Gaddafis:

Unter dem Vorwand, das libysche Volk vor ihrem Machthaber Muammar al-Gaddafi beschützen zu müssen, wurde Libyen während 7 Monaten unter US-Führung von den NATO-Streitkräften bombardiert. Der Krieg kostete ca. 50.000 libyschen Zivilisten das Leben, mindestens ebenso viele wurden verletzt. Die Wirtschaftsinfrastruktur des Staates wurde durch die NATO-Bombardierung zerstört. Einrichtungen des großen Wassernetzwerks wurden von der NATO angegriffen und zerbombt, wie verschiedene YouTube-Videos belegen.

Laut "Global Research", einem Zentrum für globale Forschung mit Sitz in Kanada, habe der NATO-Krieg gegen Libyen die Zukunft des Trinkwasserprojekts in Gefahr gebracht - und damit den Wohlstand des libyschen Volkes. Libyens Geldreserven in Höhe von 150.000.000.000 \$ sind jetzt weltweit eingefroren und wohl für immer verloren. Das Land wurde weiter von Kämpfen rivalisierender Milizen erschüttert; Angriffe auf die Regierung und die Ermordung von Regierungsbeamten sind an der Tagesordnung.

Seit 2014 herrscht ein erbitterter Bürgerkrieg. Nach Gaddafi ist Libyen ein Paradies für Schlepperbanden geworden, die Flüchtlinge von dort ungehindert nach Europa bringen.

Der 1. Irakkrieg (2. Golfkrieg) 1990/91

VORHER: 1972 gelang es dem Irak, die nationale Kontrolle über seine Ölvorräte zu bekommen, die zuvor von internationalen Firmen ausgebeutet worden waren. Die Wirtschaft boomte, wovon auch das Volk profitierte. 1979 besaß der Irak Geldreserven im Wert von 35 Milliarden US-Dollar und stand an der Schwelle zum Industrieland.

Saddam Hussein förderte aktiv die Modernisierung von Wirtschaft, Industrie, Verwaltung, Polizei, Landwirtschaft sowie auch die Volksbildung. Vor 1990 stieg die Alphabetisierungsrate bei Mädchen auf über 90 Prozent. Durch die Exporterlöse aus dem Erdölverkauf wurde u.a. ein umfassendes irakisches Gesundheitssystem aufgebaut, das bis zu Beginn der 1990er Jahre als das beste der arabischen Welt galt. Der Irak war ein aufstrebendes Land.

NACHHER: Nachdem Saddam Hussein wegen eines Konflikts um Ölfelder Kuwait besetzen ließ, wurde die irakische Armee durch eine von den USA geführte Koalition fast vollständig

geschlagen. Zur Rechtfertigung des Krieges wurden zuvor einige - später als Fälschungen entlarvt - Greuelberichte über die Massenmedien in die Welt gesetzt. Darunter die sogenannte Brutkastenlüge.

Mindestens 120.000 irakische Soldaten und bis zu 55.000 Zivilisten kamen ums Leben. Langzeitschäden durch Geschosse aus abgereichertem Uran waren verheerend. Seit 1991 sind rund 1,5 Millionen Iraker, darunter über 550.000 Kinder unter fünf Jahren, an den Folgen der über den Irak verhängten Wirtschaftssanktionen gestorben. Der Fluß Tigris war durch die Zerstörung der Kläranlagen zu einer offenen Kloake geworden; von 1990-2003 verhinderten die USA den Import von Pumpen und Chlor zur Aufbereitung des Wassers; in der Folge stieg die Säuglingssterblichkeit 1990 bis 1997 von 3,3 auf 12,5 Prozent.

Der 2. Irakkrieg (3. Golfkrieg) 2003 Mit der Begründung, Saddam Hussein würde Massenvernichtungswaffen besitzen und mit al-Qaida zusammenarbeiten, marschierten Truppen der Vereinigten Staaten und deren Verbündete am 20. März 2003 in den Irak ein. Beide Vorwürfe wurden nachträglich durch den Geheimdienstausschuß des US-Senats widerlegt.

Bis 2006 starben - gemäß der unabhängigen "Lancet-Studie" - 600.000 Zivilisten, das sind 90 % aller Opfer. Alleine während eines dreiwöchigen Einsatzes 2003 wurden von den USA zwischen 1.000 und 2.000 Tonnen Uranmunition eingesetzt. In Falludscha, einer Stadt 70 Kilometer von Bagdad entfernt, sei die radioaktive Verstrahlung zigmal höher als nach der Hiroshima-Bombe. Seither wird eine zunehmende Anzahl schrecklich deformierter Babys geboren, ohne Köpfe, mit zwei Köpfen oder fehlenden Gliedern.

Unzählige grausame Kriegsverbrechen seitens der US-amerikanischen Truppen sind publik und z.T. durch WikiLeaks veröffentlicht worden. Seit dem Abzug der letzten US-Truppen aus dem Irak im Jahr 2011 herrschen im Irak bürgerkriegsähnliche Zustände.

Der Syrienkrieg seit 2011

VORHER: Die syrische Zentralbank befindet sich im Besitz und unter Kontrolle des Staates und hat keine Schulden beim Internationalen Währungsfonds (IWF). Baschar al-Assad, der syrische Präsident, leitete einige Jahre vor dem Krieg die Demokratie ein. Syrien war noch vor 2007 ein so reiches und aufstrebendes Land, daß es zwei Millionen irakische Flüchtlinge aufnehmen konnte.

Das Gesundheitssystem war kostenlos. Genmanipulierte Saat (GMO) ist nicht zugelassen, um die Bevölkerung vor gesundheitlichen Schäden zu schützen. Syrien besitzt gewaltige Öl- und Gasreserven unter seiner Erde und ist am Bau einer Pipeline zusammen mit dem Iran beteiligt, ohne Beteiligung westlicher Ölgiganten. Syriens Bevölkerung ist über die NEUE WELT-ORDNUNG sehr gut informiert. In den Medien und an den Universitäten wird über den Einfluß der globalen Machtelite debattiert. Syrien schützt seine politische, kulturelle und nationale Identität.

NACHHER: Im Zuge des Arabischen Frühlings vom März 2011 kam es zu einem Konflikt zwischen der Regierung Baschar al-Assads und verschiedenen sogenannten "Oppositionsgruppen". Kurz darauf kamen schwer bewaffnete Gruppen ins Land und griffen in den Bürgerkrieg gegen Assad ein. Gemäß neusten Zahlen der Vereinten Nationen wurden bisher mehr als 250.000 Menschen getötet - ohne Dunkelziffer. Ein Drittel davon seien zivile Opfer. Mehr als 3,8 Millionen Syrer flohen bisher ins Ausland, über die Hälfte davon Kinder. Die höchste Anzahl von Flüchtlingen in Europa kommt derzeit aus Syrien.

Jede Einkommensquelle wurde durch westliche Wirtschaftssanktionen genommen. Exporte von Treibstoff, Erdöl und Technik wurden verboten. Importgüter wie Weizen werden knapp und damit mangelt es an Brot. Lebensmittel sind doppelt so teuer, wie vor dem Krieg. Dies sei laut Joshua Landis, Professor an der Universität von Oklahoma, u.a. die Strategie der USA, um die Syrer zu schwächen und zur Kapitulation zu zwingen.

Mittels der Behauptung, Syrien hätte Chemiewaffen eingesetzt, versuchten die USA mit den

NATO-Staaten in den Krieg einzutreten. Jedoch konnte Assad der Einsatz von Chemiewaffen nie nachgewiesen werden. Er ließ diese im Gegenteil sogar vernichten.

Der Krieg in der Ukraine seit 2014

VORHER: Vor dem Krieg war die Ukraine als ein neutrales Land im Ost-West-Konflikt eine Brücke zwischen Rußland und der EU. Eine NATO-Mitgliedschaft war nicht geplant. Durch das Abkommen von Charkow im April 2010, welches die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim bis mindestens 2042 erlaubte, bekam die Ukraine russisches Erdgas zu Rabattpreisen. Zbigniew Brzezinski, ehemaliger Sicherheitsberater von Jimmy Carter, beschreibt die Ukraine als das Herzland der Weltinsel - das meint Eurasien. Wer die Ukraine beherrscht, herrscht über die Weltinsel und somit über die Welt.

NACHHER: Nach der verfassungswidrigen Entmachtung von Präsident Viktor Janukowitsch am 22.2.2014 in Kiew schickte die neue Regierung Truppen gegen die östlichen Gebiete Donezk und Lugansk. Diese hatten den Machtwechsel nicht anerkannt und unabhängige "Volksrepubliken" ausgerufen. Victoria Nuland, Stellvertreterin des US-Außenministers, bezeugte ungewollt in einem abgehörten Telefongespräch, daß die USA fünf Milliarden Dollar investiert haben, um in der Ukraine eine neue Regierung unter US-amerikanischer Führung an die Macht zu bringen.

Rund 6.000 Menschen wurden bisher getötet - ohne Dunkelziffer; 15.000 verletzt, fast drei Millionen Menschen sind aus ihrer Heimat geflüchtet. Mehr als 150.000 haben laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) in Rußland Schutz gesucht. In der Ostukraine wird täglich geschossen, Häuser werden zerbombt, die technische Infrastruktur ist stark in Mitleidenschaft gezogen: In vielen Städten gibt es nur noch stundenweise Wasser und Strom, in manchen Städten nicht einmal mehr das. In der Ukraine hat sich der Lebensstandard seit der Absetzung Janukowitschs drastisch verschlechtert: Fast 80 % der ukrainischen Bevölkerung lebt an der Armutsgrenze.

Vor der Absetzung Janukowitschs betrug die Mindestrente umgerechnet um die 120 Euro im Monat, jetzt 40 Euro, der Mindestlohn um die 90 Euro im Monat, jetzt 50 Euro. Der heutige Durchschnittslohn beträgt um die 120 Euro im Monat. Die Inflationsrate von 2010-2013 betrug 3,5 % - 2015 ist sie bereits 40 %. Die Teuerungsrate der letzten zwei Jahre beträgt: auf Verkehrsmittel 30 %; auf Kraftstoff 200 %. Lebensmittel sind um das Mehrfache teurer geworden, die Grundnahrungsmittel - Brot, Grütze, Fleisch, Milch - um 40 %. Strom- und Gaspreise sind um 110 % angestiegen; ein weiterer Preisanstieg ist im Halbjahrestakt geplant. Ausländische Unternehmen weiten ihren Einfluß auf den ukrainischen Agrarsektor aus, so u.a. Biotechnologie-Unternehmen wie Monsanto, Cargill und DuPont.

Laut ukrainischen Parlamentsmitgliedern steht die Regierung in Kiew unter vollständiger Kontrolle der US-Regierung. Nun soll der Westen durch den Gesetzentwurf 2953 vom Mai 2015 in der Ukraine Atomwaffen stationieren dürfen. Die US-Regierung ist bereit, einen Krieg in Europa zu riskieren, um ihre militärische Präsenz und Vorherrschaft aufrecht zu erhalten.

(Moderatorin:) Laut diesen Fakten - VORHER/NACHHER - läßt sich nur eine Schlußfolgerung ziehen: Kriege lassen sich kaum rechtfertigen - und schon gar nicht unter dem Vorwand von Demokratie und Freiheit. All diese Kriege und weitere - wie die Jugoslawienkriege, Afghanistan seit 2001, der somalische Bürgerkrieg oder die Militärintervention im Jemen 2015 - waren nur durch bewußt gestreute Lügen zur Diffamierung des Ziellandes möglich. Auch weitere sogenannte Demokratisierungen und Regimewechsel - in Ländern wie dem ehemaligen Jugoslawien, der Slowakei, Georgien oder des Arabischen Frühlings, sowie alle zukünftigen - müssen unter diesem Blickwinkel betrachtet werden.

Die Frage ist nun, wenn - im Namen der Demokratie - wiederum ein Krieg oder ein militärisches Eingreifen von Politikern und Medien gerechtfertigt werden sollte, ob das Volk bei die-

ser Argumentation aufhorcht oder doch allfälliger Lügen- und Kriegspropaganda erneut Glauben schenken wird?

Helfen Sie mittels breitflächiger Aufklärung mit, daß wir alle lernen, Lügen und Propaganda rechtzeitig zu durchschauen und einhellig zu sagen. "Nie wieder Krieg! - da machen wir nicht mit!"

... 219 US-Kriege im Vergleich zu Rußland, China, Iran und Deutschland (09.10.2016)

Dieser Film zeigt die US-Kriegs-Liste der vergangenen 230 Jahre im Vergleich zu den überall gefürchteten Ländern Rußland, China, Iran und Deutschland. Jeder Betrachter dieses Vergleichs entscheide, welche dieser fünf Nationen die gefährlichsten Raubtierzüge aufweist.

Denn die US-Kriege zeichnen sich vor allem durch Angriffskriege aus - in den vergangenen 230 Jahren waren es nicht weniger als 219 Kriege ...

USA:

- 1) 1775-1783: Revolutionskrieg gegen Großbritannien,
- 2) 1775-1776: Kanada,
- 3) 1776-1890 Indianerkriege,
- 4) 1798-1800 Seekrieg mit Frankreich (ohne Kriegserklärung),
- 5) 1801-1805 Tripolis, Erster Berberkrieg,
- 6) 1806 Mexiko (Spanisches Gebiet),
- 7) 1806-1810 Golf von Mexiko,
- 8) 1810 West-Florida (Spanisches Gebiet),
- 9) 1812 Besetzung der Insel Melia (Spanisches Gebiet),
- 10) 1812-1815 Großbritannien (Kriegserklärung erfolgt),
- 11) 1812-1815 Kanada,
- 12) 1813 West-Florida (Spanisches Gebiet),
- 13) 1813-1814 Marquesas-Inseln,
- 14) 1814 Spanisch-Florida,
- 15) 1814-1825 Kariben,
- 16) 1815 Algier, Zweiter Berberkrieg,
- 17) 1815 Tripolis,
- 18) 1816 Spanisch-Florida, Erster Seminolenkrieg,
- 19) 1817 Insel Amelia (Spanisches Gebiet),
- 20) 1818 Oregon,
- 21) 1820-1823 Afrika (Bekämpfung des Sklavenhandels),
- 22) 1822 Kuba,
- 23) 1823 Kuba,
- 24) 1824 Kuba,
- 25) 1824 Puerto Rico (Spanisches Gebiet),
- 26) 1825 Kuba,
- 27) 1827 Griechenland,
- 28) 1831-1832 Falkland-Inseln,
- 29) 1832 Sumatra,
- 30) 1833 Argentinien,
- 31) 1835-1936 Peru,
- 32) 1836 Mexiko,
- 33) 1838-1839 Sumatra,
- 34) 1840 Fidschi-Inseln,
- 35) 1841 Samoa,
- 36) 1841 Drummond-Inseln, Kingsmillgruppe,
- 37) 1842 Mexiko,

- 38) 1843 Afrika,
- 39) 1844 Mexiko,
- 40) 1846-1848 Mexiko,
- 41) 1849 Smyrna,
- 42) 1851 Türkei,
- 43) 1851 Johanna-Insel (östlich von Afrika),
- 44) 1852-1853 Argentinien,
- 45) 1853 Nicaragua,
- 46) 1853-1854 Riukiu- und Bonin-Inseln (Japan),
- 47) 1854 China,
- 48) 1854 Nicaragua,
- 49) 1855 China,
- 50) 1855 Fidschi-Inseln,
- 51) 1855 Uruguay,
- 52) 1856 Panama, Republik von Neugranada,
- 53) 1856 China,
- 54) 1857 Nicaragua,
- 55) 1858 Uruguay,
- 56) 1858 Fidschi-Inseln,
- 57) 1858-1859 Türkei,
- 58) 1859 Paraguay,
- 59) 1859 Mexiko,
- 60) 1859 China,
- 61) 1860 Angola, Portugiesisch-Westafrika,
- 62) 1860 Kolumbien, Golf von Panama,
- 63) 1863 Japan,
- 64) 1864 Japan,
- 65) 1864 Japan,
- 66) 1865 Panama,
- 67) 1866 Mexiko,
- 68) 1866 China,
- 69) 1867 Insel Formosa,
- 70) 1868 Japan,
- 71) 1868 Uruguay,
- 72) 1868 Kolumbien,
- 73) 1870 Mexiko,
- 74) 1870 Hawaiische Inseln,
- 75) 1871 Korea,
- 76) 1873 Kolumbien,
- 77) 1873 Mexiko,
- 78) 1874 Hawaiische Inseln,
- 79) 1876 Mexiko,
- 80) 1882 Ägypten,
- 81) 1885 Panama,
- 82) 1888 Korea,
- 83) 1888 Haiti,
- 84) 1889 Samoa,
- 85) 1889 Hawaiische Inseln,
- 86) 1890 Argentinien,

- 87) 1891 Haiti,
- 88) 1891 Beringmeer,
- 89) 1891 Chile,
- 90) 1893 Hawaii,
- 91) 1894 Brasilien,
- 92) 1894 Nicaragua,
- 93) 1894-1896 Korea,
- 94) 1894-1895 China,
- 95) 1895 Kolumbien
- 96) 1896 Nicaragua,
- 97) 1898-1899 China,
- 98) 1898 Nicaragua,
- 99) 1898 Amerikanisch-Spanischer Krieg,
- 100) 1899 Samoa,
- 101) 1899-1901 Philippinen,
- 102) 1900 China,
- 103) 1901 Kolumbien,
- 104) 1902 Kolumbien,
- 105) 1902 Kolumbien,
- 106) 1903 Honduras,
- 107) 1903 Dominikanische Republik,
- 108) 1903 Syrien,
- 109) 1903-1914 Panama,
- 110) 1904 Dominikanische Republik,
- 111) 1904-1905 Korea,
- 112) 1904 Tanger, Marokko,
- 113) 1904 Panama,
- 114) 1904-1905 Korea,
- 115) 1906-1909 Kuba,
- 116) 1907 Honduras,
- 117) 1910 Nicaragua,
- 118) 1911 Honduras,
- 119) 1911 China,
- 120) 1912 Honduras,
- 121) 1912 Panama,
- 122) 1912 Kuba,
- 123) 1912 China,
- 124) 1912 Türkei,
- 125) 1912-1925 Nicaragua,
- 126) 1912-1941 China,
- 127) 1913 Mexiko,
- 128) 1914 Haiti,
- 129) 1914 Dominikanische Republik,
- 130) 1914-1917 Mexiko,
- 131) 1915-1934 Haiti,
- 132) 1917-1918 Erster Weltkrieg,
- 133) 1917-1922 Kuba,
- 134) 1918-1919 Mexiko,
- 135) 1918-1920 Panama,

- 136) 1918-1920 Sowjetrußland,
- 137) 1919 Honduras,
- 138) 1920-1922 Rußland (Sibirien),
- 139) 1920 China,
- 140) 1920 Guatemala,
- 141) 1921 Panama-Costa Rica,
- 142) 1922 Türkei,
- 143) 1924 Honduras,
- 144) 1924 China,
- 145) 1925 China,
- 146) 1925 Honduras,
- 147) 1925 Panama,
- 148) 1926-1933 Nicaragua,
- 149) 1926 China,
- 150) 1927 China,
- 151) 1933 Kuba,
- 152) 1940 Neufundland, Bermuda, St. Lucia, Bahamas, Jamaika, Antigua, Trinidad, Britisch-Guayana,
- 153) 1941 Grönland (Dänisches Gebiet),
- 154) 1941 Niederlande (Niederländisch-Guayana),
- 155) 1941 Island,
- 156) 1941 Deutschland (Attacken auf deutsche Schiffe),
- 157) 1941-1945 Deutschland, Italien, Japan,
- 158) 1942 Labrador,
- 159) 1945-1960 China (CIA),
- 160) 1946-1947 Italien (CIA),
- 161) 1947-1955 Griechenland (CIA),
- 162) 1945-1955 Philippinen (CIA),
- 163) 1950-1953 Koreakrieg,
- 164) 1949-1953 Albanien (CIA),
- 165) 1955 Deutschland (CIA),
- 166) 1953 Iran (CIA),
- 167) 1953-1954 Guatemala (CIA),
- 168) 1955 Costa Rica (CIA),
- 169) 1956-1957 Syrien (CIA),
- 170) 1957-1958 Der mittlere Osten,
- 171) 1957-1958 Indonesien (CIA),
- 172) 1955-1965 Westeuropa (CIA),
- 173) 1945-1965 Sowjetunion (CIA),
- 174) 1955-1975 Italien (CIA),
- 175) 1945-1975 30 Jahre Krieg in Vietnam (CIA),
- 176) 1955-1973 Kambodscha (CIA),
- 177) 1957-1973 Laos (CIA),
- 178) 1959-1963 Haiti,
- 179) 1960 Guatemala,
- 180) 1960-1963 Ecuador (CIA),
- 181) 1960-1964 Kongo (CIA),
- 182) 1961-1961 Brasilien (CIA),
- 183) 1960-1965 Peru (CIA),

- 184) 1960-1966 Dominikanische Republik (CIA),
- 185) 1950-1980 Kuba (CIA),
- 186) 1965 Indonesien (CIA),
- 187) 1966 Ghana (CIA),
- 188) 1964-1970 Uruguay (CIA),
- 189) 1964-1973 Chile (CIA),
- 190) 1964-1974 Griechenland (CIA),
- 191) 1964-1975 Bolivien (CIA),
- 192) 1962-1985 Guatemala (CIA),
- 193) 1970-1971 Costa Rica (CIA),
- 194) 1972-1975 Irak (CIA),
- 195) 1973-1975 Australien (CIA),
- 196) 1975 Indonesien (CIA),
- 197) 1975-1985 Angola (CIA),
- 198) 1975-1978 Zaire (CIA),
- 199) 1976-1980 Jamaika (Wirtschaftskrieg),
- 200) 1979-1981 Seychellen,
- 201) 1979-1984 Grenada,
- 202) 1983 Marokko (CIA),
- 203) 1982-1984 Suriname (CIA),
- 204) 1981-1989 Libyen,
- 205) 1981-1990 Nicaragua (Anstiftung zum Bürgerkrieg),
- 206) 1969-1991 Panama (CIA),
- 207) 1990 Bulgarien (CIA),
- 208) 1990-1991 Irak, Zweiter Golfkrieg,
- 209) 1979-1992 Afghanistan (CIA),
- 210) 1980-1994 El Salvador (CIA),
- 211) 1986-1994 Haiti (CIA),
- 212) 1992-1994 Somalia,
- 213) 1991 Irak,
- 214) 1999 Jugoslawien (NATO),
- 215) 2001 Afghanistan,
- 216) 2003 Irak,
- 217) 2011 Libyen,
- 218) 2013 Syrien,
- 219) 2014 Ukraine.

Rußland:

- 1) 1787-1792: Russisch-Österreichischer Türkenkrieg,
- 2) 1792-1793: Russisch-Polnischer Krieg,
- 3) 1796: Russisch-Persischer Krieg (gegenseitiger Eroberungskrieg),
- 4) 1804-1813: Russisch-Persischer Krieg (gegenseitiger Eroberungskrieg),
- 5) 1808-1809: Russisch-Schwedischer Krieg,
- 6) 1900: Russisch-Chinesischer Krieg (Russen besetzten Mandschurei),
- 7) 1814-1918: Erster Weltkrieg,
- 8) 1917/18-1920: Russischer Bürgerkrieg,
- 9) 1939-1940: Sowjetisch-Finnischer Winterkrieg,
- 10) 1941-1945: Zweiter Weltkrieg,
- 11) 1941-1944: Finnisch-Sowjetischer Fortsetzungskrieg,
- 12) 1941: Anglo-Sowjetische Invasion des Irans,

13) 1979-1989: Afghanistan 1994-1996: erster Tschetschenienkrieg 1999-2009: zweiter Tschetschenienkrieg,

14) 2008: Georgien (Georgien war aber der Angreifer)

Iran:

1) 1826-1828: Russisch-Persischer Krieg (unter Druck der Briten u.a. im Nordiran).

Deutschland:

1) 1848-1851: Schleswig-Holsteinischer Krieg (Befreiungskriege),

2) 1864: Deutsch-Dänischer Krieg (Befreiungskrieg),

3) 1866: Deutscher Krieg (Preußisch-Österreichischer Krieg) (unklar, wer begonnen hat),

4) 1870-1871: Deutsch-Französischer Krieg (von Frankreich begonnen),

5) 1914-1918: Erster Weltkrieg,

6) 1941-1945: Zweiter Weltkrieg,

7) 1941-1945: Rußlandfeldzug/Ostfront,

8) 1999: Jugoslawien (NATO),

9) 2001-2021 Afghanistan,

10) 2015: Syrien

China:

1) 1914-1918: Erster Weltkrieg,

2) 1927-1949: Chinesischer Krieg,

3) 1929: Chinesisch-Sowjetischer Grenzkrieg (1929) (es ließ sich nicht feststellen, wer begonnen hat),

4) 1941-1945: Zweiter Weltkrieg,

5) 1962: Indisch-Chinesischer Grenzkrieg.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 17. Juli 2018 (x1.000/...):

>>**Zum NATO-Gipfel: "Die NATO braucht es nicht" (Einschätzung von Craig Murray)**

... Vom 11.-12. Juli 2018 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der NATO-Länder in Brüssel. Trotz Meinungsverschiedenheiten, vor allem zwischen den USA und den europäischen NATO-Mitgliedsländern, wurde eine gemeinsame Gipfelerklärung verabschiedet. Im Folgenden nur vier der insgesamt 79 Punkte dieser Erklärung, die unter dem eingblendeten Link nachgelesen werden können: https://augengeradeaus.net/wp-content/uploads/2018/07/-20180711_NATO-Gipfel_Erklaerung_deutsch.pdf –

Punkt 3: Alle Verbündeten haben das Ziel bekräftigt, "ihre Ausgaben für Verteidigung real zu erhöhen". "Etwa zwei Drittel der Verbündeten (u.a. Deutschland) verfügen über nationale Pläne, bis 2024 zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben." -

Punkt 14: Beschluß der sogenannten "Four Thirties-Initiative" zu Deutsch "4×30-Initiative". Nach ihr sollen ab 2020 bei Bedarf "zusätzlich 30 größere Kampfschiffe, 30 mittel- bis schwerbewaffnete Infanteriebataillone und 30 Kampfflugzeugstaffeln" jederzeit in 30 Tagen eingesetzt werden können. –

Punkt 29: Beschluß, in Ulm, Deutschland, ist ein neues "Unterstützungs- und Befähigungskommando" für das Aufmarschgebiet eines möglichen Konflikts in Europa einzurichten. –

Punkt 6 und andere: Es sei daran festzuhalten, daß gegenüber der Regierung in Moskau weiterhin eine harte Linie der Abschreckung erforderlich ist.

Während also die NATO-Staaten ihre innere Struktur ausbauen und sogar noch aufrüsten, gibt es viele Kritiker, die die NATO als überflüssig erachten. So z.B. der ehemalige britische Botschafter - unter anderem in Usbekistan (2002-2004) - Craig Murray, der in einem Artikel vom 2. Juli 2018 drei Gründe auflistet, warum die NATO eine nachweisbar nutzlose Institution sei. Hier diese Gründe in gekürzter Form:

1. Afghanistan

Der bislang größte militärische Einsatz der NATO war vor 12 Jahren in Afghanistan. Er führte

zu einer 80 %igen militärischen Niederlage des Landes und zur Einsetzung eines "Taschenregimes" (das meint einer gefügigen Regierung).

Darüber hinaus aber - und sogar vor allem - führte er zu einer riesigen Aufstockung der Hero-inproduktion und damit Ankurbelung eines riesigen Drogenhandels, um die kriminelle Unterwelt NATO-weit zu finanzieren. Schauen Sie sich diese Statistik einmal genau an und staunen Sie darüber, wie dies zeitlich genau mit der Besetzung des Landes durch die NATO Anfang 2002 zusammenfällt: der enorme Anstieg der Anbaufläche für Opiummohn (grüner Balken) und daraus folgend dann der Anstieg der Opiumproduktion (dunkelblaue Linie).

Mit dem Einmarsch in Afghanistan und der Stärkung der Heroin-Warlords (das sind militärisch und wirtschaftlich so gut wie autonom agierende Stammesführer) haben sich die NATO-Länder letztlich selbst destabilisiert (vor allem aber moralisch völlig disqualifiziert).

2. Libyen

Die zweitgrößte Militäroperation der NATO war der Angriff auf Libyen. Dabei hat die NATO mit ihren unglaublichen 14.200 Lufteinsätzen ... fast die gesamte Infrastruktur des Landes zerstört und ganze Städte in Schutt und Asche gelegt. Hier ein Bild von Sirte nach der "NATO-Befreiung". Das unmittelbare Ergebnis der Zerstörung Libyens und seiner Regierungs- (bzw. Verwaltungsinfrastruktur) war dann der massive ungehinderte und immer noch anhaltende Ansturm meist schwarzafrikanischer Migranten auf Europa. ...

Das hat zu einer widerlichen Ausbeutung (seitens libyscher Milizen) und dem tragischen Tod vieler Migranten (im Mittelmeer) geführt. Darüber hinaus hat es auch die Regierungen und die vorherrschende gesellschaftliche Moral der europäischen NATO-Mitgliedstaaten grundlegend geschwächt ... Kurz gesagt: Also auch mit der Zerstörung Libyens haben sich die NATO-Mitglieder wiederum letztlich nur selbst destabilisiert.

3. Rußland

Jetzt konzentriert sich die NATO wieder einmal auf die ursprüngliche "Bedrohung", deretwegen sie ja einst überhaupt gegründet wurde: eine russische Invasion Westeuropas. Rußland aber hat überhaupt nicht die Absicht, in Westeuropa einzumarschieren. Allein der Gedanke ist aberwitzig. Es braucht keine NATO, um eine Gefahr abzuwehren, die nicht existiert. ... Die russischen Verteidigungsausgaben betragen gerade einmal ein Sechstel der NATO-Ausgaben. ... Rußland kann sich zwar gut selbst verteidigen, aber es ist nicht in der Lage, Großmächte anzugreifen. ...

Die Gefahr eines russischen Angriffs auf die NATO selbst existiert nicht. Die EU ist zwar offiziell kein Militärbündnis (noch nicht!), aber der Gedanke, daß irgendein Teil des EU-Gebiets militärisch eingenommen würde, ohne daß der Rest der EU reagierte, ist politisch unmöglich. ... Es gibt keine praktische Bedrohung der baltischen Staaten, deren Sicherheit de facto durch die EU-Mitgliedschaft garantiert ist.

Damit ist die Verteidigungsrolle der NATO gegen Rußland entbehrlich, und seine darüber hinausgehenden militärischen Abenteuer haben sich samt und sonders als eine einzige Katastrophe dargestellt.

So weit als Gegenstimme zum NATO-Gipfel die Einschätzung des ehemaligen britischen Botschafters Craig Murray. Wer immer sich mit den vielen Kla.TV-Sendungen zur NATO auseinandersetzt, wird kaum anders können als zur selben Schlußfolgerung wie Murray zu kommen: "Die NATO braucht es nicht!"<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juli 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 18 (x322/33-35): >>Erdogans Fünfte Kolonne

... Als die Bundesrepublik in den 1950er Jahren die ersten Arbeitskräfte aus dem Ausland anwarb, florierte die westdeutsche Wirtschaft, und es herrschte nahezu Vollbeschäftigung. ... 1955 schloß die Bundesrepublik zunächst ein Gastarbeiterabkommen mit Italien ab, 1960 dann mit Spanien und Griechenland. Ein Jahr später folgte die Unterzeichnung des deutsch-

türkischen Anwerbeabkommens durch den christdemokratischen Außenminister Heinrich von Brentano. Das hatte nicht nur innenpolitische Gründe. Die türkischstämmige Soziologin Necla Kelek schreibt dazu in ihrem Sammelband Chaos der Kulturen:

"Eigentlich brauchte man in Deutschland die türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter so dringend nicht. Aber es gab geopolitische Gründe. Die Vereinigten Staaten drängten die Deutschen, die Türkei wirtschaftlich zu stützen."

USA und NATO machten Druck

Zuvor hatte das türkische Militär erfolgreich gegen Ministerpräsident Adnan Menderes geputscht, der den Laizismus zu Gunsten eines islamischen Staatssystems beseitigen wollte. Die NATO-treuen Generäle forderten für ihre Unterstützung der Eindämmungspolitik des Westens gegenüber Moskau und vor allem Fidel Castro auf Kuba eine Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung Europas. ...

Zwar gab es zunächst Widerstand vom Arbeitsministerium unter Theodor Blank (CDU) und den Gewerkschaften gegen den Zuzug weiterer Gastarbeiter, zumal aus einem ganz anderen Kulturkreis, doch wurden diese Einwände von Brentano beiseite gewischt. Dies geschah nicht zuletzt auch deshalb, weil die Bundesrepublik massiv von den USA unter Druck gesetzt wurde. Immerhin konnte das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zunächst erreichen, daß die Arbeitsverträge für türkische Gastarbeiter auf zwei Jahre begrenzt wurden. Man setzte auf das Rotationsprinzip:

Nach Ablauf der Zeit sollte ein Arbeiter aus der Türkei durch einen anderen ersetzt werden. Auch sonst gab es - im Unterschied zu den Abkommen mit europäischen Ländern - spezielle Besonderheiten: Die Anwerbung war ausschließlich für Unverheiratete vorgesehen und ein Familiennachzug wurde explizit ausgeschlossen. Ende der 1960er Jahre - mittlerweile gab es weitere Abkommen mit Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien - wurden allerdings diese Hürden für eine dauerhafte Zuwanderung auf Druck der Arbeitgeber beseitigt.

Die Folge war ein rasanter Anstieg der türkischen Bevölkerung in Westdeutschland. Lebten im Jahr 1960 nur etwa 3.000 Türken in der Bundesrepublik, stieg deren Zahl 1961 auf knapp 7.000 und bis 1971 auf 652.000. Bis 1973 wurde der türkische Arbeitsmarkt um 857.000 Erwerbssuchende entlastet, die Gesamtzahl der Türken hatte sich hierzulande auf 910.000 erhöht. ...

Ende der 1970er Jahre betrug die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Türken rund 1,2 Millionen. 1981 über 1,5 Millionen. Nach der Wiedervereinigung setzte sich diese Tendenz fort. Im Jahr 1993, also zwanzig Jahre nach dem Anwerbestopp, lebten - trotz der von der Regierung Kohl in den Achtzigern zögerlich in Gang gesetzten Rückkehrförderung - schon 1,8 Millionen Türken in Deutschland, im Jahr 2001 rund zwei Millionen. Derzeit leben in Deutschland etwa 1,5 Millionen Türken, mit den Eingebürgerten sind es rund drei Millionen.

...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 20. August 2018 (x1.000/...): >>**Demo vom 30.6.2018: "Stopp Airbase Ramstein!"**

... "Nein zu Drohnen - Keinen Krieg von deutschem Boden! Stopp Airbase Ramstein!" - in diesem Anliegen vereint demonstrierten am 30. Juni 2018 etwa 2.500 Menschen aus Deutschland, Europa, den USA und weiteren 13 NATO-Ländern im Rheinland-Pfälzischen Ramstein. Ihr Protest richtete sich gegen den dortigen US-amerikanischen Militärstützpunkt, der als Zentrale für die Vorbereitung und Durchführung von Kriegen des US-Militärs fungiert. Zudem dient die Airbase der Steuerung von Drohneneinsätzen zur Tötung vorgeblicher Terroristen in aller Welt und ist Einsatzzentrale für die in Deutschland stationierten Atomwaffen.

Die Demonstranten fordern von der Bundesregierung, die Verträge mit den USA zu kündigen, die das US-Militär berechtigen, von deutschem Boden aus tödliche Drohneneinsätze zu steuern. Sahra Wagenknecht (deutsche Bundestagsabgeordnete, DIE LINKE) sagte dazu:

"Ich möchte nochmal Bezug nehmen auf den Drohnenkrieg, der ja kaum in der großen Presse stattfindet, aber der unverändert geführt wird. Wo extraterritoriale Tötungen in Afghanistan, in Pakistan, in Somalia, und anderswo angeordnet werden per Knopfdruck - und ab und an trifft es vielleicht mal einen Terroristen. Aber viel öfter trifft es einfache Zivilisten. ...".

"Die Drohnenmorde, die von Ramstein aus gestartet werden, haben keinerlei juristische Grundlage! Und sie sind schlimmer als jede Guillotine. Außergerichtlich, illegal ..."

Die Rede von Peter Becker richtet sich nicht nur gegen die US-amerikanische Regierung, sondern auch gegen die deutsche Bundesregierung. Wie die Bundesregierung zugegeben habe, sei die Airbase Ramstein wegen ihrer Relaisstation - das ist eine Sendestation zur Reichweitenerhöhung, die Funksignale aufnimmt, verstärkt und wieder ausstrahlt - unverzichtbar.

Dazu Peter Becker selbst: "Da Deutschland via Stationierungsabkommen und Liegenschaftsvertrag deutschen Boden für diese Kriegsführung zur Verfügung stellt, beteiligt sich Deutschland, in Persona die Bundesregierung an der Kriegsführung und handelt selbst illegal und verbrecherisch!"

"US-Militärbase Ramstein war schon ein ganz zentrales Drehkreuz für sehr, sehr viele völkerrechtswidrige Kriege. Hierüber wurde der Angriff und der Krieg gegen Afghanistan und wird immer noch abgewickelt, hierüber wurde der Irakkrieg abgewickelt - von wegen, Deutschland hätte mit diesem Krieg nichts zu tun gehabt. Nein, die Zerstörung dieser Länder, die lief auch und nicht zuletzt über Ramstein."

"Deswegen wollen wir diese Airbase schließen. Wir wollen nicht weitere völkerrechtswidrige Kriege. Wir wollen keinen Angriff auf den Iran, der das nächste Land verwüstet und zerstört". In einer aktuellen Presse-Mitteilung vom 30. Juni 2018 aus dem weißen Haus heißt es: US-Präsident Trump wolle Ramstein schließen. In diversen Tageszeitungen war dazu zu lesen Ramstein sei obsolet (das meint überholt bzw. veraltet), darum soll diese Airbase geschlossen und nach Polen verlegt werden.

Was zuerst wie eine Frohbotschaft klingen mochte, stieß jedoch bei den Rednern und Demonstranten auf große Skepsis. Ein Militärstützpunkt wie Ramstein, direkt vor der russischen Grenze, würde die erhöhte Gefahr eines atomaren Weltkrieges mit verheerenden Folgen für die ganze Menschheit bedeuten.

Hören Sie dazu den Friedensaktivisten Reiner Braun: "Donald Trump will die US-Soldaten abziehen und die Airbase Ramstein schließen!/? So heißt es in einer angeblichen Studie, die die Washington Post heute morgen veröffentlicht. ... Wir sind definitiv dagegen, daß die Airbase Ramstein nach Polen verlagert wird, ... weil Polen ja noch gefährlicher ist, weil sie endlich an der russischen Grenze sind, wo sie mit ihren Truppen hinwollen. Dazu sagen wir erst einmal entschlossen NEIN!" Diesem Nein verlieh ein Teil der Demonstranten noch Nachdruck durch eine friedliche Blockade der Zufahrt zur Airbase.

Vielerorts wurde bekundet, sich nicht trennen oder spalten zu lassen, sondern zusammen zu halten. "Ich bin wie du und du bist wie ich, wir sind alle Menschen aus demselben Holz geschnitten - Wunder des Lebens, voll Energie. Wir werden was bewegen. Jetzt oder nie! Ihr dürft gerne beim Refrain mitsingen, wenn ihr wollt. Wir sind eins, es gibt nichts, was uns teilt. Wir sind alle gleich und du bist nicht allein. Wir sind eins, für den Frieden vereint. Wir sind alle gleich und du bist nicht allein. Wir sind eins."<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 6. Oktober 2018 ([x1.000/...](#)): >>**Kriegsverbrechen und grausamste Waffen - Die westliche Wertegemeinschaft nach ihren eigenen Maßstäben bemessen**

... Die westliche Wertegemeinschaft, das sind die USA im Verbund mit der EU, warf den ehemaligen Regierungschefs Gaddafi in Libyen oder Saddam Hussein im Irak Grausamkeiten gegen die eigenen Bürger vor. Danach hat sie diese mittels militärischer Maßnahmen ihrer Ämter enthoben und getötet, sowie deren Länder verwüstet.

Aktuell werden Assad, dem Präsidenten von Syrien, immer wieder Giftgasanschläge gegen seine Bevölkerung angelastet. Diese unbewiesenen Anschläge wurden mit militärischen Vergeltungsaktionen und wirtschaftlichen Sanktionen, die vor allem die Zivilbevölkerung stark belasten, geahndet. Doch an dieser Stelle soll auch mal die westliche Wertegemeinschaft an ihren eigenen Maßstäben gemessen und genauer unter die Lupe genommen werden. Wie sieht bei den westlichen Staaten, die sich als moralisch hoch stehend bezeichnen, der Umgang mit der Zivilbevölkerung aus?

Das Ergebnis fällt ernüchternd aus: In den letzten 80 Jahren wurden von Regierungen der westlichen Wertegemeinschaft nachweislich Aktionen gegen Zivilisten eingesetzt, die in keinem Vergleich zu den Dingen stehen, die unbewiesenermaßen Assad angelastet werden. Betrachtet man nur einmal allein die durch die westliche Wertegemeinschaft hier in Dresden hinterlassenen Narben. Diese wunderschöne Barockstadt Dresden wurde im Februar 1945 grausam zerstört.

Heute zeugen hiervon immer noch die mittlerweile wieder aufgebauten Gebäude, wie beispielsweise die Frauenkirche hinter mir. Doch nicht nur Gebäude wurden zerstört - es traf besonders unzählige, unschuldige Menschen. Hierzu ein kleiner Rückblick:

Beispiel 1 - Die Bombardierung Dresdens

In der Nacht vom 13. auf den 14. Februar 1945 wurden nach damaligen Schätzungen mindestens zwischen 250.000 und 500.000 Menschen in Dresden durch Brandbomben der englischen Luftwaffe getötet.

In der Stadt befanden sich zu dieser Zeit nicht nur die rund 600.000 Einwohner, sondern darüber hinaus noch einmal so viele Vertriebene und Flüchtlinge aus Osteuropa. Das war auch den Alliierten bekannt, denn die Stadt war als "Lazarettstadt" deklariert und die Dächer der Häuser waren mit "Rote-Kreuz-Zeichen" versehen. Dresden war kein militärisches Ziel.

Der britische Historiker David Irving zitierte zum 45. Jahrestag der Bombardierung Dresdens den britischen Premierminister Winston L. S. Churchill sehr vielsagend und die damalige Gesinnung der Alliierten entlarvend so:

"Ich will keine Vorschläge hören, wie wir kriegswichtige Ziele im Umland von Dresden zerstören können; ich will Vorschläge hören, wie wir 600.000 Flüchtlinge aus Breslau in Dresden braten können."

Aber nicht nur Dresden war Ziel dieses Hasses und dieses Vernichtungswillens. Sämtliche deutsche Großstädte und 80 Prozent aller deutschen Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern fielen den Brandangriffen zum Opfer. Mehrere hunderttausend Zivilisten haben durch diesen Vernichtungswahn ihr Leben verloren. Doch Dresden ist leider nur ein Beispiel von vielen. Wie sah das Eingreifen der westlichen Wertegemeinschaft beispielsweise in Hiroshima und Nagasaki oder im Vietnamkrieg aus? Und sind nicht auch Phosphorbomben und angereichertes Uran grausame Kriegswaffen?

Beispiel 2 - Abwurf von Atombomben über Hiroshima und Nagasaki in Japan

Am 9. Juli 1945 hatte der japanische Botschafter Sato Naotake in Moskau um Friedensverhandlungen gebeten. Japan stand kurz vor der Kapitulation. Trotzdem startete am Morgen des 6. August 1945 der US-Bomber "Enola Gay" zu seiner Mission, die erste Atombombe über bewohntem japanischem Gebiet abzuwerfen. In 580 Metern Höhe über der Innenstadt von Hiroshima detonierte diese Bombe und innerhalb von Sekunden zerstörte die Druckwelle 80 Prozent der Innenstadtfläche. Feuer mit einer Innentemperatur von über einer Million Grad Celsius brach explosionsartig aus. Die entstandene Hitze ließ noch Bäume verbrennen, die sich in einer Entfernung von über zehn Kilometern befanden.

Obwohl der US-Regierung die ungeheure Zerstörungskraft der Atombomben bekannt war, wurde für den 9. August ein weiterer Abwurf über der Stadt Kokura angeordnet. Durch die starke Bewölkung an diesem Tag konnte Kokura aber nicht angefliegen werden. Deshalb ent-

schied man sich, die Bombe über Nagasaki abzuwerfen. Mindestens 155.000 Menschen starben in den beiden Städten sofort und 110.000 verschieden durch radioaktive Verstrahlung qualvollst innerhalb weniger Wochen bis Monate bzw. Jahre danach. Bis heute sterben Japaner an den Spätfolgen. Da es in Folge der radioaktiven Verstrahlung zu Schädigungen des Erbgutes kam, werden über Generationen hinaus Menschen an den Spätfolgen dieser beiden Angriffe großes Leid tragen.

Beispiel 3 - Der Einsatz von Agent Orange im Vietnamkrieg

Die USA setzte das Gift Agent Orange zum ersten Mal im Vietnamkrieg im Jahr 1965 ein. Agent Orange wurde nicht nur als Entlaubungsmittel benutzt, es diente auch zur Zerstörung von Nutzpflanzen. Beim Menschen ruft es vor allem Leukämie, Prostatakrebs, Wirbelsäulenspalt, Nervenleiden, Diabetes und Parkinson hervor. Durch die Anwendung im Vietnamkrieg hatten nach offiziellen Angaben drei Millionen Menschen Folgeschäden und 150.000 Kinder wurden mit Behinderungen geboren. Aber auch heute noch, über 40 Jahre nach dem Einsatz, kommen Kinder mit Behinderungen aufgrund von Agent Orange zur Welt.

Beispiel 4 - Phosphorbomben sind seit den Zusatzprotokollen von 1977 zu den Genfer Abkommen aus dem Jahr 1949 verboten.

Diese Protokolle wurden von 168 Staaten ratifiziert. Das hinderte die US-Regierung aber nicht daran, diese Bomben 2016 im Irak einzusetzen. Die israelischen Streitkräfte setzen weißen Phosphor auch immer wieder mal gegen Palästinenser ein. Neben der Anwendung als Brandbombe wirkt weißer Phosphor dazu auch noch hochgiftig, und schon 50 mg sind für den Menschen tödlich.

Beispiel 5 - Abgereichertes Uran

Abgereichertes Uran ist ein Abfallprodukt der Uran- und Atomindustrie. Das radioaktive und hochgiftige Material müßte unter hohem Kostenaufwand für einen sehr langen Zeitraum in gesicherten Deponien gelagert werden. Diese Kosten sparte sich die westliche Wertegemeinschaft ein, indem sie dieses abgereicherte Uran in Form von Uranmunition, auch DU-Munition genannt, auf den Kriegsschauplätzen dieser Welt zum Einsatz bringt.

Von den Mitgliedsländern der NATO wurde Uranmunition schon in Serbien, Libyen und dem Irak eingesetzt. Auch bei den aktuellen Kriegshandlungen in Syrien soll diese Munition schon verschossen worden sein. In den Ländern, wo DU bereits verwendet wurde, kommen durch die Schädigung des Erbgutes erschreckend viele mißgebildete Kinder zur Welt, und das kann sich noch über Generationen fortsetzen. In Serbien haben die aggressiven Krebserkrankungen bei Jung und Alt in den letzten Jahren schon ein epidemisches Ausmaß erreicht. Nach Angaben des serbischen Gesundheitsministeriums erkrankt jeden Tag ein Kind an Krebs.

Seit 2007 gab es mehrere Anläufe, DU-Munition zu verbieten, aber die Regierungen der angeblich moralisch hochstehenden Staaten USA, Großbritannien, Frankreich und Israel konnten sich diesen Bestrebungen immer wieder erfolgreich widersetzen.

Beispiel 6 - Feldversuch für neue Generation von Uranbomben in Afghanistan

Seit 2001 wird von den USA und ihren Verbündeten Krieg in Afghanistan geführt. Anders als im Irak wurde hier erstmals Munition aus Uranlegierungen mit nicht abgereichertem Uran eingesetzt, die eine katastrophal hohe Kontamination (radioaktive Verseuchung) der Zivilisten hervorrief.

Tests mit einer großen Anzahl von Menschen aus Jalalabad und Kabul zeigten Uran-Konzentrationen im Urin, die 400 % bis 2.000 % über den normalen Werten lagen. Es handelt sich dabei um derart große Mengen, wie sie nie zuvor in Untersuchungen an Zivilisten gemessen worden waren, nicht einmal in Tschernobyl! Eine kanadische Forschergruppe des "Uranium Medical Research Center" (UMRC) wies schon nach einem Jahr extreme gesundheitliche Schäden an Neugeborenen nach.

Ohne Ausnahme wurde jede Person in Afghanistan, die eine Urinprobe abgegeben hatte, posi-

tiv auf Urankontamination getestet. Die Konzentrationen waren 100 bis 400 mal höher als jene der Golfkriegsveteranen, die von UMRC 1999 und 2003 im Irak getestet worden waren. Laut UMRC wurde Afghanistan somit als Testfeld für eine ganz neue Generation bunkerbrechender Uranbomben benutzt.

Fazit: Diese Beispiele zeigen, wie die vermeintlich moralisch hochstehende westliche Wertegemeinschaft immer wieder absolut völkerrechtswidrig und zudem mit menschenverachtenden Waffen gegen die Zivilbevölkerung vorgegangen ist.

Die damalige stellvertretende Vorsitzende der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Dr. Angelika Claußen, brachte es 2004 in ihrer Stellungnahme zu den Folgen von Uranmunition so auf den Punkt: "Keine Macht dieser Welt hat das Recht, auf ihren selbstherrlich gewählten Kriegsschauplätzen die Menschen noch lange nach Beendigung der Kriegshandlungen zu vergiften und zu töten."

Diese grausamen Verbrechen an der Menschheit wurden bis heute weder vor ein Kriegsverbrechertribunal gestellt, geschweige denn die Schuldigen verurteilt! Im Gegenteil - genau diese und ihresgleichen hetzen ungehemmt zu weiteren Kriegen auf.<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 19. März 2021 folgender Bericht über den "Neuen Kalten Krieg" gegen Rußland (x1.014/...):

>>**Die Wurzeln des Neuen Kalten Kriegs gegen Rußland**

Ein Kommentar von Rainer Rupp

Um diese Ursprünge und Ursachen des "Neuen Kalten Kriegs" gegen Rußland zu verstehen, müssen wir zurück in die Jahre 1990/1991. Das war die Zeit, in der die Vereinigten Staaten als einzige verbliebene Supermacht damit begannen, ihre Vision für die postsowjetische Welt zu formulieren, die entsprechenden Strukturen zu schaffen und umzusetzen.

Der zu dieser Zeit von den USA geführte Krieg gegen den Irak diente dem damaligen US-Präsidenten George Bush als willkommene Bühne, um in seinen öffentlichen Reden das Konzept seiner "Neuen Weltordnung" anzupreisen, die - natürlich unter US-Führung - "der Welt dauerhaften Frieden und Wohlstand bringen würde".

Die Entwürfe für diese Neue Weltordnung (NWO) wurden allerdings im Pentagon erstellt. Ein gewisser General Walter R. Sharp, Leiter der Arbeitsgruppe zur Definition von Bushs NWO, stellte beispielsweise fest, daß die Schaffung einer "internationalen Gemeinschaft, die physisch sicher, wirtschaftlich stabil und kulturell frei ist", nur durch die "weitere Entwicklung der internationalen wirtschaftlichen Interdependenz und durch den Abbau aller nationalen Barrieren für den wirtschaftlichen und finanziellen Austausch gelingen würde", mit anderen Worten, die Neue Weltordnung könnte nur unter der Bedingung der totalen Globalisierung Erfolg haben.

Um dem Nachdruck zu verleihen, verurteilte General Sharp natürlich das Prinzip der nationalen Souveränität als einen überholten, aber immer noch "populären Fetischismus". Heute wird diese Meinung sogar von vielen jungen, "Keine Grenzen - Keine Nationen-Linken" geteilt, die immer noch eine unkontrollierte Einwanderung fordern und sich auch innerhalb der EU für ein Ende der nationalen Souveränität der Mitgliedstaaten einsetzen.

Aber zurück zum Entwurf von Bushs neuer Weltordnung 1990/91. Der Pentagon-Wissenschaftler und US-Regierungsberater Daniel S. Papp definierte Bushs NWO als eine von den USA angeführte "unipolare Welt, die auf höchster Ebene auf amerikanischer Militärmacht basiert". Auf der darunter liegenden Ebene würde die Welt im Rahmen der Globalisierung in drei Wirtschafts- und Handelsblöcken organisiert werden, die von der Finanzmacht Washington kontrolliert würde. Die EU sollte einer dieser Blöcke sein.

Aber was würde mit den Nationen passieren, die souverän bleiben wollten und ihre Interessen anders definieren, als die von den USA angeführte "internationale Gemeinschaft"? Auch dafür hatten die NWO-Designer im Pentagon bereits eine Lösung: Diese Nationen würden zu

Schurken- oder Aggressor-Staaten erklärt werden, die nichts Gutes zu erwarten hatten. Der Leiter der NWO-Rüstungsgruppe, der Pentagon-Mitarbeiter R. Wright stellte klar: *"Die Lehre aus dem Irakkrieg (der von 1991) war, daß ein kleiner Staat sich nicht gegen die Luftwaffe einer Supermacht verteidigen kann."* Diese Überlegung wurde in der Folgezeit weithin als "wirklich visionäre Strategie für die internationale Polizeiarbeit" gepriesen.

Sogar Präsident Bush knüpfte persönlich daran an und erklärte in einer Rede, daß mit Blick auf das Schicksal des Irak im Krieg des Jahres 1991 alle anderen Schurkenstaaten erkennen müßten, daß angesichts *"der Schrecken des Krieges keine Nation gegen die vereinte Weltgemeinschaft standhalten kann"* und daß es daher besser für jeden Schurkenstaat sei, "zur Familie friedliebender Nationen zurückzukehren".

Diese Kernelemente von Bushs NWO spiegeln sich in den verschiedenen Rechtfertigungen für das wider, was wir heute als neoliberale Globalisierung kennen, oder was die Eliten die regelbasierte internationale Ordnung nennen. An der Oberfläche dreht sich alles um Freihandel, Demokratie, wirtschaftlichen Wohlstand und westliche Werte im Rahmen der neoliberalen Globalisierung, aber darunter geht es um die Drohung mit, oder den Einsatz von roher, militärischer Gewalt zum Wohle der internationalen Eliten dieser westlichen "Wertegemeinschaft".

Thomas L. Friedman, in jenen Jahren einer der einflußreichsten Kommentatoren der New York Times und damit der USA, hielt das in seinem "Manifesto for a Fast World" wie folgt fest: *"Der Kapitalismus des freien Marktes und seine Verbreitung in praktisch allen Teilen der Welt ... wird in erster Linie durch die US-Militärmacht geschützt"*.

Acht Jahre später im März 1999, an dem Tag, an dem die US-geführte NATO ihren Angriffskrieg gegen Rest-Jugoslawien begann, schrieb Thomas Friedman in der New York Times: *"Damit die Globalisierung funktioniert, darf Amerika keine Angst haben, als die allmächtige Supermacht zu agieren, die es ist. Die unsichtbare Hand des Marktes wird ohne den F-15-(Kampfjet) Designer McDonnell-Douglas nie funktionieren. Und die unsichtbare Faust, die sicherstellt, daß die Welt für McDonalds (Hamburger Restaurants) und Silicon-Valley-Technologien sicher ist, heißt U.S. Army, U.S. Navy, US-Air Force und Marine Corps."*

Zu dieser Zeit, nämlich des Krieges gegen den Rest Jugoslawiens, war Bushs Neue Weltordnung längst von den Eliten der westlichen Wertegemeinschaft angenommen worden und fest etabliert! Dies zeigen die folgenden Auszüge aus einer Analyse des privaten, fast ausschließlich mit ehemaligen Mitarbeitern westlicher Spionagedienste besetzten, Nachrichtendienstes Stratfor vom August 1998.

In dieser Analyse unterstreicht Stratfor mit einem gewissen Ton der Überraschung, daß *"die US-Vision der NWO von einem Großteil der Weltelite geteilt wurde, trotz des anhaltenden US-Unilateralismus. Stratfor zufolge liegt der Erfolg dieser "Ideologie der Neuen Weltordnung" darin, daß grundlegende politische Differenzen zwischen den Nationen - genauer zwischen den Eliten der Nationen - verschwunden waren"*. Damit habe Bushs NWO eine neue Qualität in den Beziehungen zwischen den kapitalistischen, imperialistischen Staaten geschaffen.

Weiter im O-Ton Stratfor: *"Nach dieser NWO-Vision waren grundlegende politische Meinungsverschiedenheiten zwischen den Nationen verschwunden. Anstatt ideologisch gespalten zu sein, einigten sich nun alle großen Nationen auf grundlegende Grundprinzipien. Vernünftige Menschen (bzw. Eliten) überall akzeptierten die These, daß Wirtschaftswachstum und Wohlstand Interessen sind, die über alles andere gehen. Unter diesen Bedingungen war es von wesentlicher Bedeutung, die internationale Stabilität aufrechtzuerhalten, um diesen Wohlstand zu fördern."*

"Because all major nations agreed on the desirability of prosperity and international stability, fundamental international disputes, like those that led to the two World Wars and the Cold

War, were no longer a significant problem. The only international problems faced by the United States and its allies were the management of marginal outlaw states like Iraq and North Korea, internal instability as in Yugoslavia and Somalia, and outbreaks of international terrorism.

"Weil sich nun alle großen Nationen einig waren, daß Wohlstand und internationale Stabilität höchste Priorität hatten, gab es keine grundlegenden internationalen Streitigkeiten mehr von der Art, die zu den beiden Weltkriegen und dem Kalten Krieg geführt hatten. Es gab keine größeren Probleme mehr. Die einzigen internationalen Probleme, mit denen die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten noch konfrontiert waren, waren marginaler Art, wie das Management der Schurkenstaaten Irak und Nordkorea, oder interne Instabilität wie in Jugoslawien und Somalia oder Ausbrüche des internationalen Terrorismus."

Immer noch im O-Ton von Stratfor: *"Da nun alle Nationen vernünftig waren und jede vernünftige Nation die Notwendigkeit sehen konnte, daß verhindert werden mußte, daß Bürgerkriege, Schurkenstaaten oder Terrorismus Elend verbreiten und die Finanzmärkte(!) verunsichern, waren folglich alle Nationen bereit, bei der Bewältigung dieser marginalen Probleme zusammenzuarbeiten. Das (gemeint sind Kriege wie gegen Jugoslawien) waren schließlich Randfragen. Was wirklich gemanagt werden mußte, war das internationale Wirtschaftssystem, insbesondere die Integration ehemaliger kommunistischer Nationen in dieses System."* (Stratfor Zitat Ende)

Zur Zeit dieser Stratfor-Analyse, also August 1998, waren die westlichen Eliten fest davon überzeugt, daß sie auch die Eliten der russischen Jelzin-Regierung unwiderruflich an Bord ihrer Neuen Weltordnung hatten. Einen Weg zurück zur nationalen Souveränität Rußland hielten sie für ausgeschlossen, auch noch als sich die ersten Folgen des Zusammenbruchs der russischen Finanzwirtschaft im selben Jahr abzeichneten. Die institutionellen Strukturen des Westens zur Hilfe in der Krise versagten.

Weder der Westen noch der IWF konnten oder wollten helfen. Diese Erfahrung hat damals in Moskau alles verändert und eine neue Entwicklung eingeleitet. Sie brachte neue, vom westlichen Neo-Liberalismus unverdorben Kräfte ins Spiel, die den Ausverkauf der russischen Wirtschaft an westliche Eliteinteressen auf Kosten des leidenden russischen Volkes ablehnten. Schließlich trat Wladimir Putin als Anführer einer Bewegung auf, die in einem langen Kampf Rußlands Souveränität wieder herstellte und von westlichen Finanz-Zwängen, Schuldenfallen und wirtschaftlicher Erpressung befreite. Darin finden wir meiner Meinung nach den Grund, warum Rußland von den globalen, neoliberalen Eliten von Washington über Brüssel bis Berlin heute als Schurken-Staat betrachtet und auch so behandelt wird.

Tatsächlich stellt Rußland nicht nur für viele Länder der Dritten Welt, die sich gegen genau dieselben Zwänge der neoliberalen Globalisierung zu wehren versuchen, von denen sich Moskau befreit hat, eine wertvolle Alternative dar. Allein die Existenz Rußlands, daß es trotz aller Sanktionen des Westen wirtschaftlich wächst und gedeiht, außerhalb des Westen international hohes Ansehen genießt, nicht zuletzt, weil Rußlands mit seiner überragenden Diplomatie und seiner Militärmacht ein Bollwerk des Völkerrechts darstellt, gegen die imperialistischen Raub- und Wirtschaftskriege des Wertewestens.

Da der Westen in einem offenen Krieg Rußland nicht besiegen kann, ohne inakzeptabel hohe Zerstörungen zu riskieren, werden die neoliberalen Eliten des Westens weiterhin alles versuchen, Rußland unterhalb der Kriegsschwelle in die Knie zu zwingen, z.B. im Rahmen einer Farbenrevolution infolge einer konzertierten Destabilisierung der russischen Wirtschaft und des Zusammenhalts der Bevölkerung. Zugleich wird die Diffamierung von Rußlands internationalem Ansehen - als Beispiele seien die Fälle Skripal und Nawalny genannt - als Teil einer koordinierter Operationen der westlichen Abteilungen für Psychologische Kriegsführung weitergehen.<<

Schlußbemerkungen

Die führende US-Ordnungsmacht benötigte die NATO in erster Linie für die Sicherung ihrer angestrebten Weltmachtpolitik (Schaffung einer "neuen Weltordnung").

Infolge der Steigerung von Auslandseinsätzen, Aussetzung der Wehrpflicht (ab 1. Juli 2011), der Reduzierung der Streitkräfte von 330.000 auf 180.000 Soldaten und wegen ungenügender Finanzierung ist die Bundeswehr heute von der zivilen Gesellschaft entkoppelt und praktisch nicht mehr verteidigungsfähig.

Angesichts der aggressiven Osteuropapolitik der NATO sollte die Bundesrepublik Deutschland trotz alledem umgehend die Neutralität bzw. Bündnisfreiheit - nach dem Vorbild Finnlands, Österreichs, Schwedens und der Schweiz - anstreben.

Falls das US-Imperium den vermutlich bereits geplanten Krieg gegen Rußland beginnt, werden die Russen sicherlich zuerst die US-Atomwaffenstützpunkte in Deutschland angreifen und vernichten.

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.10.2021

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 9 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x068/79) = Deschner, Karlheinz: Der Moloch. München 1996, Seite 79.

x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten</u> . Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x095	Adenauer, Konrad: Briefe über Deutschland 1945–1955. 1. Auflage. München 1999.
x125	Bluhm, Georg: Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik. Freiburg 1963.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band IV</u> . Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: <u>Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten</u> . Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x170	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): <u>Menschen wie wir ... Teil I. Erinnerungen an geliebte Menschen</u> . Kassel 2000/2001.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert</u> . Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können</u> . Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x296	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Geschichte und Politik in unserer Zeit (Lehrerausgabe)</u> . Braunschweig 1975.
x301	Heumann, Hans (Hg.): Geschichte für Morgen. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1988.
x322	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Volksaustausch. Geburtensturz und Überfremdung</u> . COMPACT-Sonderausgabe Nr. 18. Werder (Havel) 2018.
x348	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Kriegslügen der USA. Das Massaker an der Wahrheit von 1990 bis heute</u> . COMPACT-Sonderausgabe Nr. 2. Werder (Havel) 2013.

Internet

x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x1.000	https://www.kla.tv – März 2021
x1.014	https://kenfm.de - Juni 2021